H 8040 F
Nummer 54
Sept./Okt. 98
3,- Mark



Aus dem Inhalt:

„Freie Nationalisten" - Thule-Netz
Bismarckkult - Die Rechten und der Euro
Volkstümelei

Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

Am 12. Mai 1998 wurden in 8 Städten im ganzen Bundesgebiet Wohnungen und Geschäftsräume nach §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) durchsucht. Beschuldigt sind bisher 28 Personen. Alle haben mal in Passau gewohnt oder wohnen noch dort.
Das Konstrukt der Staatsschutzbehörden verweist auf einen Verdacht, daß seit spätestens 1993 eine Gruppe von insgesamt 39 Personen des „antifaschistischen Spektrums" Passau innerhalb eines organisatorischen Rahmens (möglicherweise identisch mit der „antifaschistischen Aktion") Straftaten verüben.
Gesucht wurde v.a. nach Dingen, die den Bezug zum „antifaschistischen" Spektrum belegen sollen bzw. nach Hinweisen auf Mitgliedschaft in antifaschistischen Gruppierungen.

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Inhalt

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstr. 16
30161 Hannover. Tel.: 0511 / 3360209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6 x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Der Bundestagswahlkampf macht sich auch in Bezug auf Neonazi-Aktivitäten bemerkbar. Während einerseits fast jedes Wochenende Aufmärsche, Kundgebungen und Flugblattverteilungen stattfinden, scheiterte andererseits der diesjährige „Hess-Marsch“ mangels Masse. Offensichtlich ist es in der parteiorientierten Naziszene gerade nicht opportun, einen offenen Bezug zum Hitlerfaschismus sichtbar werden zu lassen. Die „Jungen Nationaldemokraten“, in den letzten Jahren massiv an der Organisierung der „Hess-Märsche“ beteiligt, erklärten in diesem Jahr bei der Anmeldung von Veranstaltungen im August sogar ausdrücklich, daß es sich dabei nicht um Hess-Gedenkveranstaltungen handele - so kurz vor der Wahl siegte scheinbar die NPD-Parteidisziplin. Ob dem Erfolg beschieden ist wird sich im Verlauf des Monats September zeigen. Gleichzeitig wird offensichtlich, daß neofaschistische Politik- und Ideologieinhalte in immer weitere Teile der Gesellschaft vordringen. Daß sich CDU/CSU kurz vor Wahlen befleißigen, durch rassistische Vorstöße Wählerstimmen zu gewinnen, gehört schon zum allgemeinen Erfahrungsschatz. Daß allerdings unter den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften ein erhöhtes Potential an Wählern neofaschistischer Parteien zu finden ist, macht deutlich, daß die offensive Auseinandersetzung mit rassistischen Vorurteilen und antidemokratischen Entwicklungen in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt wurde. Das Verschweigen oder Ignorieren unangenehmer Wahrheiten schafft letzten Endes nur bessere Entwicklungsbedingungen für den politischen Gegner - dies wird voraussichtlich auch die Landesregierung Brandenburg erfahren müssen, die zukünftig antisemitische Straftaten nicht mehr veröffentlichen will - angeblich, um Nachahmungstäter nicht anzuregen.

DER RECHTE RAND Nr. 55 erscheint Anfang November.
Redaktionsschluß ist am 12. Oktober 1998.

Terminankündigungen

Rostock: 19. September 1998
Bundesweite antifaschistische Aktion gegen die NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) will am 19.September in Rostock-Lichtenhagen ihren bundesweiten Wahlkampfabschluß veranstalten. Erwartet werden dazu Mitglieder der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), die Neonazis der „Unabhängigen Kameradschaften“ und „Freien Nationalisten“ sowie viele Sympathisanten aus der rechten Subkultur. Von der Art und Weise, wie innerhalb der neofaschistischen Bewegung mobilisiert wird, ist bei dieser Veranstaltung eine Größenordnung wie in Leipzig am 1.Mai 1998 zu erwarten.

Die Großdemonstration des „Nationalen Widerstands!“ soll vor dem 'Sonnenblumenhaus' enden. „Dort fanden vor 6 Jahren über mehrere Tage pogromartige Angriffe auf die damalige Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge und das Wohnheim der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen statt. Für die Nazis ist dieses Haus zum Symbol geworden. Sie hoffen, daß der damals eingeschlagene Weg sie heute in die Parlamente führt. (...) Die öffentliche Diskussion um Abschiebepraktiken von Ausländern oder um den vermeintlichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Ausländern sowie die nachsichtige Haltung der schweigenden Mehrheit bilden dabei die Grundlage für eine bedrohliche Entwicklung. (...)

Mit pseudosozialen, ausgrenzenden und faschismusrelativierenden Parolen wollen sie nicht nur Wählerstimmen gewinnen, ihnen geht es auch darum eine rechtsextreme Ideologie wieder salonfähig zu machen. Dabei ist der Kampf gegen Andersdenkende, Schwächere und Schutzlose charakteristisch für die Rechten. Ihre Hetze gegen soziale Randgruppen lenkt von den wahren Gewinnern des Sozialabbaus ab und macht diejenigen für die soziale Misere verantwortlich, die am meisten unter den Kürzungen zu leiden haben. (...)

Für uns geht es darum, die neonazistische (Wahlkampf)-Propaganda auf allen Ebenen zu behindern, den Nazis den öffentlichen Raum nicht zu überlassen.

Wir sind für eine Gesellschaft in der ein gleiches Recht für Alle gilt und in der demokratische Teilhaberechte unabhängig von einer geographischen Herkunft garantiert werden!“ (aus dem Aufruf der Antifa Rostock)

Passau: 26. September 1998
Antifaschistische Aktivitäten gegen DVU-Großkundgebung

Am 26. September, dem Tag vor der Bundestagswahl, will die „Deutsche Volksunion“ DVU zum 17. Mal ihre alljährliche Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle durchführen. Daran nahmen in der Vergangenheit jeweils mehre tausend Anhänger der DVU teil.

Couragierte Passauer wollen die Nibelungenhalle blockieren, um die Geschichte der DVU-Veranstaltungen in Passau zu beenden. Optimistisch sind die Passauer AntifaschistInnen, nachdem im Februar dieses Jahres mehrere tausend Menschen versuchten, den Wahlparteitag der NPD in der Nibelungenhalle zu behindern. An diesen Mobilisierungserfolg soll angeknüpft werden. Die Stadt Passau hat als erste Reaktion auf die Ankündigung der „Aktion Zivilcourage“ die geplante Blockade der Nibelungenhalle verboten.

Andreas Speit & Dietmar Quante

„Rudolf-Hess-Marsch“ 1998

Frühsport in Dänemark und Kurzsprints in Deutschland

„Rudolf Hess - das war Mord“ riefen an die hundert Neonazis am Morgen des 15. August in der dänischen Kleinstadt Greve bei Kopenhagen. Zum Gedenken an den elften Todestag des Stellvertreters Hitlers hatte die „Dänische Nationalsozialistische Bewegung“ ihre skandinavischen, niederländischen, belgischen und deutschen Kameraden eingeladen.

Ursprünglich wollten sie mit 500 Gleichgesinnten vor der deutschen Botschaft in Kopenhagen marschieren. Doch nach einer breiten öffentlichen Diskussion verboten die dänischen Behörden ihnen das Auftreten in der Hauptstadt, ebenso in anderen Städten. Die Polizei sah die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Bereits 1995 hatte die „Dänische Nationalsozialistische Bewegung“ (DNSB) ihre Kameraden nach Roskilde eingeladen, da sie auf Grund der liberalen Gesetzgebung in Dänemark öffentlich mit Hakenkreuzfahne und SS-ähnlichen-Uniformen auftreten können - worauf sie ausdrücklich in der Einladung hinwiesen. „Nur der Aufruf zum Rassenhaß ist verboten“. Allerdings kam es zu heftigen Ausschreitungen, als unter dem Motto „Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei“ AnwohnerInnen zusammen mit GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen die Neonazis aus der Stadt jagten. Zwei Jahre später gelang es den Neonazis aber unter Führung des selbsternannten „Chairman der nordischen nationalsozialistischen Bewegung“ und DNSB-Vorsitzenden **Jonni Hansen** in der Kleinstadt Koge mit Hakenkreuzfahnen zu demonstrieren. Die GegendemonstrantInnen wurden von der Polizei festgehalten.

In diesem Jahr sorgte die Ankündigung des Gedenkmarsches im Vorfeld für eine heftige öffentliche Diskussion in Dänemark. Simon Wiesenthal, Leiter des Dokumentationszentrums in Wien, förderte die dänische Regierung auf, auf Grund des Ansehens Dänemarks in der Welt und der Geschichte der deutschen Besatzung in dem skandinavischen Land die Neonazikundgebung zu verbieten. Anfänglich wollte Jens Kramer, sozialdemokratischer Bürgermeister Kopenhagens, nichts davon hören: „Man soll dem nicht so viel Beachtung schenken“. Erst von seiner Partei ließ er sich sagen, daß eine öffentliche Auseinandersetzung über das Demokratieverständnis von Nöten ist, sowie ein Verbot des Naziaufmarsches. So schlug denn auch der Minister für Schule und Soziales, Per Brunngard vor, daß in den dänischen Schulen die „Nazigeschichte“ eine Woche lang Lehrstoff sein sollte.

Schwedische Nazis versuchen sich im Gleichschritt

Die Internationale der Neo-Nazis auf ihrem Marsch durch Greve

Deutlichere Worte fand Bernt Lexner, Oberrabiner der jüdischen Gemeinde von Kopenhagen. Er sprach sich nicht nur für ein Verbot aus, sondern rief erstmals seit 1945 alle Mitglieder seiner Gemeinde zu einer Demonstration zusammen mit liberalen Kräften gegen Neonazis im Zentrum von Kopenhagen auf. Mehrere Tausend Menschen folgten diesem Aufruf.

Zu einer zweiten Demonstration direkt nach Greve, wo die DNSB ihre Parteizentrale hat, riefen antirassistische und linke Organisationen auf, um zu verhindern, daß die Neonazis wie geplant von dort um 12.00 Uhr nach Kopenhagen aufbrechen können. Bodil von der „Antifaschistischen Aktion Kopenhagen“: „Die Geschichte hat gezeigt, daß die Nazis hier keinen Erfolg mit Aufmärschen haben, wir werden sehen, ob sie daraus gelernt haben oder wir werden es ihnen zeigen“.

Um sowohl der öffentlichen Stimmung gerecht zu werden, als auch dem Demonstrationsrecht der Neonazis Genüge zu tun, ließ die Polizei die DNSB und ihre Gäste völlig überraschend um halb acht morgens eine kleinen Runde durch das menschenleere Greve mit einer Zwischenkundgebung am Rathaus drehen. Presse ließ die Polizei nicht vor Ort. Es sollten keine Bilder von wehenden Hakenkreuzfahnen durch die Medien gehen.

Gegen halb neun war der Rundgang beendet und die Neonazis kehrten in die von Natodraht geschützte Parteizentrale, die sie liebevoll „SA-Haus“ nennen, zurück, in der auch ihr Radiosender „Oasen“ beheimatet ist, der staatlich gefördert wöchentlich sechs Stunden die Umgebung mit original Hitler-Reden und Nazi-Musik beschallt.



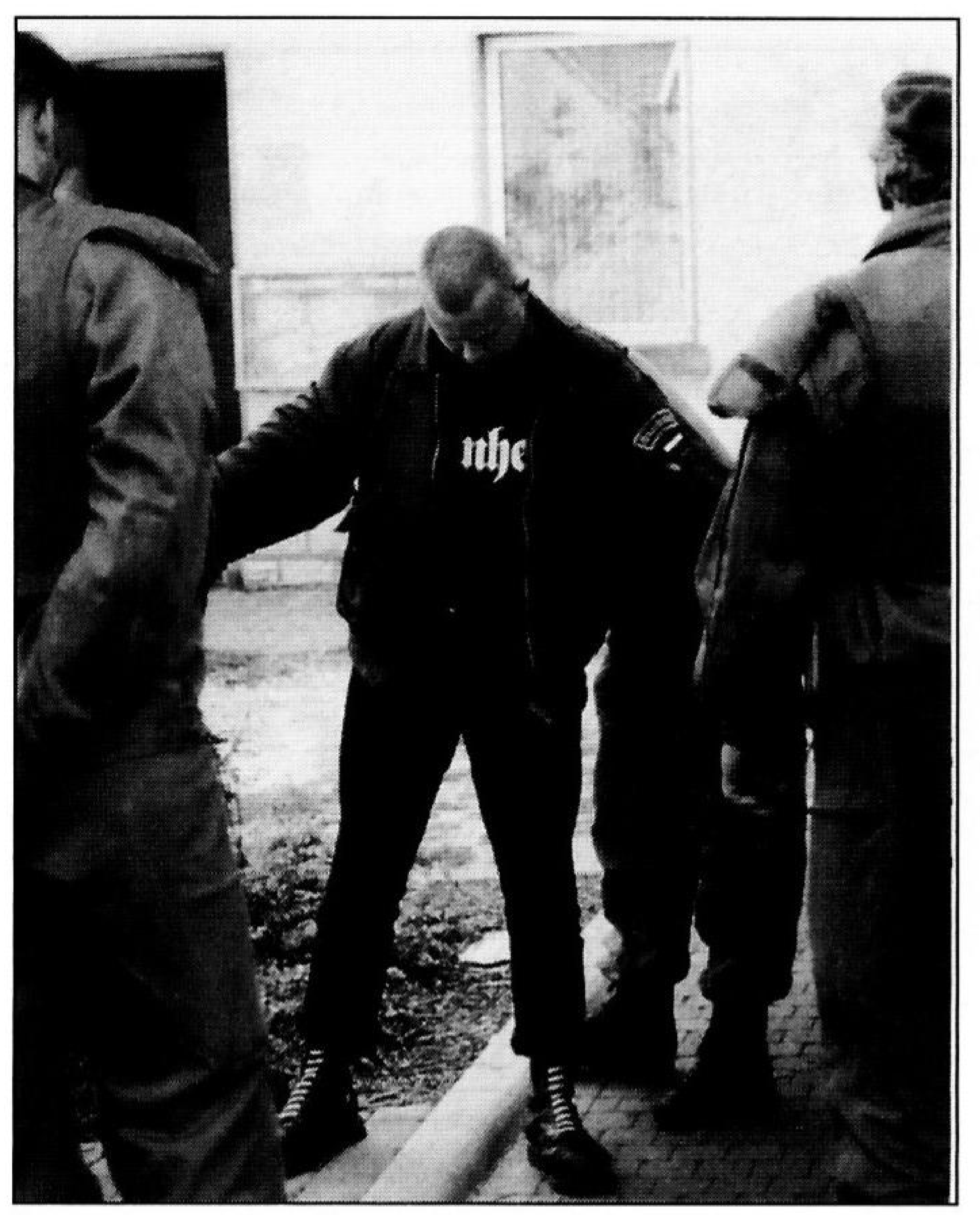
Vermummte Naziskins des „Blood & Honour“-Netzwerkes

Gegen halb zwölf erreichten nach umfangreichen Vorkontrollen (und begleitet von ca. 1.500 Einsatzkräften; was der Gesamtstärke der dänischen Bereitschaftspolizei entspricht) rund 1.500 von der frühen Nazi-Demonstration überraschte AntifaschistInnen den Ort Greve. Bei der Zwischenkundgebung, 100 Meter von der

Parteizentrale entfernt, setzte die Polizei Tränengasgranaten gegen die AntifaschistInnen ein, um Auseinandersetzungen mit provozierenden Neonazis zu unterbinden.

Trotzdem schätze Bodil die antifaschistischen Aktivitäten als Erfolg ein: „Wir haben einen großen Neonaziaufmarsch in Kopenhagen und anderswo verhindern können und um den Umgang mit Neonazismus gibt es in Dänemark wieder eine breite Diskussion."

Die dänische Polizei nahm am 15. August 33 AntifaschistInnen fest, unter Ihnen 18 Deut-



In Deutschland wurde es nichts mit dem Hess-Marsch 1998

sche, die nach 16 Stunden Polizeigewahrsam ausgewiesen wurden. Schon zuvor hatten BGS-Beamte an der deutsch-dänischen Grenze etwa 50 AntifaschistInnen die Ausreise aus Deutschland verboten. Im Laufe des Tages setzte der BGS an die 150 Personen fest, die überwiegend aus der Neonaziszene kamen.

Unter den hundert Teilnehmern des Neonaziaufmarsches waren an die 40 Neonazis aus dem norddeutschen Raum. Bis Freitagnachmittag empfahlen mehrere „Nationale Infotelefone" einen „Ausflug nach Dänemark". Erst als ein Verbot möglich schien, riefen die Neonazis auch zu Aufmärschen in Deutschland auf. Am Freitagabend verbot die Polizei in Lüneburg einen angekündigten Aufmarsch und in der Nacht auf Samstag marschierten ca. 50 Neonazis mit Transparenten durch Zielitz. Überfälle gab es in Zittau auf ein Flüchtlingsheim und auf einen Zeltplatz in Weimar. 250 Freien Nationalisten folgten der Empfehlung des „Nationalen Infotelefons Rheinland" ins Sauerland. Diese stoppte die Polizei aber in Brilon und Minden. In mehreren Städten kam es zu vereinzelten Verhaftungen.

„Dieses Jahr gab es kein zentrales 'Aktionskomitee Rudolf Hess', wie die Jahre zuvor. Für die JN und NPD ist es im Schatten der Bundestagswahl zu heikel, illegale Demonstrationen durchzuführen. Für die 'Freien Nationalisten' allerdings war es wichtig, auch auf die Gefahr hin verhaftet zu werden, an dem Tag ihre nationalsozialistische Gesinnung auf der Straße zu zeigen. Das ist Ihnen in diesem Jahr nicht gelungen", werteten Hamburger AntifaschistInnen den Verlauf des 11. Todestag von Rudolf Hess.

David Novak

Auf absteigenden Ast

Das „Thule-" und das „Nordland-Netz" auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit

Nazis in Datennetzen - ein Thema, welches immer wieder gern und oft von bürgerlichen bis Antifa-Medien aufgegriffen wird. Es sollte also eigentlich genug darüber geschrieben worden sein. Weil aber sowohl viel Unsinn geschrieben wurde und wird, bzw. alte Geschichten und Halbwahrheiten stets dankbar wieder aufgegriffen werden, soll dieser Artikel einen aktuellen Stand über die Aktivitäten der Nazis in den Datennetzen vermitteln.

Vor allem in den letzten Monaten hat es einige richtungsweisende Entwicklungen gegeben. Um diese zu verstehen, muß mensch die Geschichte brauner Netze kennen. Deshalb zuerst ein kurzer Rückblick. Für ein tiefergehendes Studium der Materie sei auf die zahlreichen Veröffentlichungen, u.a. in dieser Zeitung, verwiesen.

Bevor es etwa 1992/93 zur Gründung des „Thule-Netzes" gekommen war, versuchten einige Nazis, darunter auch der spätere Betreiber der „Widerstand"-Mailbox im „Thule-Netz", **Thomas Hetzer**, in den damaligen Mailboxnetzen, u.a. auch im linken „Comlink-Netz" (CL-Netz), propagandistisch tätig zu werden. Der mäßige Erfolg war letztlich einer der Anstöße zur Gründung des „Thule-Netzes".

Bereits vorher gab es vereinzelte Nazi-Mailboxen, welche mit der Gründung des „Thule-Netzes" nach dem Vorbild des CL-Netzes, zusammengeschlossen wurden. Allerdings erreichte das „Thule-Netz" zu keiner Zeit den Umfang seines Vorbildes, weder was die Anzahl der Benutzer noch die Zahl der Mailboxen angeht. Zu seinen Spitzenzeiten dürften im „Thule-Netz" kaum mehr als 300 Nutzer in insgesamt nicht mehr als 20 Mailboxen vertreten gewesen sein. Anders, als oft behauptet, waren darunter nur wenige Führungskader der Naziszene. Selbst wenn es irgendwann einmal das Ziel gewesen sein mag, so etwas wie ein Kommunikationsmedium für die Koordination der deutschen Naziszene zu schaffen, so wurde bis heute dieses Ziel nicht einmal annähernd erreicht. Auch die sogenannten internen Bereiche konnten nicht halten, was viele (linke) Verschwörungstheorien behaupteten. Vielmehr waren im „Thule-Netz" eher die „Computer-Freaks" der rechten Szene vertreten. Praktisch von Anfang an herrschte ein, für Nazis typisches, Klima aus persönlichen Ego-Trips und anhaltenden Intrigen. Dies hatte zur Folge, daß einige Mailboxbetreiber das „Thule-Netz" relativ schnell wieder verließen. Ein Beispiel dafür war **André Völkel** alias „Tristan", der als einer der Ersten das Netz verließ und später Selbstmord beging, nachdem er von seinen Kameraden unter Druck gesetzt wurde.

Später, im Jahre 1997, wurde das „Thule-Netz" durch das Auftauchen von **Thekla Kosche** erneut auf eine harte Probe gestellt. Ihr Erscheinen brachte angestaute Konflikte zum Ausbruch, welche letztendlich zur Spaltung des „Thule-Netzes" und Gründung des „Nordland-Netzes" führte. Beide Netze entwickelten sich von da an unterschiedlich, auch deshalb weil beide Fraktionen unterschiedliche Ansprüche an ein rechtes Netzwerk stellten. Das „Thule-Netz" machte im alten Trott weiter, inhaltlich ging es wie schon in den vergangenen Jahren mehr oder weniger steil bergab. Zwischenzeitlich war ein Niveau erreicht, welches eine inhaltliche Diskussion unmöglich machte. Zum größten Teil wurden Texte aus anderen Medien, hauptsächlich dem CL-Netz und der Boulevardpresse, eingespielt und kommentiert.

Anders lief es dagegen im „Nordland-Netz". Durch den wesentlich kleineren Kreis an Nutzern und sehr rigider Zugangsbeschränkung war das Diskussionsniveau deutlich höher. Hier



Viel Wind um wenig Substanz: die Netzwerke der Computernazis scheinen am Ende

wurden anfangs sogar auch inhaltliche, vor allem theoretische Diskussionen geführt. Obwohl auch hier die Idee von der umfassenden Vernetzung der rechten Kader gerade mal in Ansätzen zu erkennen ist, konnte sie doch mehr umgesetzt werde, als dies im „Thule-Netz" je gelungen war. Trotzdem konnte mit steigender Nutzerzahl ein kontinuierliches Absinken des Diskussionsniveaus festgestellt werden. Mittlerweile liegt das Niveau ungefähr auf dem des „Thule-Netzes" vor etwa ein bis zwei Jahren, also auch nicht besonders hoch.

Zur Zeit besitzt das „Nordland-Netz" etwa 30 aktive Nutzer und offiziell drei angeschlossene Mailboxen. Das sind die „Asgard"-Mailbox, „Störtebecker"-Mailbox und die „Fontane"-Mailbox. Die „Elias"-Mailbox von **Jürgen Jost** wechselte schon vor längerer Zeit zurück zum „Thule-Netz". Allerdings ist die „Fontane"-Mailbox bislang lediglich angekündigt worden, weshalb zu vermuten ist, daß diese

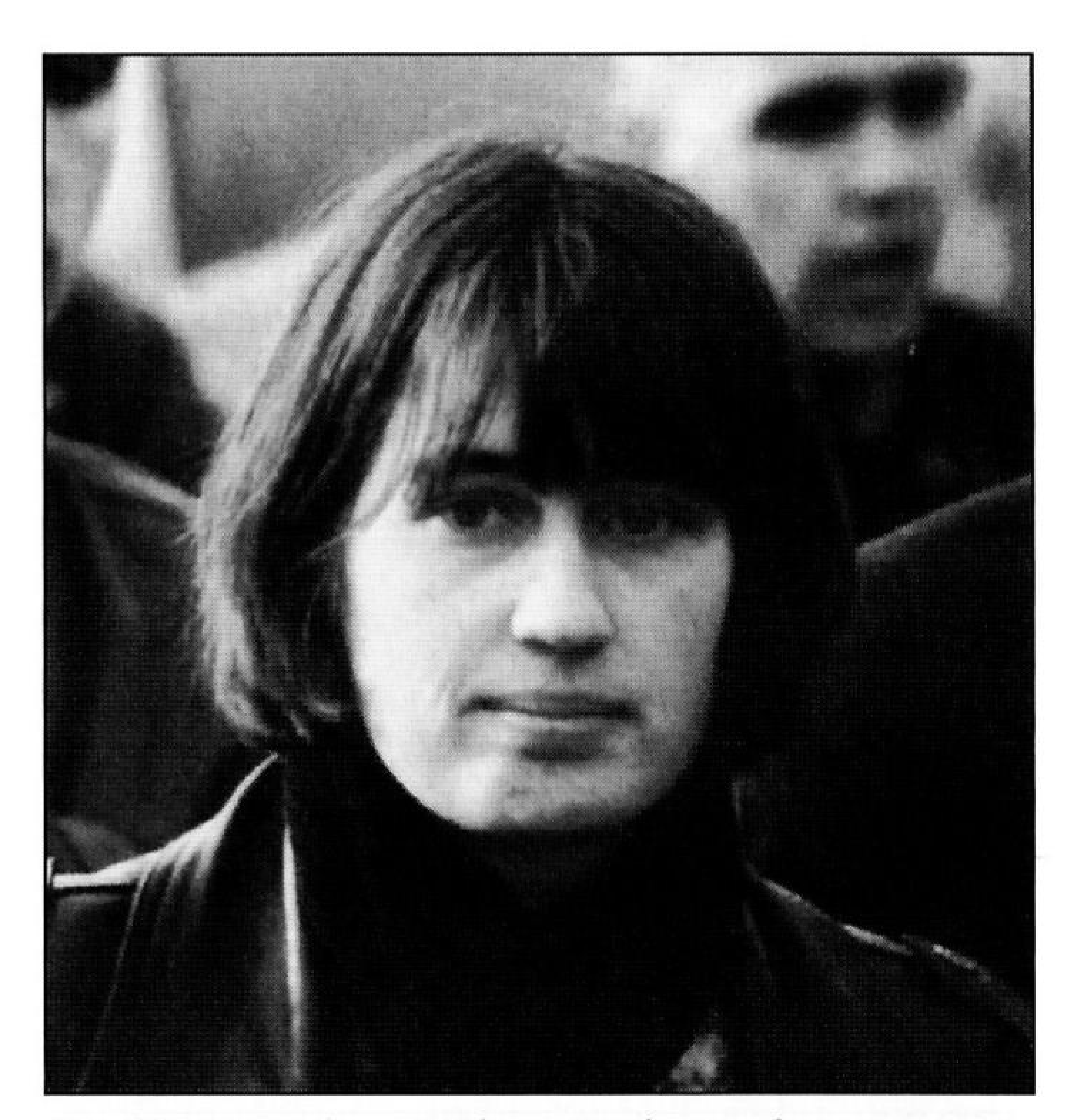
Mailbox überhaupt nicht angeschlossen ist. Ähnlich sieht es mit der „Störtebecker“-Mailbox aus; diese ist im Frühjahr 1998 von der Bildfläche verschwunden, nachdem sie zuvor nach einer Razzia noch für einige Wochen in Betrieb war. Im Klartext heißt dies, das gesamte „Nordland-Netz“ besteht derzeit gerade mal aus einer einzigen funktionierenden Mailbox („Asgard“-Mailbox).

Nicht besser, sondern eher schlechter, sieht es im „Thule-Netz“ aus. Schon früher gab es die eine oder andere Razzia mit Beschlagnahme der Mailboxen, was das „Thule-Netz“ aber kaum erschüttern konnte. Erst als tragende Systeme wie die „Janus“-Mailbox vom Netz genommen wurden, waren die Auswirkungen bedeutender. Der wohl schwerste Schlag war die Aufgabe der zentralen Mailbox „Widerstand“ durch den Betreiber Thomas Hetzer. Dies hat den Verfall des „Thule-Netz“es rasant beschleunigt.

Kurze Zeit später ging auch die „Elias“-Mailbox von Jürgen Jost vom Netz, die kurzzeitig an das „Nordland-Netz“ angeschlossen war. Die Mailbox wurde von ihrem Betreiber ohne Ankündigung vom Netz genommen, was zu einiger Verwirrung und Spekulationen seitens der restlichen Nutzer führte. In der Tat merkwürdig war das Verhalten Josts, der praktisch über Nacht alle Brücken abbrach. Weder die Nutzer seiner Mailbox noch das restliche „Thule-Netz“ wurden vorher oder nachher informiert. Sogar sein Telefon hat er abgemeldet. Er war sozusagen plötzlich verschwunden. Seltsamerweise gab es trotz dieser, im „Thule-Netz“ bisher einmaligen Umstände, so gut wie keine Diskussion über Josts Verhalten. Statt dessen wurden Gerüchte gestreut, zum Beispiel, daß Jürgen Jost die Telefonrechnung nicht bezahlt hätte. Dazu stehen aber einige Äußerungen verschiedener „Thule-Netz“-Nutzer nicht, z.B. von NPD-Funktionär **Ernst Marschall**, der von „Lug und Trug“ sprach.

Wahrscheinlicher dürfte eher eine andere Version sein: Schon lange hält sich innerhalb der rechten Szene das Gerücht, Jürgen Jost würde für den Verfassungsschutz (VS) arbeiten. Als Grund wird beispielsweise seine recht milde Verurteilung, nachdem bei einer Hausdurchsuchung auf seiner Mailbox zahlreiche Hitlerbildchen und dergleichen gefunden wurden, oft benannt. Auch die bei der Razzia beschlagnahmten Sachen bekam er ungewöhnlich schnell zurück. Ob er schon vor der Hausdurchsuchung für den Verfassungsschutz arbeitete, oder ob erst die Razzia zur Anwerbung genutzt wurde, bleibt offen. Sein Weg innerhalb des „Thule-Netzes“ und im späteren „Nordland-Netz“ ist ebenfalls eher ungewöhnlich. Er gehörte zu den ersten Betreibern einer Mailbox im „Thule-Netz“, ist sozusagen ein Urgestein rechter Vernetzungsversuche. Trotzdem wurde ihm immer wieder gerüchteweise eine Tätigkeit für den VS nachgesagt. Er blieb stets unter den anderen Betreibern des „Thule-Netzes“ umstritten. Sein späteres Interesse an Thekla Kosche und dem „Nordland-Netz“ kann eigentlich nur durch das Interesse einer „übergeordneten Instanz“ erklärt werden, stehen die politischen Ansichten und Arbeitsweisen von Kosche doch total im Gegensatz zu dem, was Jost über die Jahre vertreten hat. Das „Nordland-Netz“ gründete sich seiner Zeit nach heftigen Streit im „Thule-Netz“. Die „Elias“-Mailbox von Jost, die „Asgard“- und „Störtebecker“-Mailbox wurden vom restlichen „Thule-Netz“ abgeklemmt und bildeten daraufhin zusammen das „Nordland-Netz“. Jost blieb dort allerdings nur wenige Monate, dann wechselte er zurück in das „Thule-Netz“. Offensichtlich fehlte es auch den Betreibern des „Nordland-Netzes“ an Vertrauen zu Jost, der stets die Ansicht eines „offenen Bürgernetzes“ vertrat und auch antifaschistischen Menschen Zugang verschaffte. Sein Verständnis von Vernetzungsarbeit paßte offensichtlich nicht in das Bild eines „Hochsicherheitsnetzes“. Nach Kosche sollten nur Nazis, die persönlich den Betreibern bekannt sind, Zugang in das Netz bekommen. Nach Josts Rückzug aus dem „Nordland-Netz“ und der Tatsache, daß das „Thule-Netz“ nach wie vor ein äußerst dürftiges Niveau hat, könnte es sein, daß der VS sein Interesse an Jost verloren hat und die Zahlungen an ihn eingestellt wurden. Dies würde auch seinen plötzlichen Rückzug erklären.

Da beide Nazinetze mittlerweile nur noch aus jeweils einer Mailbox bestehen, gab es von Seiten des „Nordland-Netzes“ mehrere Vorstöße



Thekla Kosche, Mitbegründerin des „Nordland-Netzes“

zur Wiedervereinigung, allerdings zu den Bedingungen von Thekla Kosche, was vom restlichen „Thule-Netz“ prompt abgelehnt wurde. So werden wohl beide Nazinetze auch in Zukunft getrennt bleiben und vor sich hindümpeln.

Politisch muß man die Reste der beiden Nazinetze als untergeordnet bis bedeutungslos einstufen. Weder „Thule“- noch „Nordland-Netz“ sind derzeit in der Lage, auch nur eine teilweise Vernetzung wesentlicher Teile der Naziszene umzusetzen. Im Gegenteil, durch die kleinlichen Streitereien wurden die Gräben noch tiefer. Eigentlich kommunizieren in den beiden Netzen nur noch Leute, die auch so miteinander Kontakt haben. Von einem Kontakt-, Vernetzungs- und Propagandamedium kann nicht mehr die Rede sein. Eine Vernetzung findet praktisch kaum noch statt und für ein Propagandamedium fehlt einfach das Publikum. Als Fazit kann gesagt werden, daß Projekt Nazinetz ist als solches gescheitert ist, und es sieht auch nicht danach aus, als ob sich daran in Zukunft viel ändern wird.

Andererseits haben die Nazis das Internet für sich entdeckt. Schon vor einer ganzen Weile haben sowohl das „Thule“- als auch das „Nordland-Netz“ eine Verbindung zum Internet eingerichtet, um neue Nutzer zu werben. Allerdings sind beide Projekte damit kläglich gescheitert. Statt Diskussionen präsentiert man sich im Internet nur noch mit eigenen Homepages, die zudem ständig völlig veraltete Nachrichten enthalten. Homepages sind aber nur ein einseitiges Propagandamedium und nicht für eine Kommunikation zwischen Anbieter und Leser geeignet. Der von dem ehemaligen „Janus-BBS“-Betreiber **Rolf Kottcke** gestartete Versuch, mit technischen Mitteln das „Thule-Mailbox-Netz“ auch über das Internet zugänglich zu machen, wurde im April 98 nach kurzer Erprobungsphase eingestellt. Offenbar hatte man bemerkt, daß man aus der zahlreichen „Laufkundschaft“ im Internet nicht in nennenswertem Umfang neue "Thule-Netz"-Teilnehmer rekrutieren konnte und diese keineswegs das Potential boten, um das weitere Absinken der politischen Bedeutung des Netzes zu verhindern. Es scheint sich zu bestätigen, daß die hohen Leserzahlen der „Thule“-Internet-Seiten lediglich ein Nachbeben jener zahlreichen Veröffentlichungen waren, mit denen bürgerliche Medien Mitte der 90er das „Thule-Netz“ der Öffentlichkeit bekanntgemacht haben. Zudem haben in den vergangenen zwei Jahren immer mehr Nazis, sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen und Organisationen, Webseiten in Betrieb genommen, so daß heute das gesamte braune Spektrum über der World Wide Web abgerufen werden kann. Wenn dies auch gelegentlich als brandaktuelle Erkenntnis der Sicherheitsbehörden durch die Sonntagsartikel geistert, so sollte es eigentlich vor dem Hintergrund, daß sich das Informationsvolumen des WWW alle 150 Tage verdoppelt, wenig verwundern, da es als eine Nebenerscheinung der sprunghaft wachsenden Popularität des Internet bewertet werden kann, in dem mittlerweile fast jeder vertreten ist, der mit geringem Aufwand eine vergleichsweise große Öffentlichkeit erreichen will.

Die faschistischen Webseiten sind ein reines Propagandamedium, da eine Kommunikation zwischen Anbieter und Nutzer nur eingeschränkt möglich ist, und dienen primär der Selbstdarstellung. Ihre Inhalte und die Eintragungen in den Gästebüchern legen den Schluß nahe, daß es sich hierbei um ein Symptom einer gesellschaftlichen Rechtsentwicklung handelt, die sich mit der Ausbreitung des Internet auch dort bemerkbar macht. Die These, daß es sich hierbei um eine logistische oder technische Chance für faschistische Drahtzieher handeln könnte, ist derzeit durch nichts haltbar. Versuche, das Medium Internet als Ersatz für, z.B. aufgrund polizeilicher Eingriffe oder finanzieller Schwierigkeiten angeschlagene faschistische Veröffentlichungen, zu nutzen, blieben vereinzelt und haben es lediglich auf den ersten Blick leichter, mittels einer durchgestylten Webseite ihre Schwierigkeiten weniger leicht erkennbar zu machen, so z.B. die „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ), die nach den Verhaftungen von **Christian Wendt** und **Frank Schwerdt** im Prinzip vor sich hin vegetiert.

Trotzdem, oder gerade deshalb, konzentriert sich rechtsradikale Online-Propaganda zum größten Teil auf solche Webseiten. Ein Ersatz, für die einst vom „Thule-“ und später vom „Nordland-Netz“ geplante faschistische Vernetzung, oder gar ein Motor faschistischer Entwicklung, läßt sich hier jedoch nicht erkennen.

B. Kant

„Freie Nationalisten"

Ein neuer Stern am neofaschistischen Organisationshimmel?

Wer die Eigen- und Fremdberichterstattung über neofaschistische Aktivitäten in den vergangenen Monaten aufmerksam verfolgt hat, stieß in den Berichten immer wieder auf „Freie Nationalisten" oder „Freie Kameradschaften". Entwickelt sich hier ein neuer organisatorischer Ansatz im militanten neofaschistischen Spektrum?

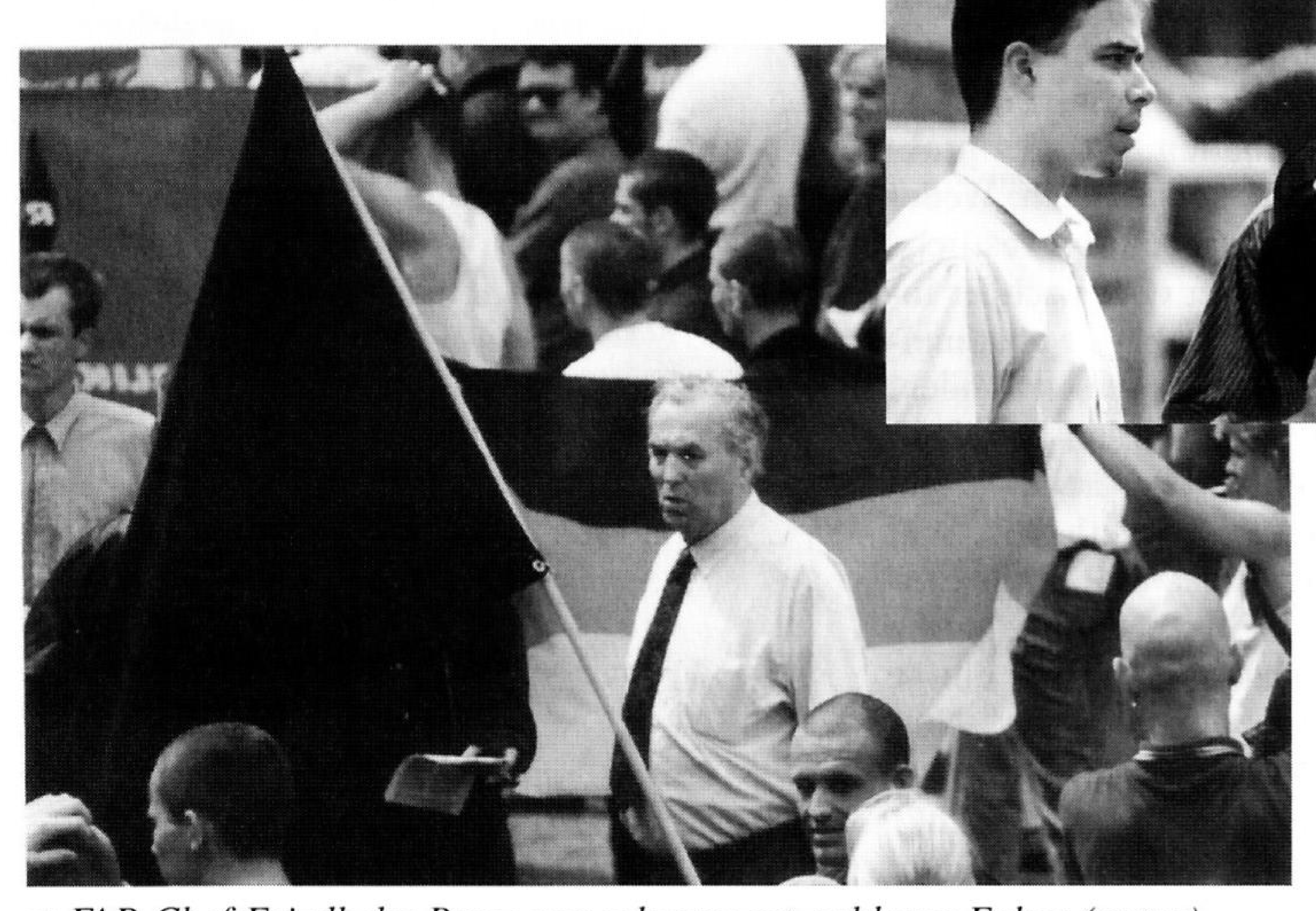
Mit den Verboten der parteimäßig ausgerichteten Neonaziorganisationen, wie FAP, „Nationalistische Front" (NF) und anderen, begann bei den militanten Kadern, die sich nicht in Richtung der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" orientierten, ein Nachdenkensprozess, welche Form von Organisationsstrukturen geschaffen werden können, die „sich als eine Sammlung aller konstruktiven (?!?) Kräfte versteht", wie es ein nicht genannter „reichsweit bekannter" Naziführer, wahrscheinlich **Thomas Wulff** (Hamburg), betonte. Auch wenn behauptet wird, dass man der Verbotspolitik des Staates gelassen entgegensehe, diese eigentlich nur zur Straffung der radikalen Szene führe, so sieht man doch die dringende Notwendigkeit, neue Handlungsräume für die neofaschistische Aktion zu suchen. Einem direkten Abtauchen in den bestehenden neofaschistischen Parteien REP, DVU oder NPD stehen diese militanten Neonazis eher kritisch gegenüber. Man wirft den „nationalen Alt-Parteien" Versagen vor und bezweifelt, dass sie „zum Sammelbecken aller Aktivisten" werden könnten.

Dass in dieser Frage nicht in allen Gruppen Konsens herrscht, zeigte sich im Zusammenhang mit der Selbstauflösung des Vereins „Die Nationalen" um **Frank Schwerdt**. Schwerdt selber begab sich - nach Meldungen der „Berlin-Brandenburger-Zeitung" (BBZ) - unter das Dach der - besonders in den neuen Bundesländern reaktivierten - NPD und begann mit dem Aufbau eines eigenständigen NPD-Landesverbandes in Brandenburg. Andere ehemalige Mitglieder der „Nationalen" versuchten dagegen das Konzept der „Kameradschaften" umzusetzen.

Ein neues Organisationskonzept

Stichworte für diese neue Konzeption sind „informelle Netzwerke anstatt einer hierarchischen Organisationsstruktur". Etwas neidisch schaute man dabei auf die autonomen Strukturen der Linken, um sich jedoch lautstark von „Randaledemos" abzugrenzen. „Im übrigen wird die Szene dadurch wieder etwas konspirativer", lässt sich der schon zitierte „Mitkämpfer" verlauten. „Zur Vernetzung gibt es neuerdings sogenannte Koordinierungstreffen, auf denen Vertreter aller relevanten Aktionsgruppen teilnehmen können (nicht müssen!). Es ist außerdem in Norddeutschland ein Aktionsbüro eingerichtet worden, welches laufend über aktuell anstehende Aktionen Auskunft geben kann."

Ende März trat Thomas Wulff nach eigenen Angaben vor 100 Aktivisten in NRW auf, um die Erfahrungen der „Freien Kameradschaften" als Organisationsmodell zu propagieren, da man in Norddeutschland damit gute Erfahrungen gesammelt habe. Auch versuchte Wulff auf dieser Veranstaltung den anderen Neonazis das neue Symbol der „Bewegung" nahezubringen. Man einigte sich darauf, „gemeinsam unter dem Zeichen der schwarzen Fahne" zu agieren. Pathetisch erklärte Wulff, diese Farbe sei „das Symbol der Not in unserem Reich". Das stelle jedoch kein Abschied von der Nazisymbolik dar, wurde beruhigend erklärt: „Unser gemeinsames heiliges Symbol, für das wir kämpfen, wird erst wieder auf unseren Fahnen prangen, wenn wir dieses System vernichtet haben." Wahrscheinlich waren sie es jedoch nur leid, eins ums andere Mal wegen Verwendung des Hakenkreuzes verurteilt zu werden.



ex FAP-Chef Friedhelm Busse vor schwarz-rot-goldener Fahne (unten), „Junger Republikaner" Andreas Lehmann im Gespräch mit Thomas Wulff

„Parteiübergreifender Zusammenhalt"?

Einer der Aktionsschwerpunkte der „Freien Nationalisten" liegt in Norddeutschland. Als „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland" konstituiert versuchten sie im schleswig-holsteinischen Kommunalwahlkampf als „Bündnis Rechts für Lübeck" aufzumarschieren. Bei zwei Aktionen gelang es ihnen, mehrere hundert Teilnehmer für ihre Aufmärsche zu mobilisieren. Vollmundig wurden anschließend zahlreiche Aufmärsche angekündigt, die jedoch teilweise verboten, teils von ihnen selbst abgesagt wurden (z.B. Bad Segeberg).

Und so war Frank Schwerdts Warnung nach der Auflösung der „Nationalen", die „Freien Kameradschaften" dürften sich „durch die staatlichen Repressionen nicht in die Hinterzimmer verdrängen lassen", eigentlich überflüssig. Den militanten Kader war klar, dass sie nur dann Anhänger gewinnen können, wenn sie nach außen gerichtete Aktivitäten starten würden. Dabei hängten sie sich an so gut wie alle genehmigten Aufmärsche anderer neofaschistischer Organisationen, selbst reaktionärer Bürgerinitiativen (z.B. am 9.Juli in Hamburg-Tonndorf), an. Konzeptionell wurde dies damit begründet, dass „Freie Nationalisten überall auch weiterhin die Veranstaltungen (nutzen würden), welche von den bestehenden nationalen Strukturen und Parteien angeboten werden."

Das führt zu einem neofaschistischen Demonstrationstourismus, der wirklich den ganzen deutschen Mann fordert. So sah man die Aktivisten der verschiedenen Kameradschaften in diesem Jahr u.a. am 7.Februar in Passau beim NPD-Bundeswahlkongress, der zum „Tag des Nationalen Widerstandes" deklariert wurde, ebenso, wie bei der 1.Mai-Kundgebung der NPD am Leipziger Völkerschlachtsdenkmal. Aber auch bei der REP-Demonstration und Kundgebung gegen die Wehrmachtsausstellung am 6.Juni in Kassel waren sie deutlich sichtbar vertreten.

In Leipzig hatte es im Vorfeld der Demonstration noch offene Rivalitäten gegeben. Die „Freien Nationalisten" erhoben - vergeblich - Anspruch auf zwei Redner bei der Kundgebung und versuchten nach der Ablehnung ihrer Forderung während der „langweiligen Kundgebung der NPD" einen eigenen Demonstrationsmarsch auf die Beine zu stellen.

In Kassel hingegen verständigten sie sich mit den „Jungen Republikanern" über die „Schlachtordnung", wie das Foto von **Andreas Lehmann** („Junge Republikaner", Hessen), **Thorsten Heise** und **Friedhelm Busse** in trauter Eintracht vor Beginn der Demonstration zeigt. Die etwa 80 REPs marschierten vorneweg, anschließend folgten Mitglieder vom „Nationalen Widerstand Hessen", „Freie Nationalisten" (NRW) und vom „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschlands", wobei Thomas Wulff (Hamburg) schon mal als Transparent-Träger bei den REPs aushalf. Zum Dank durfte er, einer der Repräsentanten des norddeutschen „Aktionsbündnisses", eine kurze Rede halten. Dass der stellvertretende Bundesvorsitzende der REPs, **Christian Käs**, die „Mitstreiter der freien Kameradschaften" ausdrücklich auf dieser Kundgebung begrüßte, macht deutlich, dass von einer - oft behaupteten - Abgrenzung zwischen diesen Fraktionen

im Neofaschismus keine Rede sein kann. Angesichts solch „parteiübergreifenden Zusammenhalts“ fragten daraufhin die „Freien Kameradschaften“ hoffnungsfroh: „Findet nun auch bei den Republikanern ein positives Umdenken statt?“

Wo es solch Aufmarschmöglichkeiten nicht gab, täuschte man auch schon mal einen legalen Anmelder vor, wie in Lüneburg. Unter dem Deckmantel und Namen einer tatsächlich existierenden Erwerbsloseninitiative angemeldet demonstrierten die Kameradschaften am 13.Juni knapp zwei Stunden durch die Stadt, bevor der Aufmarsch endlich aufgelöst wurde. Hauptakteure waren auch hier **Christian Worch** und Thomas Wulff.

Durch solche „Erfolge“ angestachelt meldeten die „Freien Kameradschaften“ für den 4.Juli in Heidelberg eine eigene Demonstration zum 100.Todestag von Bismarck an. Diesmal vermochte es breiter antifaschistischer Widerstand, auch die Stadtverwaltung und Gerichte von einem notwendigen Verbot der Veranstaltung zu überzeugen. Bitter beklagten sich daraufhin die Neonazis über diesen undemokratischen Staat, der eine „Gesinnungsdiktatur“ ausübe.

Im Internet präsent

Auffällig ist, dass der „nationale Widerstand“ seine Präsenz nicht nur auf der Straße sondern auch auf dem Daten-Highway versucht. Dass man bei aller Rückwärtsgewandheit der Ideologie nicht technikfeindlich eingestellt ist, haben diese Gruppen bereits in der Organisation der Heß-Gedenkmärsche unter Beweis gestellt. „Nationale Infotelefone“ und das „Thule-Netz“ waren die ersten Schritte in dieser Richtung. Laut Staatsschutzangaben vom Juli 1998 seien gegenwärtig 90 Internet-Adressen deutscher Neonazis bekannt. Mittlerweile verfügen selbst die „freien Kameradschaften“ über ein Homepage-Angebot. Vorsichtshalber suchten sie sich einen Provider in den USA, diesen Schluß soll jedenfalls ihre WWW-Adresse suggerieren. Hofft man doch damit, dem Zugriff der staatlichen Behörden besser entgehen zu können. Eine Nachrichten-Sammlung („Perspektiven“) und eine virtuelle Zeitung („Zentralorgan“), die demnächst mit einer dritten Ausgabe erscheinen soll, sollen die Aktivisten und potentielle Interessenten auf dem Laufenden halten. Jubelnd verkündeten sie, dass bereits mehrere tausend Zugriffe - auch aus den USA - auf ihre Homepage gezählt werden konnten. Dass es sich dabei mehrheitlich um Suchmaschinen gehandelt hat, tut ihrer Freude keinen Abbruch. Interessanter für die politische Bewertung ist jedoch, dass diese Internet-Seiten auch durch Links über die Seiten von „Nation & Europa“ erreichbar sind. Hierin drückt sich eine Akzeptanz und Verbundenheit aus, die sich schon in den oben genannten gemeinsamen Aktionen gezeigt hat. „Nation & Europa“ versucht sich damit einmal mehr als Plattform für die parteiübergreifende Zusammenführung aller Naziorganisationen und Strömungen zu profilieren.

Trotz aller auch propagandistisch überhöhten Erfolgsmeldungen konstatierte ein Vertreter der „Freien Nationalisten“ im Frühjahr 1998 die Perspektive noch skeptisch: „Die Entwicklung hin zu einer umfassenden Bewegung der Nationalen Opposition wäre wünschenswert, ist jetzt aber noch überhaupt nicht abzusehen.“ Und so sind diese Organisationsansätze nicht Ausdruck von Stärke oder Flexibilität, sondern eher einer Suchbewegung, die auch auf die fehlende Massenverankerung militant neofaschistischer Projekte verweist. Im Rahmen der Eigendarstellung kann man natürlich alle Erscheinungsformen, wie „national befreite Zonen“ bis hin zu den verschiedenen „Kameradschaften“ als Teil des großen „Netzwerkes“ bezeichnen, eine gemeinsame „Bewegung“ wird daraus noch lange nicht.

Einen Vorteil für die Zusammenarbeit im neofaschistischen Spektrum bieten allerdings diese Netzwerke. Die typischen Rivalitäten zwischen den selbsternannten Führern, die in früheren Zeiten zu erheblichen innerorganisatorischen Reibungsverlusten geführt haben, können damit zeitweilig suspendiert werden, indem eine formale Gleichberechtigung aller Gruppierungen verkündet wird. Ein solches Konzept setzt aber langfristig voraus, dass alle neonazistischen Obergurus auf Dauer ihren Führungsanspruch zurückstellen zu Gunsten einer gemeinsamen „Bewegung“. Dies wird - da kann man sich sicher sein - nicht von Dauer sein.

Jos Anders

Ganz oder gar nicht

Tostedter Naziskins fühlen sich ungeliebt und abgewiesen

In der Vergangenheit berichtete DER RECHTE RAND immer wieder über die Entwicklung der „akzeptierenden Sozialarbeit“ im Zusammenhang mit den Naziskins in Tostedt, südlich von Hamburg. Jetzt haben die Rechten die Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern aufgekündigt.

„Ich glaube nicht, daß die Skinheads jetzt eine zunehmende Gewaltbereitschaft zeigen werden“, verkündet Polizeirat Uwe Lehne, Leiter des zentralen Kriminaldienst in Buchholz. Grund für dieses Glaubensbekenntnis: Die Tostedter Naziskins kündigten die Zusammenarbeit mit dem Projekt der akzeptierenden Jugendarbeit in Stadtteil Handeloh auf, und teilten mit, „wieder mit altbewährten Mitteln (ihre) Interessen in die Gesellschaft einzubringen“.

Das die Naziskins um **Sascha Bothe** und **Sebastian Stöber** im April fast eine Frau in Tostedt totschlugen und im Juli bei den Auseinandersetzungen nach dem Freundschaftsspiel HSV und St. Pauli dabei waren, erschüttert Lehnes Glauben nicht. Dafür verloren wohl die akzeptierten Naziskins die Hoffnung. Per Fax stellten sie dar: Aufgrund des mangelnden Einsatzwillen seitens des für die Zusammenarbeit zuständigen Mitarbeiters Harald Fröhlich sei das Projekt eingeschlafen. „Wir betrachten es somit als beendet“. Allerdings „möchten wir die Gelegenheit nutzen, um noch einmal auf die durchweg gute Zusammenarbeit mit dem Leiter der Reso-Fabrik Bernd Rutkowski hinzuweisen. Die Entwicklung in den vergangenen Monaten bedauern wir zwar, jedoch zeigt es uns, daß eine dauerhafte Arbeit mit national denkenden Jugendlichen nicht gewollt ist, bzw. gefördert wird“.

Trotz des Dankeschön ist für Rutkowski, der das Projekt „Baracke“ in Handeloh über seine „Reso-Fabrik“ trägt, die Situation nicht schön. Dabei hat er über Jahre hinweg seine Schützlinge immer wieder entschuldigt und verteidigt, denn schließlich waren für ihn immer „die Linken das Problem“. So fragt er auch erst: „Ist denn sichergestellt, daß das wirklich von den Skins stammt?“ Falsche Frage, aber von der Antwort hängt ab, ob dem Verein für die Betreuung „auffälliger Jugendlicher“ 200.000 DM vom Kreistag bereit gestellt werden.

Bisher, so scheint es, hat der Verein gegenüber der Kreisverwaltung und den KommunalpolikerInnen die Situation schön geredet. Tostedts Ordnungsamtsleiter Dieter Hellberg erfuhr erst aus der Presse von den „Problemen“. „Daß immer weniger Jugendliche den Treff annehmen würden, erwähnte bei der kürzlichen Kreis-Jugendausschußsitzung Fröhlich mit keinem Wort“. Ursache könnte sein, so Hellberg, daß Fröhlich auch noch ein „Konflikt-Lotsen-Projekt“ an der Realschule leitet, und „möglicherweise die Betreuung der Skins vernachlässigt“ hat.

Inwieweit der von den Naziskins beklagte vermeintliche Liebesentzug und die angebliche eingeschränkte Aufmerksamkeit grundsätzlich die Vertauens- und Gefühlsbasis erschüttert hat, ließen sie offen. Auch Rutkowski schließ die Geschichte nicht ab: „Wir haben Gesprächsbereitschaft signalisiert, werden aber keine Angebote mehr machen, wenn die Zusammenarbeit nicht gewünscht ist“.

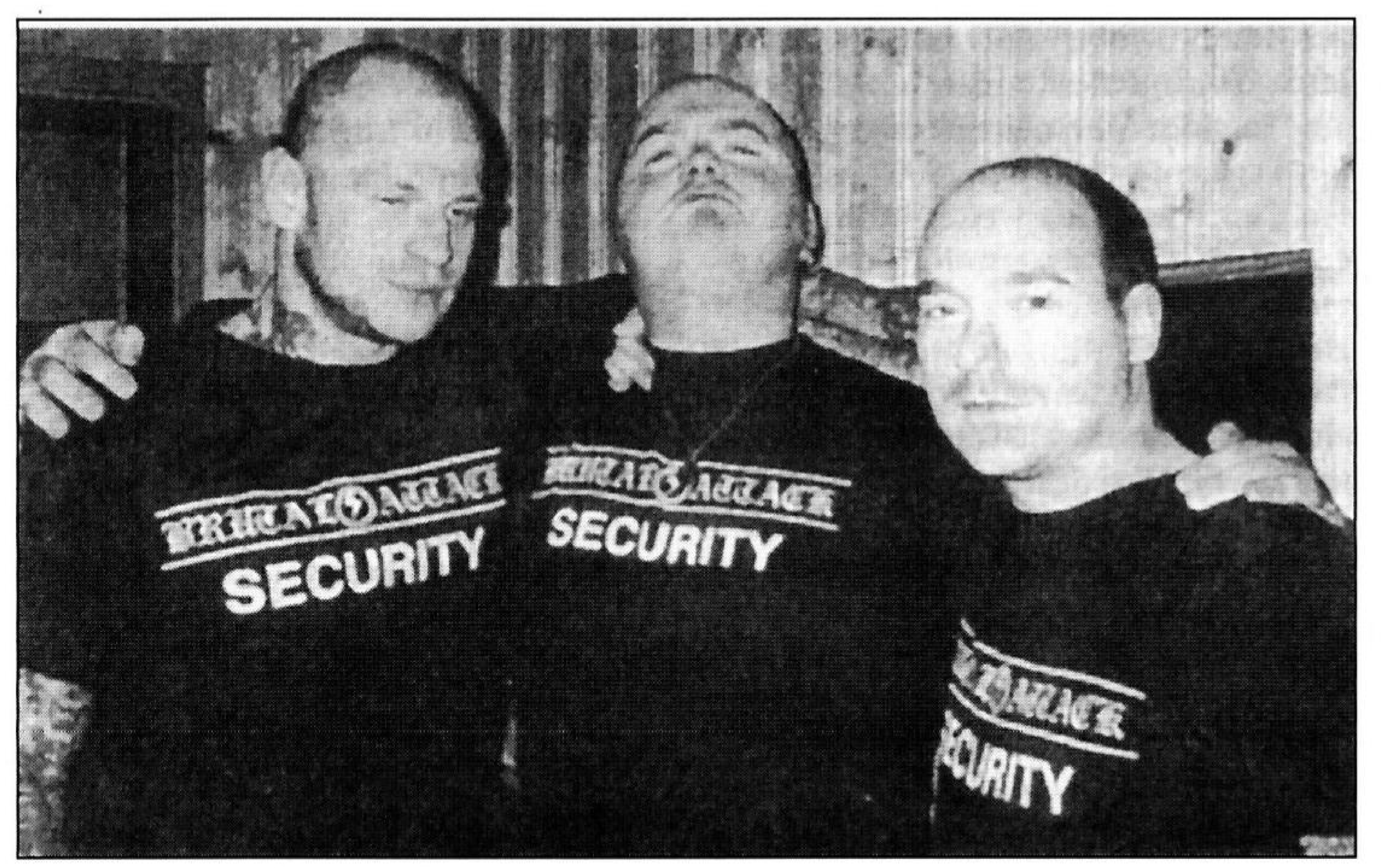
Doch so weit ist es noch nicht. Zwar hat der Kreistag noch „ganz viele Fragen“, aber grundsätzlich ist für die KomunalpolitikerInnen alles beantwortet. Lehne warnt auch schon vor der Beendigung der Arbeit: „Ohne die Streetworker hätte es in den vergangenen Jahre sicher viel mehr Gewalt in Tostedt gegeben“. Angesichts der vielen Opfer der Tostedter Naziskins ein zynisches Bekenntnis. Bei der Glaubensfähigkeit scheint das Projekt immer noch ein Hoffnungsträger zu sein und die Bewilligung der 200.000 DM wohl nur noch eine Formsache.

Gregor Schmidt

Rechte Subkultur im Rhein/Main-Gebiet

Ein Skinhead Treffen am letzten Juli-Wochenende und ein Angriff auf den Geschäftsführer des Ausländerbeirates Rödermark im Landkreis Offenbach - ihm wurde hierbei mit einem Messer ein Hakenkreuz ins Bein geritzt - zeigen das Erstarken der Neonazi-Szene im Rhein/Main-Gebiet, mit Schwerpunkt im Kreis Offenbach.

Wie in den Jahren zuvor fand in Offenbach Ende Juli ein überregionales Skinheadtreffen statt. Unter dem Titel „Froide durch Alkohol" ist es jährlich Anziehungspunkt für Neonazis aus der näheren und weiteren Umgebung. Während in den letzten Jahren immer wieder Konzerte u.a. mit „Brutal Attack" auf dem Programm standen, fand in diesem Jahr „nur" eine Sauforgie auf einem öffentlichen Grillplatz statt. Bewußt war den Organisatoren **Andreas Reuhl** und **Stefan Werth** ein Grillplatz an einer abgelegenen Verbindungsstraße zugeteilt worden. In den Jahren zuvor fanden die Treffen in einem Naherholungsgebiet statt und hatten so immer wieder Aufsehen erregt. Mit polizeilichen Auflagen und anfänglicher Beobachtung durch den Staatsschutz war das Treffen in die Einöde verbannt worden, damit städtische Stellen an ihrer Verharmlosung der rechten Subkultur festhalten konnten. An dem Treffen nahmen ca. 100 Personen teil, zeitweilige Parolen wurden von den Organisatoren schnell mit Hinweis auf die polizeilichen Auflagen und geplante weitere Veranstaltungen unterbunden. Vom politischen Denken der Teilnehmer zeugten die am nächsten Tag auf dem zugehörigen Parkplatz verteilten NPD-Flugblätter.



Die „Brutal Attack"-Security: Lars Schultz (links), Michael Hansen (rechts)

Bei den Organisatoren handelt es sich um langjährige Aktivisten der Neonaziszene im Rhein/Main-Gebiet. Der mehrfach vorbestrafte Reuhl hatte 1992 angesichts des geplanten Baus einer Asylbewerberunterkunft in seinem Heimatort zusammen mit **Steward Bloss** auf einer öffentlichen Versammlung gedroht: „Hier wird es werden wie in Hoyerswerda." Reuhl und Werth haben die Organisation der Feste von **Michael „Mike" Hansen** und **Lars Schulz** übernommen und fortgeführt. Hier schließt sich der Kreis: Hansen und Schulz sind Betreiber des Plattenladens „CD-Room" in Offenbacher Stadtteil Bieber, der von Antifaschisten vor Ort als einer der Sammlungspunkte der Skinhead-Szene in Rhein/Main gesehen wird. Hansen und Schulz sind vor knapp zwei Jahren in das einträgliche Geschäft mit Skinhead-Musik eingestiegen und profitieren von den Kontakten, die sie über ihre langjährige Szenezugehörigkeit aufbauen konnten. Freundschaften mit Mitgliedern von „Brutal Attack", Kontakte zur rechten skandinavischen Musikszene sowie eine große Bekanntheit in Skinheadkreisen ließen den Verkauf florieren. Neben dem Plattenladen betreiben sie den „Screwdriver Service Deutschland" sowie seit mehreren Monaten den „Clockwork Versand", der das Postfach des bisher von ihnen betriebenen „Brutal Attack Services" nutzt. Über diese Postfächer wird unter anderem auch der „Appelwoi-Express", ein Skinzine aus Frankfurt vertrieben. Im Zusammenhang mit der erstarkenden Szene in Rhein/Main sind auch mehrere Bands mit überregionaler Bedeutung zu nennen, so die „Chaoskrieger" und „Rohstoff", sowie die eher metal-orientierte Band „Centaurus" mit dem ehemaligen FAP-Funktionär **Claus zur Lienen** als Bassisten.

Obwohl die Szene sich bemüht, sich als unpolitische Subkultur darzustellen und staatliche Stellen diese Selbststilisierung nur allzu gerne aufgreifen, beeinflussen sie das gesellschaftliche Klima. In diesem Umfeld finden immer wieder Angriffe und Bedrohungen von Ausländern statt. Der Angriff auf den Geschäftsführer des Ausländerbeirates ist nur ein Fall, der ausnahmsweise in die Medien gelangte. Angesichts einer verfestigten Neonaziszene sind sie kaum verwunderlich.

Nachsatz:
Mike Hansen ist nach einem Streit mit einem ehemaligen Geschäftsfreund aus Offenbach verzogen. Ein neues Heim und wohl auch politisches Asyl fand er in Frankfurt. Er kam bei **Kevin Russell** unter, Frontmann der „Böhsen Onkelz".

Roeder will für die NPD in den Bundestag

Manfred Roeder (69) aus Schwarzenborn/Knüll im Schwalm-Eder-Kreis gab in seinem Rundbrief seine Kandidatur für die NPD zur Bundestagswahl am 27. September bekannt. Der vorbestrafte Rechtsterrorist Roeder tritt dabei als Wahlkreiskandidat im mecklenburg-vorpommerschen Wahlkreis Rügen-Stralsund-Grimmen an. „Und wenn ich dort die meisten Stimmen bekomme, marschiere ich in den Bundestag, unabhängig davon, wieviele Prozente die Partei insgesamt erhält." Einen eventuellen Einzug der NPD in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern bei der zeitgleichen Landtagswahl („alle rechnen damit, daß die NPD mit über 8 Prozent in den Landtag einzieht") sieht Roeder als „Beginn der Götterdämmerung für das antideutsche Lügensystem. Für uns ist es die Morgenröte einer neuen Zeit." Roeder ruft in seinem Rundschreiben zu Spenden zugunsten seiner Kandidatur auf, denn „wir schlagen die zweite Hermannschlacht. Wir, Retter Germaniens, werden zusammenstehen, alles einsetzen und unser geknechtetes Vaterland befreien."

Der Rechtsterrorist Roeder, dessen „Deutsche Aktionsgruppen" Anfang der 80er Jahre verantwortlich für die ersten tödlichen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte waren, ist als Hauptredner der Wahlkampf-Abschlußkundgebung am 19.September in Rostock-Lichtenhagen angekündigt.

Säumige Beitragszahler bei der HNG

In der Juni-Ausgabe der „Nachrichten der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) findet sich eine neue „Schwarze Liste" der säumigen HNG-Beitragszahler. Ein erheblicher Teil der 15 auf der Liste aufgeführten Personen tauchte bereits im Februar 1998 auf der „Schwarzen Liste" auf. Unter dem starken Dutzend Neonazis mit besonders schlechter Zahlungsmoral befindet sich aktuell auch der 26jährige **Michael Petri**, einstiger Anführer der inzwischen inaktiven ambitionierten neonazistischen Kleinstorganisation „Deutsche Nationalisten". Petri hatte schon beim Koblenzer Prozeß wegen Fortführung der verbotenen „Deutschen Alternative" von 1995 seinen Ausstieg aus der Szene kundgetan. Dennoch taucht er erst jetzt mit mehrjähriger Verzögerung als Beitragssäumiger der HNG auf. Für die Zukuft droht die HNG mit noch rigideren Maßnahmen gegenüber säumigen Mitgliedern. „Wer im Rückstand ist, wird zukünftig nicht mehr gemahnt, sondern erscheint gleich in der schwarzen Liste." Die presserechtliche Verantwortlichkeit des zwanzigseitigen Periodikums liegt weiterhin bei dem am 30. Mai verhafteten **Christian Wendt**, der seit März dieses Jahres als Schriftleiter der „HNG-Nachrichten" fungiert. „Die Juni-Ausgabe der HNG-Nachrichten mußte erst auf dem PC von Christian Wendt gefunden und fertiggestellt werden."

Andreas Speit

Bismarcks Geister im Sachsenwald

„Bismarckbund" und „Freie Nationalisten" auf rechter Wallfahrt - Geht die Bundesstiftung auf Distanz?

Angespannte Ruhe herrschte am Nachmittag des 30. Juli im Mausoleum des Reichsgründers Otto von Bismarck in Friedrichsruh. Fürst Ferdinand von Bismarck ließ warten. Anläßlich des hundertsten Todestages des „Eisernen Kanzlers" hatte Fürst Ferdinand als Ordensherr und Protektor des „Bismarckordens" zur Gedenkfeier in den Sachsenwald geladen.

Getreu dem höfischen Protokoll nahmen zuerst die etwa 200 ausgewählten Gäste ihre Plätze ein bevor der Urenkel des „Reichsahnen", **Ferdinand Fürst von Bismarck**, zusammen mit **Carl Eduard Graf von Bismarck** unter Orgelmusik in die Gruft einzog. Nur die Dienerschaft, welche ungebetenen Besuch vom Privatgelände derer von Bismarck fernhielt, war nicht in klassischer Livree, sondern im modernen Dreß gekleidet. Ohne Einladung war kein Einlaß. Und wer nicht im Anzug, Kostüm oder Uniform erschien, oder gar in burschenschaftlichen Farben, fiel der Dienerschaft sogleich unangenehm auf.

Seit Jahren ist das Familienoberhaupt derer von Bismarck „Protektor" des Bundes und Ordens (der 1981 von Rechtsextremisten und Nationalkonservativen gegründet wurde), die der Urenkel des „Reichsahnen" als Traditionsvereine versteht, dessen Mitglieder einfach nur „Bismarck-Fans" seien. Alljährlich hält der „Bismarckorden", der dem „Bismarckbund e.V." zugehört, im Mausoleum seine Feierlichkeiten ab.



Da, wo die JN nichts zu melden haben - wie in Hamburg - geben sie ihren Namen her. Marschieren tun dann die „Freien Nationalisten".

Bis zu seinem Tode 1995 war **Hugo Wellems**, ehemaliger Referent des „NS-Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" und Chefredakteur des „Ostpreußenblattes" stellvertretender Vorsitzender des „Bismarckbundes". Ihm folgte im Amt der ehemalige Vorsitzende der „Union für Vertriebene und Flüchtlinge" und Europaabgeordnete der „Republikaner" **Emil Schlee**, der mittlerweile den Bund verlassen hat. Jüngst unterzeichnete Schlee den „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung" und schrieb in der Publikation der „Landsmannschaft Schlesien" „Der Schlesier" und in „Kameraden", dem Periodikum der „Kameradenwerke" und „Traditionsverbände" über das rechte Verständnis von dem „Eisernen Kanzler".

Am Nachmittag des einhundertjährigen Todestages führte der Orden im Forsthaus Friedrichsruh seine Konventsitzung durch. Die Ordensbrüder- und -schwestern redeten viel über die preußischen Werten und Tugenden und noch viel mehr über die soldatischen Pflichten und nationalen Aufgaben. Allerdings war es mit ihrer eigenen Disziplin nicht weit her: Viele der weit über 60jährigen nutzten die Gelegenheit für einen kleinen Spaziergang und trafen erst wieder zur Gedenkfeier ein.

Nach dem Einzug der Familie und einem Gottesdienst zeichnete als Festredner Dr. **Eckardt Opitz** von der Hamburger Universität der Bundeswehr „Das Bismarck-Bild der Deutschen" nach, mit der Hoffnung, das verzerrte Bild Bismarcks zu entdämonisieren ohne zu heroisieren. Ganz wie es sich der neue Vorsitzende **Uwe Greve** es sich wünschte, denn es sei dringend notwendig „nicht nur die Persönlichkeit Bismarcks unverzerrt der Jugend nahezubringen, sondern wieder ein Geschichstbild zu entwickeln, das auch die großen historischen Leistungen der Deutschen würdigt". Grundsätzlich möchte er die Gewichtung der Vereinigung auf die „Wahrung des deutschen Geschichtsbewußtseins" legen, wie es der Beititel des „Bismarckbundes" andeutet. Für ihn ist der Bund „der bedeutendste Verein in Deutschland, der sich für die Entwicklung eines deutschen Geschichtsbewußtseins intensiv einsetzt".

Für Verstimmung derer von Bismarck sorgte die Distanzierung der „Bismarck-Stiftung" vom „Bismarck-Bund". Der Geschäftsführer der Bundesstiftung, Dr. **Michael Epkenhans**, blieb auf Grund der Kritik der letzten Jahre den Feierlichkeiten fern.

Bereits bei der Einrichtung der Bundesstiftung 1997 mußte sich die Bonner Koalitionsmehrheit wegen der „vaterländischen Gesinnung" und dem rechten Dunstkreis des Fürsten Ferdinand den Vorwurf gefallen lassen einen „rechten Wallfahrtsort mit Bundesmitteln" auszustatten, da der Urenkel des „Reichsahnen" Kuratoriumsmitglied der Stiftung ist.

Offen hatte er betont, wie Emil Schlee, daß der Bund an den künftigen Veranstaltungen der Stiftungen teilhaben wird. Nichts anderes stellt sich Greve vor, der sich innerhalb der CDU für eine Zusammenarbeit mit den „Republikanern" einsetzte. Mittlerweile hat der Bund seinen Sitz auf den Gütern in Friedrichsruh, die Kaiser Wilhelm I. nach der kriegerischen Reichsgründung Otto von Bismarck schenkte. Als kleinen Dank.

Doch nicht nur Fürst Ferdinand, sondern auch Graf Carl Eduard war am hundertsten Todestag enttäuscht. Der Graf beklagte als Vorstandsmitglied der Bundesstiftung: „Ich habe mit großem Befremden feststellen müssen, daß weder der Bürgermeister, noch der Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stifung an der Feier teilgenommen hat. Als Fraktionsvorsitzender der CDU-Aumühle habe ich mich deshalb kurzfristig entschlossen, zumindest für die CDU unserer Gemeinde einen Kranz niederzulegen."

Zum Ende der Feierlichkeit schallte die deutsche Nationalhymne durch das Mausoleum und erst nach dem „Auszug Seiner Durchlaucht und der Fürstlichen Familie" verließen die Gäste den geschichtsträchtigen Ort.

Die Neonazis und Bismarck

Wenig höfische Etikette, dafür mehr preußische Traditionen, legte das rechte Fußvolk keine zehn Tage später und keinen Kilometer entfernt von Friedrichsruh in Aumühle an den Tag. Zu Ehren des hundertsten Todestages des „Reichsschmiedes" marschierten über 100 Neonazis aus Norddeutschland durch das idyllische Örtchen. Unter dem Motto „Bismarck - ein sozialer Nationalist" hatten die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) und die „Freien Nationalisten" zu dem Gedenkmarsch am 8. August in den Sachsenwald aufgerufen. Allerdings dienten die JN mit der offiziellen Anmeldung nur als legaler Rahmen. Die im üblichen „Neonazistyle" Gekleideten kamen aus dem Umfeld der „Freien Nationalisten" um **Christian Worch** und **Thomas Wulff**. Mitmarschieren taten diese beiden ehemaligen Funktionäre der 1995 verbotenen „Nationalen Liste" aus taktischen Überlegungen wohl aber nicht. Dafür liefen der Naziskin **Sascha Bothe** aus Tostedt und die Anti-Antifa-Aktivistin **Thekla Kosche** aus Bad Segeberg mit. Inhaltlich hatten die JN auch nichts zu sagen.

Als Festredner auf der Abschlußkundgebung am Bismarck-Turm trat **Michael Swierczek** auf, ehemaliger Vizegeneralsekretär der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und Gründer der „Nationalen Offensive". „Bismarck war einer von uns", verkündete er, „und würde er in der heutigen Zeit leben, er würde in unseren Reihen marschieren. Die herrschende Klasse hat nicht das Recht um die Gunst des Reichskanzlers zu buhlen".

Schon vor Monaten versicherte die neonazistische Publikation „Zentralorgan" für den „Nationalen Widerstand", daß niemand außer

ihnen das Recht habe sich in seinem Licht zu sonnen: Bismarck war, wie sie sind, „erbitterte Gegner des Parlamentarismus und Liberalismus, sowie erklärter Feind der Juden und Polen".

Doch bevor der „Nationale Widerstand" marschierte, räumte ihnen die Polizei die Straße frei. „Erstrangiges Ziel der Polizei ist es, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit der Anmelderin der JN zu sichern", unterstrich Polizeipressesprecher Detlef Hardt vor Ort. Gleich zu Beginn unterband die Polizei eine Spontandemonstration von etwa 100 GegendemonstrantInnen und entfernten die von AnwohnerInnen angebrachte Verdeckung eines Gedenksteins für den radikalen Antisemiten **Georg Schönerer**, der neben dem Bismarck-Turm steht. Gegen 40 AntifaschistInnen führten die über 400 Einsatzkräfte Platzverweise und Identitätsfeststellungen durch und nahmen vorläufig 23 Personen fest. Trotzdem hielten AnwohnerInnen während des Aufzugs vom Bahnhof zum Turm Transparente hoch, und ein Antifaschist griff einen Neonazi an, der einen Nasenbeinbruch und Schnittverletzungen erlitt.

Polizeisprecher Hardt war zufrieden. Ruhe und Ordnung wurden aufrechterhalten und „durch eine Vielzahl von taktischen Maßnahmen war der Verlauf gewährleistet".

Bismarcks Geist vereint viele, und Traditionen sollen sein. Ein weites Feld.

Für den 3. Oktober kündigte der Bremer „Bismarckbund" bereits erneut einen Ausflug am „Tag der deutschen Einheit" nach Friedrichsruh an. Mit der Erlaubnis derer von Bismarck.

Felix Krebs & Andreas Speit

Geschlossene Gesellschaft: Eröffnung der „Bismarck-Stiftung"

Das „Bismarck-Jubiläumsjahr" hat begonnen. Pünktlich zum 100jährigen Todestag des Otto Fürst von Bismarck, ließ der Hamburger Senat in St. Pauli das monumentalste Denkmal des Reichsgründers in Deutschland aufpolieren, während die von der Bundesregierung eingerichtete „Bismarck-Stiftung" in Friedrichsruh die Eröffnungsfeier durchführte.

„Für die Bundesregierung ist die Pflege und Stärkung des Geschichtsbewußtseins ein wesentlicher Bestandteil ihrer Kulturpolitik", versicherte Bundesinnenminister **Manfred Kanther** (CDU) bei der Eröffnung im Reinbeker Sachsenwaldforum am 13. Juli 1998. Denn: „Ohne das Wissen über die eigene Herkunft, die Vergangenheit des eigenen Volkes, ist der Weg verwehrt, eine eigene soziale und personale Identität zu finden." Mit „Geschichtspolitik" hätte dies aber nicht zu tun, wie Kanther am Ende seiner Hommage an den „politischen Genius" betonte. Warnend betonte er zuvor, daß man Bismarcks Politik der Einigung der Deutschen - zuerst den gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum zu schaffen und dann die politische Einigung - nicht bei der Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mißachten sollte. „Auch Bismarck konnte seinen Staat nicht nur nach seinen Idealvorstellungen bauen, sondern mußte auf pragmatische Fortschritt vertrauen."

Auf Bismarck zurückzugreifen um die Gegenwart zu gestalten, pries vor den 700 ausgewählten Gästen ebenso **Henry A. Kissinger** (von 1973 bis 1977 US-Außenminister) als Hauptredner an. Grundsätzlich wäre die Kraft des „weißen Revolutionär" vorbildlich, mit der er eine neue Weltordnung schaffte. Das Mitglied des wissenschaftlichen Beirates war schon immer für eine Politik der Stärke, die ruhig was kosten darf. Ob er es als wegweisend sieht 70% des Staatshaushalt jährlich für Militärausgaben auszugeben, verriet er nicht. Dafür aber daß der „Genius des germanischen Kampfeszorn" demokratisch gewesen wäre, auch wenn er „keine Parteien" kannte, parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse verachtete und jegliche Opposition verbot.

Nicht minder lobte Geschäftsführer **Michael Epkenhans** den „wohl bedeutendsten deutschen Staatsmann der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts" und umriß in seiner Festrede die geschichtstheoretische Methode der Stiftung: „Die Gedenkstätte ist nach der Manie Männer machen Geschichte ausgerichtet", da sich „Männer weitaus besser eignen". „Personifizierte Geschichte", nannte er es und meinte die geschichtstheoretische Methode des Historismus, welche die individuelle Persönlichkeit als treibende und gestaltende Kraft sieht und nicht politische und kulturelle Prozesse. Daß so Geschichte aus Sicht der Herrschenden geschrieben wird, stört den sozialdemokratischen Epkenhans nicht.

Ihn stört ausschließlich sowohl die Kritik an der politischen Intention der Stiftung, als auch an der geschichtstheoretischen Methode. Ohne auf diese inhaltlich einzugehen, beklagte er: „Nach einer sehr polemisch geführten Debatte in den Medien (...) über eine derartige Stiftung (brach) über Nacht der vorhandene Konsens aller Parteien zusammen." Die Folge war, daß nicht schon 1996 sondern erst am 5. Juni 1997 die Bonner Koalitionsmehrheit, gegen alle Stimmen der Opposition, dem Gesetz zur Umwandlung der unselbständigen „Stiftung Otto-von-Bismarck" in eine Stiftung des öffentlichen Rechts zustimmte.

Um einen reibungslosen Ablauf der Eröffnung zu garantieren, wo weder eine Verzögerung, gar noch Mißtöne auftauchen könnten, hatte die Geschäftsleitung KritikerInnen nicht eingeladen. „Wir sind da sehr vorsichtig geworden, nachdem immer wieder falsch über uns berichtet wird", begründete Epkenhans diese Maßnahme. Dabei traute man auch nicht den Mitgliedern des Parlamentarischen Innenausschuß des Bundestages, in deren Ressort die Bundesstiftungen fallen und die mehrheitlich der Stiftung zustimmten. „Eine offizielle Einladung", so der Ausschußvorsitzende Willfried Penner (SPD), „ist mir nicht unter die Augen gekommen". Ulla Jelpke, Innenpolitische Sprecherin der PDS und Mitglied des Ausschusses, bekam die Einladung nur auf Nachfrage und einen Tag nach der Eröffnung.

Was Epkenhans als „falsche Berichte" fürchtet sind vermutlich Einschätzungen der Stiftung, wie sie schon bei einer Bundestagsdebatte anläßlich des Gesetzes zur Bundesstiftung 1997 getroffen wurden. Uta Titze-Stecher (SPD) erklärte, daß „Steuermittel für einen völlig überflüssigen Stiftungszweck ausgegeben werden", da Leben und Werk vollständig erforscht seien - außer man wolle die Geschichte Bismarcks schönschreiben, um sich wieder auf ihn beziehen zu können. „Das Ganze ist eine sehr zweifelhafte Angelegenheit", glaubte Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD. Die Stiftung werde als Institution des Innenministeriums geführt, „praktisch am Parlament vorbei, also innerhalb einer Grauzone".

Diese Bedenken äußerte aber anfänglich nur die PDS. 1995 war bereits alles bei Hintergrundgesprächen diskret geregelt worden. Weder eine Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion, noch ihre Kritik im Innenausschuß regte zum Nachdenken an. Um so deutlicher betonte Ulla Jelpke bei der Bundestagsdebatte 1997, daß die Stiftung allein der „nationalen Sinnstiftung" dienen solle, wie es „Kohl und Schäuble fordern" und wies auf den „rechten Dunstkreis" des Fürst **Ferdinand von Bismarck** hin, der 1994 noch in der „Bismarck-Stiftung" im Vorstand saß und nun im Kuratorium der Bundesstiftung sitzt. Vermutlich wegen der veröffentlichten Kritik.

Seit Jahren ist Fürst Ferdinand Schirmherr des „Bismarckbundes e.V.", der Rechtsextremisten, Revanchisten und Nationalkonservative vereint. (vergl. DRR Nr. 47, Juli/August 97: „Rechter Wallfahrtsort im Sachsenwald").

„Der Bismarck-Bund hat mit der Stiftung nichts zu tun", beschwichtigt Epkenhans regelmäßig. Doch zusammen mit dem Fürsten ist der Bund anderer Meinung. „Wenn die offizielle Stiftung eingeweiht und gegründet ist, dann werden wir (uns) enger anschließen und kooperieren", kündigte der ehemalige Europaabgeordnete der „Republikaner" **Emil Schlee** an und Fürst Ferdinand meint, daß der „Bismarckbund" an den künftigen Veranstaltungen teilhaben wird. Anbieten würden sich die angekündigten Seminare der Stiftung, zu den Themen „Deutsche Sozialpolitik einst und heute" und „Europapolitik", die im Sinne Bismarcks ideenstiftend ausgerichtet sind.

Zum Abschluß der Veranstaltung bedankte sich das Vorstandsmitglied **Carl-Eduard Graf von Bismarck** bei allen Beteiligten für die „würdevolle Eröffnung". Fürst Ferdinand schien zufrieden zu sein, war denn nun auch nach Jahren dem fürstlichen Wunsch nachgekommen, „eine Stiftung einzurichten, um dem großen Vorfahren historisch gerecht zu werden, vor allem die ihm häufig unterstellte Rolle als moralischer und geistiger Vorläufer Adolf Hitlers zu berichtigen".

Ganz ohne Protest blieb die Eröffnung aber nicht. Vor dem Sachsenwaldforum protestierten AntifaschistInnen gegen alten und neuen Militarismus und Autoritarismus.

Wolfgang Wippermann

Kannibalismus und Totalitarismus

Zur Kritik des „Schwarzbuches des Kommunismus“

Auf den ersten Blick ist das „Schwarzbuch des Kommunismus“ ein ganz normaler Sammelband. Verschiedene, vornehmlich französische Autoren haben einmal Studien zur Sowjetunion, Komintern, Polen sowie die übrigen Länder des früheren „Ostblocks“ vorgelegt. Es folgen Aufsätze über die Regime in China, Nordkorea, Vietnam, Laos und Kambodscha, die alle als kommunistisch klassifiziert werden.

Unter den „Heimsuchungen des Kommunismus“ hätten auch Kuba, Nicaragua und Peru gelitten. Schließlich soll es auch noch „Kommunismus“ in Afghanistan und „Formen des Afrokommunismus“ in Äthiopien, Angola und Moçambique gegeben haben. Abgeschlossen wird der Band durch Beiträge von **Joachim Gauck** und **Ehrhart Neubert** über die DDR, die in der französischen Originalausgabe schlicht vergessen worden ist. Hier erfahren wir dann, daß in der DDR „alle Verbrechen des Kommunismus“ begangen worden seien. Doch statt des in der DDR real nicht existierenden Gulags weist Neubert auf den „Plattenbau“ und das „Staatsdoping“ hin, was ganz gräßliche Folgen hatte: „Den Männern wuchsen Brüste und die Frauen wurden zu Männern“.

Die in diesen Ländern vorhandenen bolschewistischen, stalinistischen, maoistischen, sandinistischen etc. Regime werden nicht nur samt und sonders als „kommunistisch“ klassifiziert, sie sollen auch ständig nur Verbrechen begangen haben, die von den Autoren sehr ausführlich beschrieben und emphatisch angeklagt werden. Die Frage nach dem warum und den politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen des Terrrors wird dagegen nicht gestellt, geschweige denn beantwortet. Im „Schwarzbuch“ findet man keine politische Geschichte der kommunistischen Parteien und Regime, keine Sozialgeschichte der Länder des „real existierenden Sozialismus“ und schon gar keine theoriegeleitete Strukturgeschichte des Bolschewismus, Stalinismus, Maoismus etc.

Es geht nicht um Geschichte, sondern um Anklage. Das „Schwarzbuch“ ist mehr einer Anklageschrift als einem geschichtswissenschaftlichen Werk vergleichbar. Sein Ziel ist, wie dies der Herausgeber **Stéphane Courtois** im Vorwort bekennt, „den Kommunismus“ vor ein imaginäres Tribunal zu bringen, um ihm dort nach dem Muster von Nürnberg wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ den Prozeß zu machen. Daher interessieren sich die Autoren nur für die „Verbrechen des Kommunismus“.


V or einem halben Jahr,
bei Erscheinen der
französischen Ausgabe,
wurde die Meinung ver-
treten, das „Schwarzbuch
des Kommunismus“ werde
ndlichen Neubewertung der
ären Bewegungen führen und
auch zu einer sachlicheren
ersetzung mit dem National-
und seinen Untaten beitra-
Verfasser hat diese Einschät-
mit Skepsis aufgenommen,
t sich in seiner Skepsis bestä-
l das „Schwarzbuch“ ein au-
cher publizistischer Erfolg ist.
uerst auf Französisch veröf-
„Livre noir du communis-
n in kurzer Zeit 150.000 Ex-
nen Käufer, bei der italieni-
setzung waren es mit 120.000
genauso viele. Schon im ver-
Herbst wurde die französische
der Bundesrepublik verfolgt
mentiert, jetzt liegt das
uch“ in deutscher Sprache vor
nte in wenigen Wochen vier
bei der *Bild*-Zeitung, wo man
von intellektuellen Fragen
mt, wurde das Ganze für so
halten, daß die Redaktion
einer mehrteiligen Reihe druk-

Kinder waren die ersten Opfer: Etwa fünf Millionen Menschen fielen 1921/22 der Hungersnot zum Opfer

Die dunkle Seite

VON KARLHEINZ WEISSMANN

hwarzbuch“ soll keine Ge-
s Kommunismus bieten, sei-
konzentrieren sich ganz be-
e dunkle Seite der kommuni-
gime. Von künstlichen Hun-
über die systematische „Ver-
urch Arbeit“ bis hin zur Mas-

stärkste unter den verbliebenen kommu-
nistischen Parteien, bei der Gelegenheit
nicht nur von den Methoden Stalins,
sondern auch gleich von dessen Statthal-
ter in Paris, dem unlängst verstorbenen
Georges Marchais, distanzierte. Diese
Position unterscheidet sich deutlich von

und qualitativ verschieden, denn der Kom-
munismus ist an seinem Ursprung aufklä-
rerisch und menschenfreundlich, der Na-
tionalsozialismus von Anfang an antiauf-
klärerisch und menschenverachtend.
Diese Auffassung hat seit dem Ende
des Zweiten Weltkrieges eine bemer-

rung“ wirkt etwas nach von den alten
Illusionen.
Zweite Selbstverständlichkeit: Jede Kri-
tik des Kommunismus ist eine Kritik der
Linken, jede Kritik der Linken kommt der
Rechten zugute. Das darf nicht sein: denn
links ist gut und rechts ist böse!

und dumpfer Nationalis
heute noch weit mehr A
ehemals hehren Ideale
stischen Manifests““ (Sabi
Es ist vielleicht schwerer
von die aufgezählten Kon
und Postkommunisten
Verfasserin des Textes
steht, daß Kommunist
Ländern des Ostblocks
land und Bulgarien etwa
nen niemals geräumt ha
rekt – in Frankreich – od
Italien und in Sachsen
Macht beteiligt sind, wä
testwähler von rechts
Rande ein Vorbehalt ge
schiedslose Nennung
Pen und Frey angemeld
einmal in die Nähe der R
nahme gelangt sind und
veröffentlichte Meinung
fluß besitzen. In bezug au
buch“ wurde sehr richti
liege dessen „eigentliche
in der Kritik des Antifasch
Cherval).
Ob das „Schwarzbuch
diese Provokation zu be
bleibt abzuwarten, geht
sung des linken Totalitar
rück auf eine „Umwertu
die die Länder des Weste
kriegszeit sehr tiefgreife
und bis heute nicht nur
che, sondern auch über
fügt, ein Machtmittel
der Medien- und Info
schaft. Jeder kennt die
Menschen mit dem gell

Ausriß aus der „Jungen Freiheit“: Karlheinz Weissmann über das „Schwarzbuch“

Eines der wichtigsten und auch am häufigsten erwähnten Verbrechen ist der Kannibalismus. Er wird in allen möglichen Varianten so ausführlich beschrieben, daß das „Schwarzbuch“ wie ein Kochbuch für Kannibalen wirkt. So erfahren wir, daß die russischen Kommunisten (menschliche) Leber zur Füllung der Piroggen benutzten. Die maoistischen Menschenfresser hätten neber der Leber das Herz geschätzt, aber sich auch anderes „Menschenfleisch in der Schulkantine servieren“ lassen. Die Lieblingsspeise der kambodschanischen Kannibalen seien Föten gewesen. Auch für die nicht genießbaren Teile ihrer Gegner, die ihrem „Rachekannibalismus“ zum Opfer gefallen seien, hätten sie noch einen Verwendungszweck gefunden. So seien die „menschlichen Gallenblasen“ als „Augenheilmittel“ verwandt worden.

Selbstverständlich beruhen all diese Schauergeschichten auf bloßen Hörensagen. Von Quellenkritik halten die Autoren nicht viel. Außerdem haben sie auf eine Auseinandersetzung mit der Forschung zum Kannibalismus verzichtet, dessen Existenz von verschiedenen Autoren rigoros in Frage gestellt wird. Doch lassen wir dies und kommen statt dessen auf die zentrale These des neuen „Schwarzbuches“ zu sprechen.

Sie liegt in der Wiederholung und zugleich Radikalisierung der alten Totalitarismustheorie, die von einer weitgehenden Gleichartigkeit von Faschismus und Kommunismus ausgeht. Die Autoren des „Schwarzbuches“ haben sich jedoch weder mit den verschiedenen Theorien des Totalitarismus von Hannah Arendt bis Carl Joachim Friedrich auseinandergesetzt, noch haben sie einen elaborierten Vergleich zwischen faschistischen und kommunistischen Regimen durchgeführt, obwohl ein derartiger Vergleich unerläßlich ist, um ein Regime als „totalitär“ einzustufen. Statt dessen wird die angebliche Gleichartigkeit des „Rassen“- und des „Klassentotalitarismus“ durch den folgenden emphatischen Satz suggeriert, aber eben nicht bewiesen:

„Der Tod eines ukrainischen Kulaken-Kindes, das das stalinistische Regime gezielt der Hungersnot auslieferte, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom NS-Regime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel.“

Wer will und kann dem widersprechen? Der Hungertod eines Kindes ist immer beklagenswert. Wir dürfen dies nicht hinnehmen, gerade weil wir tagtäglich mit Bildern von verhungernden Kindern konfrontiert werden, die uns das Fernsehen aus Ländern der sogenannten Dritten Welt in unsere Wohnzimmer liefert. Sie wurden zu Opfern von Nationalitätenkämpfen und der Ausbeutung durch die kapitalistische Erste Welt. Wo sind die Schwarzbücher über die Verbrechen der Ersten Welt und des Kapitalismus?

Doch zurück zum „ukrainischen Kulakenkind“. Ob es wirklich „gezielt“ der „Hungersnot überliefert“ wurde, ist nach der Meinung verschiedener Historiker fraglich. Ganz sicher ist dagegen, daß es nicht wegen seiner ukrainischen Herkunft starb. Doch genau dies geschah mit dem „jüdischen Kind im Warschauer Ghetto“. Es wurde allein deshalb ermordet, weil es sich um ein „jüdisches Kind“ handelte. Alle Juden, seien sie alt oder jung, männlich oder weiblich, arm oder reich wurden von den Nationalsozialisten als Angehörige einer „minderwertigen Rasse“ angesehen und ohne Ausnahme umgebracht. Dies traf nicht auf alle „Kulaken“ (die es keineswegs nur in der Ukraine gab) und natürlich nicht auf alle Ukrainer zu.

Courtois verwischt diese Unterschiede durch die Erfindung eines neuen Wortes. Gemeint ist „Klassen-Genozid“, den er mit dem „Rassen-Genozid“ der Faschisten vergleicht und gleichsetzt. Dies ist ein ganz billiger Taschenspielertrick. Ganz abgesehen davon, daß es nach der Auffassung der heutigen Anthropologen und Biologen gar keine menschlichen Rassen gibt, sind Klassen etwas ganz anderes als „Rassen“

und Völker, weshalb man an Klassen auch keinen Völkermord (Genozid) begehen kann. Nicht genug damit, meint Courtois, daß der Rassenwahn der Nazis der gleichen wissenschaftlichen Wurzel entstamme wie der Marxismus. Daher setzt er den „socio-historischen Szientismus", womit der Marxismus gemeint ist, mit dem „biologistischen Szientismus" der faschistischen Rassenideologen gleich, um schließlich den „Klassen"- mit dem „Rassen-Totalitarismus" zu identifizieren.

Noch problematischer als die Gleichsetzung von Marxismus, bzw. „socio-historischen Szientismus" und Rassismus, bzw. „biologistischen Szientismus" sind die aufrechnenden Vergleiche zwischen „Rassen-Genozid" und „Klassen-Genozid". Dies gipfelt in der Behauptung, daß die Nationalsozialisten 'nur' 25 Millionen Menschen ermordet hätten, während dem Kommunismus 100 Millionen zum Opfer gefallen sein sollen. Aus dieser mehr als anstößigen Geschichtsschreibung mit dem Taschenrechner soll natürlich die Lehre gezogen werden, daß der Kommunismus viermal so schlimm gewesen sei wie der Faschismus.

Wie ist Courtois zu diesen absurden Zahlen gekommen? Indem er einmal die Opferzahlen des faschistischen Rassenmordes nach unten korrigiert und damit fälscht und indem er zweitens nur „die in den besetzten Ländern getöteten Zivilisten" mitzählt, die im nationalsozialistischen Rassenkrieg umgekommen sind. Daß mit dieser Methode auch die Verbrechen der Wehrmacht schlicht geleugnet werden, die ja vornehmlich an Kombattanten und tatsächlichen oder auch nur angeblichen Partisanen begangen wurden, scheint Courtois und seine französischen Mitstreiter nicht zu stören.

Während die Opfer des verbrecherischen nationalsozialistischen „Vernichtungskrieges" im Osten, dem allein 30 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, weitgehend unberücksichtigt bleiben, werden bei den Verbrechen „des Kommunismus" auch die Kommunisten mitgezählt, die von Kommunisten ermordet und auch die russischen und ukrainischen Judenmörder berücksichtigt, die von den sowjetischen Behörden zum Tode veurteilt und getötet wurden. Schließlich werden alle Opfer der Hungersnöte in der Sowjetunion, China und anderen kommunistischen Drittweltländern hinzugerechnet. Letzteres geschieht mit der Behauptung, daß all diese Hungersnöte von „den Kommunisten" intendiert gewesen seien, weil sie Hunger als „politische Waffe" eingesetzt hätten. Dies ist erstens zu bezweifeln und stellt zweitens einen wichtigen Unterschied zwischen dem „Klassen"- und dem „Rassen-Genozid" dar.

Daher nimmt der nationalsozialistische Rassenmord im kollektiven Gedächtnis der Opfer und auch der Täter einen besonderen Platz ein. Der Holocaust wird als der „Zivilisationsbruch" empfunden. Und dies gilt keineswegs nur für die Angehörigen der jüdischen „Opfer"-, sondern auch der deutschen „Täternation", ja der gesamten westlichen Welt. Nur in kommunistischen Regimen wie der Sowjetunion und auch der DDR ist der Holocaust immer als zweitrangig angesehen worden. Und diese falsche kommunistische Auffassung wird von diesen Antikommunisten bestätigt.

Doch Courtois geht noch weiter. Er vertritt dezidiert die These, daß die „internationale jüdische Gemeinde" (wer oder was ist dies?) und der „Staat Israel" den Holocaust instrumentalisieren und „benutzen" würden, um ihre „politischen und moralischen Privilegien" nicht zu verlieren, die sie durch das „Monopol auf das Verbrechen gegen die Menschlichkeit" gewonnen hätten. Diese Unterstellung ist nicht nur falsch, sondern auch zynisch. Hier schlägt die im Zeichen des Totalitarismusbegriffs stehende Aufrechnung der faschistischen (bzw.: deutschen) mit den Verbrechen der Kommunisten in Revisionismus um.

Donald Eugene Webb

„Esperantogeld"

Die Argumentation der Rechten gegen den Euro

Am 27. März 1998 stimmte der Bundesrat einstimmig für die Einführung des Euro - mit den Stimmen von Bayern, Sachsen und Niedersachsen, den „Euro-Skeptikern", regiert von CSU, CDU und SPD. Die Versuche von rechten Euro-Gegnern juristisch gegen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion vorzugehen, scheiterten allesamt. Da der Euro aber im Wahlkampf in den Argumentationen der Rechten eine zentrale Rolle spielt, soll im Folgenden ihre Position gegen den Euro analysiert werden.

Peter Gauweiler (CSU) sagte einmal, der Euro solle kein „Esperantogeld" werden". Es ging den Euro-Skeptikern in der CDU/CSU und auch in der SPD nie wirklich um die Frage „Euro - ja oder nein?" - sie wollten nur, daß die Kriterien strikt und ohne wenn und aber ausgeführt werden. Und sie machen auch weiterhin Druck auf die bemühten, aber wirtschaftlich schwachen Staaten, die an der Währungsunion teilhaben wollen. Die Argumentation der extremen Rechten hingegen ist nicht ökonomisch begründet, sondern nationalistisch.

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" grenzt sich in ihrer Parteizeitung „Deutsche Stimme" klar von anderen rechten Parteien - wie den „Republikanern" - ab, hinter deren Anti-Euro Haltung „keinerlei gefestigte weltanschauliche Grundlagen" stünden. Im Gegensatz dazu betonte die NPD-Bundesgeschäftsstelle, daß „der Verzicht auf die eigene Währung einer Selbstaufgabe Deutschlands und seiner von Vätern und Vorvätern geschaffenen nationalen Gemeinschaft, Kultur und Wirtschaftskraft gleich kommt." Der Vorsitzende **Udo Voigt** bezeichnete in seiner Parteitagsrede vom 7.12.1996 die NPD als „das Original, von systemimmanenten Konkurrenzparteien nicht mehr kopierbar und als einzige nationale Weltanschauungspartei die einzig möglichen Gestalter einer neuen Ordnung."

Für die derzeitige Wirtschaftskrise macht die NPD neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung hauptsächlich die „Multi-Kulti-Gesellschaft" und den „gravierenden Abbau von völkischer, kultureller und ökologischer Substanz" verantwortlich. Die Bundesregierung habe ihre wirtschaftspolitische Souveränität vollständig an die Brüsseler EU-Kommission verloren. Durch den Einfluß des internationalen Finanzkapitals, welches die politische Durchsetzung der Globalisierung bei den Regierungen erzwungen habe, würde die Bundesregierung „die gesamte Wirtschaftsstruktur der ehemaligen DDR ,platt machen' und durch Hineinpumpen von mehr als hundertmilliarden Mark im Jahr krampfhaft versuchen, in kürzester Zeit in Mitteldeutschland eine Kopie der internationalisierten und amerikanisierten westdeutschen Wirtschaft aufzubauen."

Um dem entgegenzutreten fordert die NPD „eine auf die Belange von Land und Volk ausgerichtete raumorientierte nationale Volkswirtschaft, in der die harmonische Einheit von Land (Umwelt), Volkstum und nationaler Identität wiederhergestellt ist." So wendet sich die durchaus antikapitalistisch wirkende Argumentation der NPD nicht gegen den Euro, weil er ein Projekt des Kapitals ist, sondern weil dieses Kapital nicht deutsch ist. Es geht ihnen nicht um einen Kampf gegen das Kapital insgesamt, sondern um einen Kampf gegen nichtdeutsches Kapital.

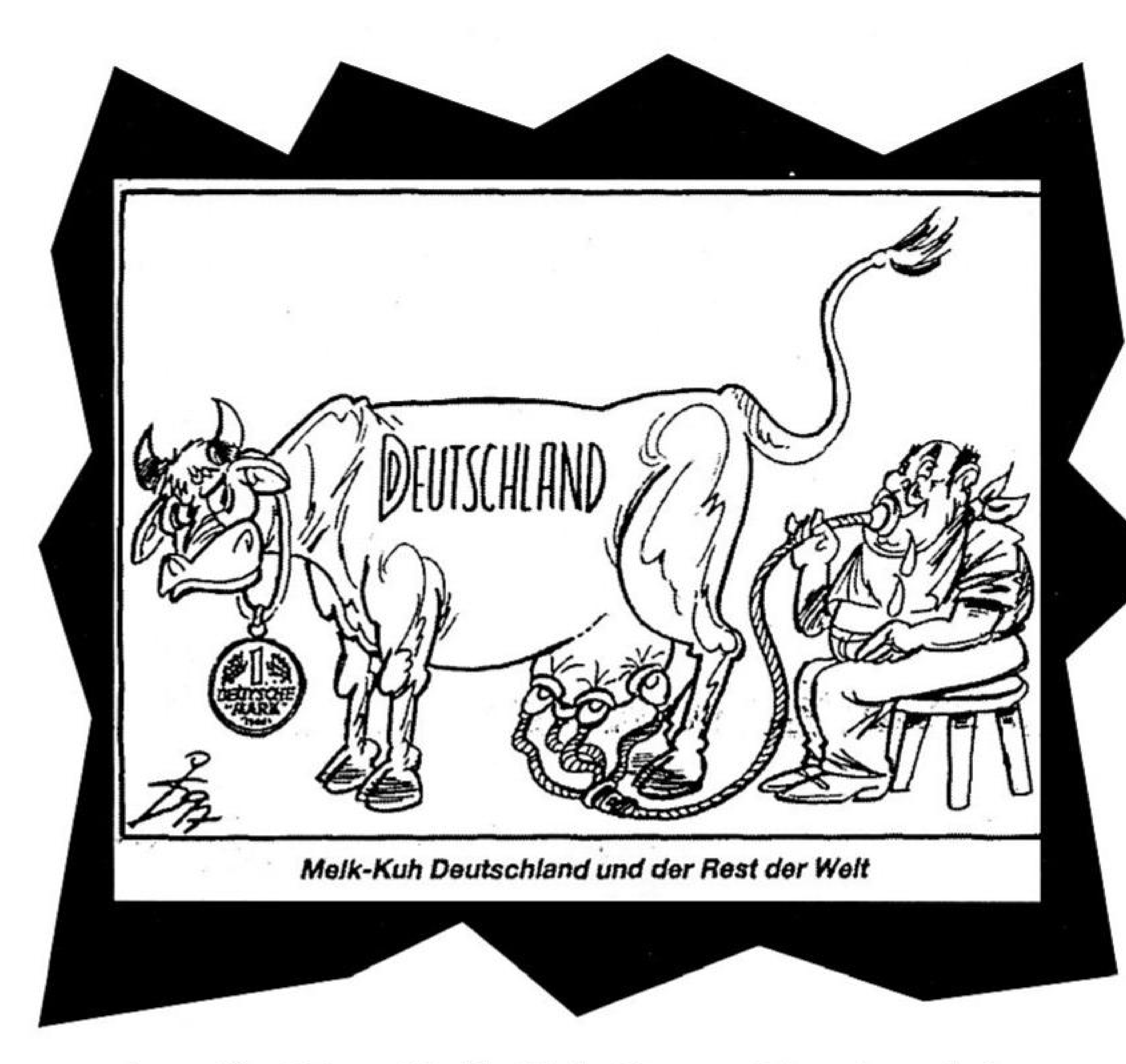
Als Schuldiger und Initiator der Diktatur des Euros wird „der Franzose" präsentiert. Maastricht sei ein Versailles ohne Krieg. Die Vernichtung der D-Mark wäre die Bedingung der Franzosen für ihre Zustimmung zur deutschen Vereinigung. Sie sei das letzte Machtmittel der Deutschen - und den Franzosen ein Dorn im Auge. Bevor es zu einer europäischen Einigung kommen könne, sollten doch bitte schön die Engländer ihr „irisches Problem" lösen, die Franzosen ihr korsisches und die Italiener die Mafia bekämpfen. Desweiteren sollten die in zwei Weltkriegen in Deutschland geschaffenen „Raubgrenzen" korrigiert werden.

Die NPD lehnt den Euro nicht ab, weil mit der Einführung Preistransparenz und Lohndruck verbunden sind, oder das deutsche Kapital damit mehr internationalen Einfluß gewinnen will. Es geht ihnen nicht um den mit der Einhaltung der Maastrichter Kriterien verbundenen Sozialabbau. Dafür sind ihrer Ansicht nach weiterhin Ausländer und ausländische Konzerne verantwortlich. Für die sich heute „nationalrevolutionär" gebende NPD ist die D-Mark als Symbol der nationalen Identität zu verteidigen.

Die „Deutsche Volksunion" (DVU)

Für die DVU, und vor allem für ihren „unantastbaren Führer" **Gerhard Frey**, ist die Abschaffung der D-Mark der Preis, den Deutschland an Frankreich für dessen Zustimmung zur Wiedervereinigung zahlen soll. Daher solle nach Willen der Bundesregierung der Euro auch aus

dem Wahlkampf heraus gehalten werden, damit die „Lüge am Deutschen Volk“ nicht herauskommt. Die DVU assoziiert den Euro mit der Lira, die für sie eine „mediterane Schummelwährung“ ist. Die DVU-Propaganda verspricht ihrem jeweiligen Publikum das, was es hören will. Hieraus resultierende offene Widersprüche interessieren nicht - dies ist jedoch typisch für nationalsozialistische Propaganda. Wurden vor noch nicht allzu langer Zeit Sozialhilfeempfänger als Schmarotzer



Ausriß: Die „Melk-Kuh Deutschland und der Rest der Welt“ - Karrikatur aus dem „Hausblatt“ von DVU-Chef Gerhard Frey, der „Deutschen Nationalzeitung“

und Faulpelze diffamiert, so hat die DVU jetzt ihr Herz für selbige und Rentner entdeckt, da sie die Opfer der Kürzungspolitik zugunsten der Einhaltung der Maastrichter Kriterien seien. Aber auch der deutsche Steuerzahler, der „alljährlich runde 100 Milliarden Mark an Unterstützung für Asylanten, Scheinasylanten und Flüchtlinge aller Kategorien aufbringen muß“ (zitiert nach „Deutsche Nationalzeitung“) verdient ihr Mitgefühl, wenn es darum geht, gegen Steuererhöhungen zu polemisieren. Die Probleme der angesprochenen Zielgruppen, die sich teilweise diametral entgegenstehen, werden aber nicht angesprochen, um sie mit konkreten Lösungsvorschlägen aufzulösen, sondern sie werden - ähnlich einer „umgekehrten Psychoanalyse“ verstärkt, um das Publikum enger an sich zu binden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl wird dabei über die deutsche Nationalität hergestellt. Die so angesprochenen Ängste werden dann auf einen Sündenbock, den „ausländischen Schmarotzer“, projiziert.

Durch die Zahlungen an EU, UNO, NATO und die Entwicklungshilfe werde die deutsche Kuh „allmählich zu Tode gemolken“. Für die DVU ist das deutsche Volk in der klassischen Opferrolle: Von der eigenen Regierung verraten und belogen und von den Ausländern beklaut und betrogen. Die D-Mark sei eine Opfergabe an „die Franzosen“. Die Hetze gegen den weichen Euro geht einher mit rassistischen Vorurteilen gegenüber Südeuropäern, so seien „(naturgemäß) die Länder mit weicheren Währungen, allen voran Italien und Griechenland“ für den weichen Euro.

Die „Republikaner“ (REP)

„Kommt der Soli für Sizilien?“ Diese Frage stellt ein Anti-Euro-Aufkleber der „Republikaner“ (REP). Bestätigt in ihrer Anti-Euro-Haltung fühlen sie sich durch eine Forsa Umfrage, nach denen 73% der Deutschen für einen Volksentscheid und 56% gegen die Einführung des Euro 1999 sind, und durch die skeptische Haltung von Politikern der „Altparteien“ wie beispielsweise Gerhard Schröder.

Die hohe Arbeitslosigkeit sehen die REPs als Folge der katastrophalen Politik der Bundesregierung und der strengen Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Als konkrete Forderung wird (wie könnte es anders sein) ein Entzug von Arbeitserlaubnissen an Ausländer, die konsequente Abschiebung von Asylbewerbern und die schnelle Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen gefordert. Ihre Gleichung lautet: Eine Million arbeitslose Ausländer weniger gleich eine Millionen Arbeitsplätze mehr. Die Einführung des Euro ist für die Republikaner schlichtweg ein Instrument der europäischen Partner, um „die D-Mark als Symbol deutschen Selbstbewußtseins und der deutschen Wirtschaftskraft abzuschaffen.“ Die Stabilitätskriterien würden nur über einmalige Buchungstricks, wie der Versuch der Neubewertung der Goldreserven, erfüllt werden können. Mit der gleichzeitigen Forderung, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und dem Maastrichter Stabilitätspakt für einen harten Euro gerecht zu



Gescheitert: Das Volksbegehren der „Republikaner“ in Niedersachsen

werden, widersprechen sich die „Republikaner“ selber und bedienen sich eines unverhohlenen Populismus. Doch jedem nach dem Mund zu reden gehört ja schon länger zur erfolgreichen Propagandapraxis rechter Parteien. Die Klage der Bundesregierung über die zu hohen Zahlungen der BRD an die EU bezeichnete Parteivorsitzender Schlierer als reine Heuchelei und forderte die komplette Einstellung der Zahlungen an die EU.

In Niedersachsen hatten die „Republikaner“ unter Führung von **Peter Lauer** die Zulassung ihrer überparteiliche Initiative zum Gesetzesvorhaben „Befragung des Volkes in Niedersachsen zur Einführung der Europäischen Einheitswährung (EURO)“ erreicht. Sie endete am 9.10.97, ohne daß die erforderlichen 25.000 Stimmen vorgelegt werden konnten. Auf vierfarbig gedruckten Hochglanzflugblättern wurde, aufwendig layoutet, Werbung für das „D-Mark-Volksbegehren“ gemacht. Dabei waren sich die Republikaner wohl des negativen Images ihres eigenen Parteisymbols sehr wohl bewußt, denn nirgendwo auf den bunten Werbezetteln ist ein auch noch so kleingedruckter Hinweis auf die rechtspopulistische Partei zu finden. Inhaltlich wird hauptsächlich auf die angeblich zu erwartende geringe Stabilität des Euros eingegangen: Es wird mit ex Bundeskanzler Ludwig Erhard für eine starke D-Mark geworben, eine Frau mit Kind mahnt uns, an unsere Zukunft zu denken, da der Euro zusätzliche Zahlungsverpflichtungen an das Ausland bedeuten würde - von Ausländerhetze und Deutschtümelei ist auf den Kampagnenflugblättern keine direkte Spur, im Gegensatz zu den original-„Republikaner“-Aufklebern. Interessenten wurde die Möglichkeit gegeben, sich in einer Ein-Punkt-Kampagne mit den REPs zusammen zu tun, ohne sich gleich parteipolitisch mit ihnen identifizieren zu müssen.

Der „Bund Freier Bürger“ (BFB)

Daß der Euro in Wirklichkeit Franc heiße, davon versucht uns auch **Manfred Brunner**s Schreiberling Dr. **Bruno Bandulet** zu überzeugen. In seinem vierseitigen, monatlich zu einem Spottpreis von 80 DM pro Jahresabonement erscheinendem „Deutschlandbrief“ zählt er haarklein auf, warum die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung mit dem Euro hinters Licht führt und von den Franzosen mal wieder über den Tisch gezogen wird. Der Rechtsanwalt Manfred Brunner betitelt sich selbst als prominentester Euro-Gegner Deutschlands und verließ, wie er selber schreibt „aus Protest gegen den Euro“, bereits 1992 Brüssel als EU-Kommissar. Um aus der Massenarbeitslosigkeit herauszukommen, möchte er die Steuern und die Staatsausgaben drastisch senken. In seinen Augen ist Deutschland kommunistisch, da der Staatsanteil am Volkseinkommen die 50% Marke überschritten hätte. Sein Klientel sind die Sparer, Anleger und Steuerzahler. Daß Brunner mit seinen Zahlen „leicht“ übertreibt, wird an der Höhe der Nettozahlungen an die EG deutlich. Bei Brunner zahlt Deutschland 30 Milliarden DM jährlich. Nach offiziellen Angaben sind es hingegen nur 23 Milliarden. Ähnlich sieht es mit seiner Einschätzung über die Bedeutung des Exports für den deutschen Arbeitsmarkt aus. Obwohl Deutschland nach den USA die zweitstärkste Exportnation ist und ca. 65% (Tendenz steigend) des deutschen Außenhandels innerhalb der EU ablaufen, ist für Brunner die EU für den deutschen Export eher unwichtig.

Seine Gründe gegen den Euro sind eine höhere Inflation und steigende Zahlungen an das europäische Ausland. Da seiner Meinung nach der Euro zu „einer Wirtschaftskrise in Südeuropa, zur Abwanderung von Arbeitskräften und zu verstärktem Lohndruck in Deutschland“ komme, würden die deutschen Ausgleichszahlungen wieder steigen müssen. Doch eine Wirtschaftskrise in Südeuropa würde vor deutschen Landesgrenzen nicht halt machen und auch den exportorientierten „Standort Deutschland“ erfassen. (Zitate und Zahlen nach einer im Sommer 1997 verteilten Postwurfsendung)

Dubiose Wirtschaftszahlen werden hier mit Rechenschiebertricks in einer One-Man-Parteishow verwurstet. Das ganze klingt durchaus kompetent und plausibel, verzichtet er doch weitgehend auf Nationalchauvinismus und „Deutschland zuerst“-Parolen und verpackt diese eher in ‚Fakten‘. Mit seiner Angst vor dem weichen Euro argumentiert er exakt so wie Stoiber und Biedenkopf, nur daß diese den Euro nur verschieben wollen, Brunner ihn aber ganz abschieben will.

Fazit

Die rechten Argumente gegen den Euro lassen sich mit wenigen Merkmalen charakterisieren. An erster Stelle steht die undemokratische Einführung des Euro. Alle fordern ein Volksbegehren in dieser „schicksalhaften" Frage. Das hat weniger mit einer basisdemokratischen Grundeinstellung zu tun, als der Heraufbeschwörung des „Willen des Volkes". Der rechte Demokratiebegriff geht von einer homogenen Volksmasse als Ideal aus. Der Wille dieser homogenen Volksmasse ist nicht unbedingt empirisch zu ermitteln. Zum Ausdruck kommt dieser Volkswille in der Figur des Führers, der sich als legitime Stimme des Volkes sieht, ohne unbedingt durch demokratische Wahlen legitimiert zu werden. An zweiter Stelle steht der Eintausch des weichen Euro gegen die harte D-Mark. Gewiß, Inflation ist immer eine versteckte Lohnkürzung. Aber der Euro soll ja hart werden, das fordern durch die Bank alle seine Befürworter. Ansonsten hätte die Währungsunion auch ihren Sinn, dem Dollar als Weltwirtschaftswährung den Rang abzulaufen, verfehlt. Die harte D-Mark ist für die Rechten jedoch Selbstzweck. Sie apellieren eher gefühlsmäßig an „den ehrlichen deutschen Sparer".

Ein harter Euro bedeutet bedingungslose Erfüllung des Stabilitätspaktes, was starke Kürzungen im Sozialhaushalt unumgänglich macht. Linke Forderungen nach mehr Einfluß für Gewerkschaften, höhere Löhne, bessere Tarifverträge etc. sind mit dem harten Euro nicht vereinbar, da strukturelle Wettbewerbsvorteile dann nicht mehr über Geldentwertung erreicht werden können und zwangsläufig die Löhne gekürzt werden müssen. So betont auch Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer die Notwendigkeit einer hohen Arbeitsmarktflexibilität für das Gelingen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

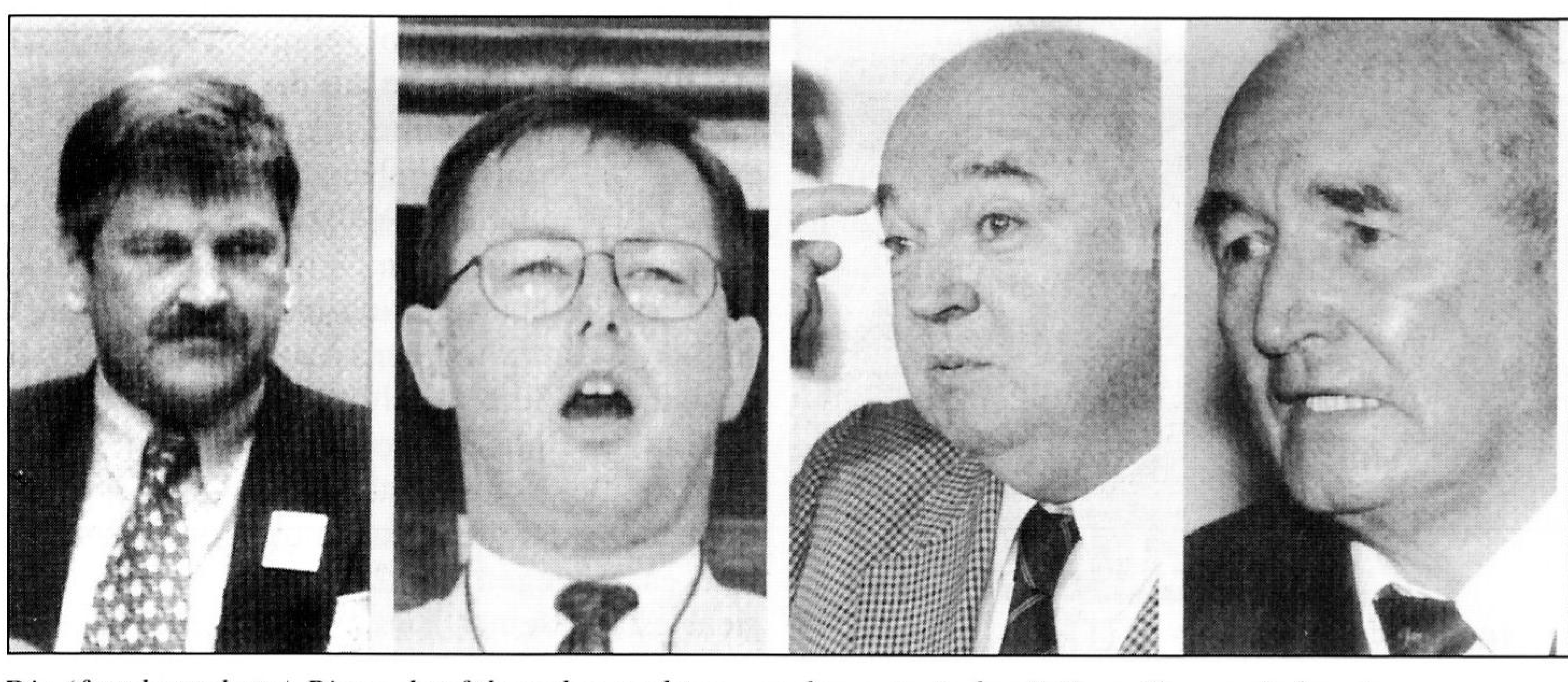
An dritter Stelle der rechten Argumentation steht die Verschwörungstheorie, daß in Wirklichkeit Frankreich die D-Mark als Tribut zur deutschen Wiedervereinigung verlangt und die Bundesregierung in der EU immer nur über den Tisch gezogen wird. An dieser Stelle wird der Unterschied zwischen einer rechten und linken Argumentation gegen den Euro besonders deutlich. Die Rechten argumentieren nationalistisch, indem sie die einzelnen Länder der EU wirtschaftlich gegenüberstellen. Bei ihnen verläuft die Linie zwischen Gut und Böse, zwischen Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Südeuropa.

Eine linke Argumentation gegen den Euro ist eine völlig andere: Der Gewinner der WWU ist das europäische Großkapital, in Deutschland, Frankreich, Italien und sonstwo. Die Verlierer, das sind sowohl die Arbeitslosen und ArbeiterInnen in ganz Europa, als auch die völlig außen vor bleibenden Länder des Trikonts, gegen die der europäische Markt nach außen abgeschottet wird.

Viertens wären die überhöhten Zahlungen der Deutschen an die EU zu nennen. Nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung" zahlt Deutschland derzeit 23 Milliarden DM jährlich in die EU-Kasse ein, was etwa 60% des EU Haushaltes ausmacht. Nur die Höhe der Einzahlungen hängt prozentual vom Bruttosozialprodukt ab. Dieser Prozentsatz ist in allen Ländern gleich, und mit etwa 1,5% des BIP lächerlich gering. Solange also Deutschland die höchsten Beträge einzahlt, solange ist Deutschland auch das wirtschaftlich stärkste Land innerhalb Europas. Daß trotzdem kein Geld für die Sozialkassen da ist, hängt mit den Steuergeschenken für die Reichsten in diesem Land zusammen. Im übrigen will die Bundesregierung nach Einführung des Euro ihre Zahlungen in die EU Kasse drastisch verringern.

Zuguterletzt, aber völlig von der Euro-Debatte unabhängig, sind für die Rechten natürlich immer die Ausländer an allem schuld. Ob Massenarbeitslosigkeit oder weicher Euro, ein Sündenbock ist ihnen immer willkommen. Das sie momentan, bis auf die NPD, relativ wenig auf dem deutschen Fetischsymbol D-Mark herumreiten, hat wohl eher etwas mit den Umfrageergebnissen zu tun - von denen sich ja alle bestätigt fühlen - bei denen die D-Mark als Zeichen nationaler Identität aber nicht auftaucht.

Der Text ist eine stark gekürzte Fassung eines gleichnamigen Artikels in der Broschüre „Die Linke und Maastricht 2" der AntiFa AG der Uni Hannover.



Die (fast komplette) Riege der führenden rechten „parlamentarischen" Euro-Gegner (v.l.n.r.): Udo Voigt (NPD), Rolf Schlierer (REP), Gerhard Frey (DVU), Franz Schönhuber (DVU, ex REP)

„Deutschlandspende" für die NPD

Zu einer „Deutschlandspende 1998" rufen in einem Rundschreiben der Bundesvorsitzende **Udo Voigt** und der Bundesschatzmeister **Erwin Kemna** von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) auf. Der NPD-Parteivorstand bittet um „größtmögliche Spenden" im Vorfeld von Bundestagswahl und der Landtagswahl („Schwerpunktwahlkampf") in Mecklenburg-Vorpommern auf. In dem Bettelbrief stellt die NPD ihr „Drei-Säulen-Konzept", den „Kampf um die Straße - Kampf um die Köpfe - Kampf um die Parlamente", kurz vor. Für sich selbst konstatiert der Vorstand der „Nationaldemokraten" eine „erfreuliche Aufwärtsentwicklung": „Die NPD als führende Kraft des nationalen Widerstandes ist in aller Munde und wird zunehmend als die Alternative zum liberalkapitalistischen System anerkannt."

„Zentralorgan" über Hess, DVU undVeruntreuung

Von der neonazistischen Publikation „Zentralorgan" ist Ende Juli die dritte Ausgabe erschienen. Titelthema ist der einstige Stellvertreter Hitlers: „Im August gedenkt der Nationale Widerstand dem Märtyrer des Friedens, **Rudolf Hess**", denn am „17. August 1998 jährt sich der Mord an dem Friedensflieger zum 11. Male." Weiterhin findet sich im „Zentralorgan" auch ein Interview mit dem DVU-Landtagsabgeordneten **Mirko Mokry**, „mit seinen 19 Jahren der jüngste Landtagsabgeordnete, den es im sachsen-anhaltinischen Landtag je gab." Der Eindruck von Mokry, er gehört seit über einem Jahr der „Deutschen Volksunion" an, fällt „nicht unbedingt vorteilhaft" aus. Der „Wissens- und Erfahrungsschatz des neuen Landtagsabgeordneten ist denkbar gering." Im Inneren des „Zentralorgans" fand ein Wechsel statt. Statt wie bisher „Moonstomp" findet sich nun „Blitzkrieg" als Skinzinebeilage. Der Grund hierfür ist eine mutmaßliche Veruntreuung von Spendengeldern durch **Bernd Krick**, dem langjährigen Macher des „Moonstomp" aus dem Umfeld der „Sauerländer Aktionsfront". Die Spenden wurden für die Hinterbliebenen des 1994 an seinem 22. Geburtstag durch einen Schuß tödlich verletzten US-amerikanischen „Hammerskins" und Sänger von „Nordic Thunder" **Joe Rowan** und der im Alter von 25 Jahren verunglückten JN-Funktionärin **Kerstin Walk-Schneider** aus Zweibrücken gesammelt, jedoch nicht weitergeleitet. Nach einem verstrichenen Ultimatum beendete das „Zentralorgan" nun die Zusammenarbeit mit dem 26jährigen Skinhead Krick. „Da wir keinen Überweisungsbeleg erhalten haben und die Spendengelder auch bis zum heutigen Tage spurlos 'verschwunden' sind, müssen wir davon ausgehen, daß Bernd Krick die Spendengelder veruntreut hat."

Bernhard Wagner

Volk ohne Grenzen

Deutschtumsverein vor der Pleite

Ohne ein Steuergeschenk von rund 22 Millionen DM müßte der „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) Konkurs anmelden. Diese Summe, die bei Projektförderungen zugunsten der Rußlanddeutschen zweckentfremdet wurde, soll der VDA an den Bund zurückzahlen. Alles deutet jedoch darauf hin, daß dem aus dem Rechtsextremismus entstandenen Volkstumsverein die Schulden erlassen werden.

Das Auswärtige Amt hat die Förderung der sogenannten Kulturarbeit des Vereins 1998 wieder aufgenommen. Das Innenministerium, das eine Entscheidung für den Mai 1998 angekündigt hatte, quält sich jedoch nach wie vor mit dem Skandal. Das ist einer kleinen aber aufmerksamen Öffentlichkeit zu verdanken, die den VDA Skandal seit nun mehr als sechs Jahren thematisiert. Im Juli war es der des Linksradikalismus unverdächtige „Bund der Steuerzahler", der Anzeige gegen VDA und Bundesinnenministerium (BMI) erstattete. Nach Einschätzung des Präsidenten des Bundes, Karl Heinz Däke, ist es der größte Fall von „Amtsuntreue", gegen den der Verband in den letzten Jahren vorgegangen sei.

Der Skandal um den VDA ist jedoch nicht nur finanzieller Natur. Seit 1990 erhielt der Verein, der bereits im NS-Regime eine wichtige Rolle spielte, mehr als 214 Millionen DM an Projektgeldern. 1945 als „Nazi-Organisation" verboten vollzog der VDA für die NSDAP, so Rudolf Heß 1939, die „Volkstumsarbeit jenseits der Grenzen". Neben der Erfassung nach rassistischen Kategorien versuchte der Verein deutschstämmige Minderheiten als 5. Kolonnen des NS-Regimes zu funktionalisieren. Führende VDA-Funktionäre der Vor- und Nachkriegszeit, wie Dr. **Karl Stumpp**, waren mit ihren Abstammungsgutachten an der Selektion beteiligt und erledigten so die Vorarbeiten für die Vernichtungskommandos der SS.

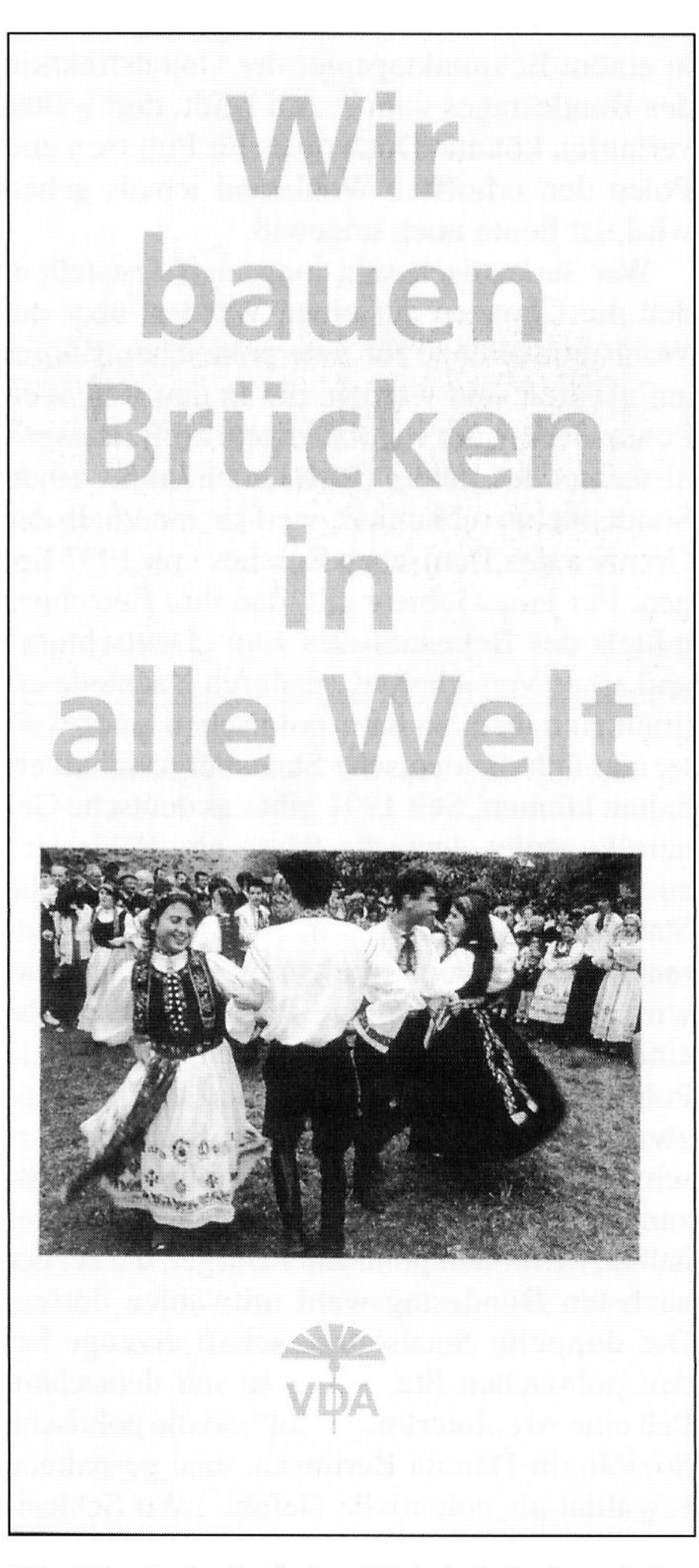
Der 1955 wiedergegründete Volkstumsverein nahm daher vorerst einen anderen Namen an und tritt erst seit 1981 wieder als „Verein für das Deutschtum im Ausland" auf. Von 1973-1977 war der bekannte NS-Verteidiger und Auschwitzleugner **Rudolf Aschenauer** Vorsitzender. Nach Aschenauer übernahm **Hans-Joachim Berendes** den Vorstand des VDA bis in die 90er Jahre. In einem Vortrag vor der „Deutschen Burschenschaft" im Mai 1986 erinnerte er an die „Blütezeit" des VDA „in den ersten Jahren nach 1933" und beschwor die „Blutsgemeinschaft" des deutschen Volkes. „Ein Volk", so Berendes, „das ohne ausgeprägte natürliche Grenzen und umgeben von anderen Völkern lebt, breitet sich, wie die Geschichte zeigt, in Zeiten der Stärke aus."

Wie in kaum einer anderen Organisation der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Neokonservatismus arbeiten im VDA prominente Politiker und Rechtsextremisten zusammen. Im Verwaltungsrat saßen der mittlerweile verstorbene Bundestagsvizepräsident **Hans Klein**, der Regierende Bürgermeister von Berlin **Eberhard Diepgen**, der SPD-Bundestagsabgeordnete **Horst Sielaff** oder der Aussiedlerbeauftragte **Horst Waffenschmidt** zusammen mit Rechtsextremisten wie **Helmut Kowarik** von der „Österreichischen Landsmannschaft", in deren Zeitung „Der Eckartbote" auch schon mal des Geburtstages „des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler (100)" oder des Todestages „des Politikers Reinhard Heydrich" gedacht wird. Auf dem Höhepunkt rassistischer Gewalt 1993 malte der „Eckartbote" ein Schreckensbild von den „Türken", die erneut versuchten „Mitteleuropa zu erobern, wieder in der ewigen Absicht, sich Güter und Lebensraum zu verschaffen. (...) So wie die Dinge nun stehen, scheint es ohne 'Bürgerkriegsähnliche' Unruhen nicht mehr abgehen zu können." Dies war im VDA nicht unbekannt, denn Kowarik legte die Zeitschrift bei der Kulturpreisverleihung des Vereins 1994 öffentlich aus. Zwar sprach der um Schadensbegrenzung bemühte derzeitige Bundesvorsitzende, **Hartmut Koschyk**, seine Mißbilligung darüber aus, zu weitergehenden Konsequenzen gegen Kowarik konnte sich die VDA-Führung jedoch nicht durchringen.

Auch kosmetische Modernisierungsversuche des VDA scheiterten an einer Mitgliedschaft, die beharrlich am Althergebrachten festhielt. So fanden auf den Hauptversammlungen 1995 und 1996 zwei Versuche, den Namen des Vereins zu ändern und auf den Begriff „Deutschtum" darin zu verzichten, keine ausreichenden Mehrheiten. 1997, als Helmut Kowarik nicht wieder zu den Verwaltungsratswahlen antrat, konnte die „Junge Freiheit" befriedigt feststellen: „Mit Rolf Sauerzapf ist immerhin erneut ein ausgewiesener Nationalkonservativer in den Verwaltungsrat des Vereins für das Deutschtum im Ausland gewählt worden, und der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Hans-Helmuth Knütter steht an der Spitze der Ersatzkandidaten." **Rolf Sauerzapf**, Bundesgrenzschutzpfarrer in Kassel, hatte den LeserInnen der VDA-Zeitschrift „Globus" schon 1991 das „Handbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums" aus der NS-Zeit empfohlen. Darin wird nicht nur akribisch jedes 'deutsche Siedlungsgebiet' aufgeführt, sondern auch ein widerlicher Antisemitismus propagiert. Ebenso wie Prof. **Hans-Helmuth Knütter** verfügt Sauerzapf über vielfältige Kontakte zur rechtsextremen Szene. So referierte er vor dem rassistischen „Hilfskomitee Südliches Afrika" oder war als Autor für die rechtsextremen „Staatsbriefe" tätig. Zusammen mit seinem Vorgänger Kowarik sitzt er im Vorstand des österreichischen „Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes".

Daß sich ein 'Volk in Zeiten der Stärke ausbreitet', schien auch im BMI angekommen zu sein. Dort schanzte das VDA-Verwaltungsratsmitglied (bis 1993) und Staatssekretär Horst Waffenschmidt dem VDA seit Anfang der 90er Jahre mehr als 200 Millionen DM Projektgelder zu. Die in der Öffentlichkeit als humanitäre Hilfen für Rußlanddeutsche oder „Hilfe zur Selbsthilfe" verkauften Projekte, die ihre Empfänger von einer Aussiedlung in die Bundesrepublik abhalten sollten, dienten vielmehr einer Reethnisierung der sog. Volksgruppe und sollten eine Eigenstaatlichkeit der Rußlanddeutschen fördern. Im Bundeshaushaltsplan sind die Mittel bis heute als Unterstützung „beim Aufbau von Verwaltungseinheiten in Regionen mit deutscher Bevölkerung und bei der Festigung sonstiger deutsch besiedelter oder künftig von Deutschen zu besiedelnden Regionen" ausgewiesen. Bis 1997 war auch die Unterstützung „bei der Wiedererrichtung und dem Aufbau der Republik der Deutschen an der Wolga" geplant.

Zwar hat der Bundesrechnungshof nun festgestellt, daß mehr als 22 Millionen DM zweckentfremdet wurden, wohin aber die Gelder geflossen sind, die teils nach Agentenmanier in Geldkoffern transportiert worden sind, ist weiterhin ungeklärt. Der Verdacht, daß damit zur Festigung des Deutschtums illegale Landkäufe in der Oblast Kaliningrad getätigt wurden, konnte bis heute nicht aus der Welt geschafft werden. Das Innenministerium verweigert beharrlich Auskünfte über Umfang und Details des Skandals. Die Allianz mit dem rechtsgerichteten Volkstumsverein ist dem Saubermann **Manfred Kanther** offenbar wichtiger als eine solide Haushaltsführung.



Die Mitgliedschaft des VDA hält beharrlich an Althergebrachtem fest. Versuche, aus moderaten Gründen auf den Begriff 'Volkstum' zu verzichten, scheiterten allesamt

Gerd Alt & Samuel Salzborn

Schaffung deutschen „Volkstums"

Eine neue Basis für die „Vertriebenenverbände"

„Die Deutschen kommen dieses Mal und werden uns ohne Krieg einnehmen. Dieses Mal eben anders als Hitler." Eine Situationsbeschreibung aus der Mitte dieses Jahres. Abgegeben hat sie jemand, der weiß, was die Öffnung der Westgrenzen des ehemaligen Ostblocks bedeutet hat.

Ein polnischer Bürger, der in der Nähe von Wroclaw lebt. Er weiß dabei aber auch, was für eine Relevanz eine mögliche EU-Osterweiterung für ihn und seine Landsleute haben wird. Es ist die Hoffnung auf ein kleines Stück vom großen kapitalistischen Kuchen. Die Hoffnung auf ein wenig Wohlstand. Etwa 70 Prozent der polnischen Bürger befürworten die EU-Osterweiterung. Nicht zuletzt deshalb, weil sie Angst davor haben, daß die „direkt an Deutschland vorbei verlaufende Wohlstandsgrenze", wie es in einem Eckpunktepapier der Unionsfraktion des Bundestages vom 7. Juli heißt, dort weiter verlaufen könnte. Doch ob es für Polinnen und Polen den erhofften Wohlstand jemals geben wird, ist heute noch ungewiß.

Wer sarkastisch sein mag, darf feststellen, daß die Chancen auf einen Wechsel über die Wohlstandsgrenze für jene polnischen Bürger am größten sein werden, die in den Regionen Polens leben, für die das deutsche Bundesministerium des Innern (BMI) noch immer einen Sonderstatus reklamiert, weil sie innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 liegen. Für jene Gebiete gilt, daß ihre Bewohner mittels des Bekenntnisses zum „Deutschtum" und einer Versicherung, dadurch Nachteile erlitten zu haben, zu ihrer polnischen eine zweite, nämlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können. Seit 1991 gibt das deutsche Generalkonsulat deutsche Pässe an „Schlesier" aus, gleichwohl diese „Schlesier" polnische Staatsbürger sind. Was in Deutschland geborenen Kinder von Arbeitsmigranten verwehrt wird, hier ist es gängige Praxis: die Vergabe einer doppelten Staatsbürgerschaft. Wieviele Polen in den ehemals deutschen Gebieten inzwischen auch eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist unbekannt. Polnische Schätzungen schwanken zwischen 50.000 und einer halben Millionen polnischer Bürger, die bei der nächsten Bundestagswahl mitwählen dürfen. Die doppelte Staatsbürgerschaft erzeuge bei den polnischen Staatsbürgern mit deutschem Paß eine Art „Interimsgefühl", so die polnische Soziologin Danuta Berlinska, eine gespaltene Loyalität als potentielle Gefahr. „Wir Schlesier", interpretiert dies **Heinrich Kroll**, „sind hier zu Hause, die Polen sind hier nur zu Gast." Kroll ist Abgeordneter der Liste der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im schlesischen Oppeln" im polnischen Sejm, die als „nationale Minderheit" bei Wahlen von der fünf Prozent-Sperrklausel befreit ist und die „deutsche Minderheit" vertritt. „Dieses Mal eben anderes als Hitler", sagte der polnische Bürger, der in der Stadt lebt, die in Deutschland fast ausschließlich unter dem Namen Breslau bekannt ist.

Vor diesem Hintergrund ist auch der aktuelle Konflikt zwischen Deutschland und Polen zu sehen. Ausgelöst wurde der „deutsch-polnische Papierkrieg", so nannte es die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) trocken, dadurch, daß am 29. Mai der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition und bei Enthaltung der SPD den Antrag „Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen Deutschen und ihren östlichen Nachbarn" angenommen hatte. Die „deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa" seien, so die Resolution des Bundestages, beim Zusammenwirken Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn „möglichst umfassend einzubeziehen". Die „Vertreibung von Deutschen" müsse stets als „großes Unrecht und als völkerrechtswidrig" wahrgenommen werden. Daß das Potsdamer Abkommen in Paragraph XIII explizit die Umsiedlung der Deutschen regelt, wird dabei verschwiegen, als habe man sich die Position der deutschen Neofaschisten zu eigen gemacht, die solche völkerrechtlichen Vereinbarung als „Siegerrecht" abtun. Desweiteren sollen die „europäischen Grundfreiheiten", insbesondere „Freizügigkeit" und „Niederlassungsfreiheit", auch für die „Vertriebenen" gelten. Die „in Europa beheimateten Minderheiten und Volksgruppen" sollen als „wichtige Brücke zwischen den europäischen Staaten und Völkern" zum Einsatz kommen. Diese „Brückenfunktion" - oder besser Brückenkopffunktion - werde unterstützt von Deutschkursen für Spätaussiedler „in den Herkunftsgebieten". Während der polnische Sejm in der Erklärung des Bundestages „Doppeldeutigkeiten" und „gefährliche Tendenzen" erkannte, wies der polnische Botschafter in Deutschland, Andrzej Byrt, darauf hin, daß man in Polen „tatsächlich Ängste" habe, weil „der Deutsche Bundestag insbesondere die Gruppe der Vertriebenen" unterstütze. Der ehemalige polnische Präsident Lech Walesa erklärte gar, man wolle in „einem europäischen Danzig und in einem europäischen Schlesien wohnen, zu dem alle den gleichen Zugang haben".



Am deutschen Wesen soll die Welt genesen: Trachtenkult und Singsang für die „Niederlassungsfreiheit"der „Vertriebenen"

Ohne es explizit zu sagen, hatte Walesa in einer Art einfühlendem Gehorsam den eigentlichen Inhalt der Bundestagsresolution erfaßt. Es geht um ein „modernes Volksgruppenrecht als Baustein eines vereinten Europa", wie es der inzwischen verstorbene NS-Volksgruppen-Experte **Theodor Veiter** vor gut 30 Jahren in einem Referat vor dem „Witikobund" darlegt. Der ausgesprochene Antisemit Veiter stand während des Nationalsozialismus im Sold des Auswärtigen Amtes, für das er Konzepte zur Instrumentalisierung des Volksgruppenrechts erarbeitete. Seinerzeit arbeitete er auch in führender Position an der Zeitschrift „Nation und Staat" mit, die heute als „Europa Ethnica" von der „Förderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) weitergeführt wird. Seinen Einfluß trug er auch direkt in den „Bund der Vertriebenen" (BdV). So trat er 1970 vehement für eine Charta der Freizügigkeit und des Volksgruppenrechts ein, die der BdV aufzulegen gedachte. Vorarbeiten zu dieser Charta begrüßte er wie folgt: „Das Werk erscheint in einer Zeit, da in der europäischen Öffentlichkeit die Fragen des Volkstums eine neue Aktualität gewonnen hätten". Er zählte als Regionen dieser Aktivität Irland, Belgien, Südtirol und Jugoslawien auf. Daß sich ein Volksgruppenkonzept, wie es Veiter konzipierte, nicht nur gegen den Osten wendet, sondern auch westeuropäische Staaten zu unterminieren sucht, belegen Veiters Vorwürfe gegen Frankreich, im Elsaß schwere Verstöße gegen das Volksgruppenrecht zu begehen. Veiter legte auch die Grundlage für die Volksgruppenpolitik der vom Bundesministerium des Innern abhängigen FUEV. Die FUEV behauptet, daß „die Angehörigen von Volksgruppen [...] ein Recht auf einen als Territorialautonomie bezeichneten territorial abgegrenzten Sonderstatus" besitzen. Dieses von Deutschland auf seinen europäischen Hegemonialraum ausstrahlende Volksgruppen- und Selbstbestimmungsrecht (vgl. auch **Carl Schmitts** „Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte") bestimmte Franz Neumann schon 1942 „als eine Waffe": „Man nutze jede aus dem Minderheitenproblem erwachsene Spannung. Man schüre nationale und rassische Konflikte, wo man kann. Jeder Konflikt wird Deutschland [...] in die Hände spielen." (Neumann, Franz: Behemoth - Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt/M 1984, S. 185)

Als hätte sie die Strategie erkannt, meinte eine polnische Minderheitenbeauftragte im ehemaligen Schlesien zu der Entwicklung dort: „Wenn nur nicht wieder jemand von draußen Unruhe schürt", denn dann bräche er erneut auf, der Konflikt, der jetzt noch in den Köpfen sitzt.

Doch genau dies geschieht, und **Helmut Kohl** verpackt es in die folgenden hehren Sätze: „Das Europa, das wir jetzt gemeinsam bauen, ist die beste Voraussetzung für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert", so der Bundeskanzler beim Bundestreffen der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland" Anfang Juni dieses Jahres in Stuttgart. Dazu gehöre „natürlich" auch, so Kohl weiter, daß sich „nationale Minderheiten und Volksgruppen frei und ohne Diskriminierungen entfalten können."

Selbstverständlich zum Recht der „nationalen Minderheiten und Volksgruppen" gehört, das zu ihrer Entfaltung notwendig ist, die „ungehinderte Kontaktaufnahme der Minderheit mit dem konationalen Ausland" zu realisieren. Dies ist die Formel, die die deutschen Volkstumsaktivisten benötigen, um die sog. „deutsche Volksgruppe" im Osten erneut zu instrumentalisieren, oder, so sie nicht mehr vorhanden ist, neu aufzubauen. Diese Forderung fand als Artikel 10 in der Konvention über die Grundrechte der Europäischen Volksgruppen Aufnahme. Die „Paneuropa-Union" (PEU) **Otto von Habsburgs** hatte im europäischen Parlament mit Unterstützung der BRD auf die Durchsetzung dieser Position gedrängt. Von gleichem Inhalt ist auch der Artikel 17 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, das unter anderem auch Polen im März 1995 unterzeichnete: „1. die Vertragspartner verpflichten sich, in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten auf Aufnahme und Pflege ungehinderter und friedlicher Kontakte über Grenzen hinweg mit Personen, [...] mit denen sie eine ethnische, kulturelle oder religiöse Identität oder ein kulturelles Erbe gemeinsam haben, nicht einzugreifen. 2. Die Vertragspartner verpflichten sich, in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten auf Teilnahme an den Aktivitäten nichtstaatlicher Organisationen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nicht einzugreifen."

Egal ob in Polen, Tschechien oder der Slowakei, wohin inzwischen der „Witikobund" Reisen zu „Deutschen" und einem „deutschen Bürgermeister" unter der Leitung eines Referenten der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" organisiert - überall, wo es nach völkisch-ethnischer Definition „Deutsche" gibt, werden sie entweder direkt durch staatliche Stellen von Deutschland unterstützt oder indirekt über die „Landsmannschaften", den BdV oder andere Volkstumsorganisationen, die als Mittlerorganisationen der Bundesregierung fungieren und von der Bundesrepublik alimentiert werden. Fast schon überflüssig ist es, darauf hinzuweisen, daß die sog. „Vertriebenenverbände" und andere Volkstumsorganisationen in Deutschland auch in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen „Euroregionen" ein gehöriges Wörtchen mitzureden haben.

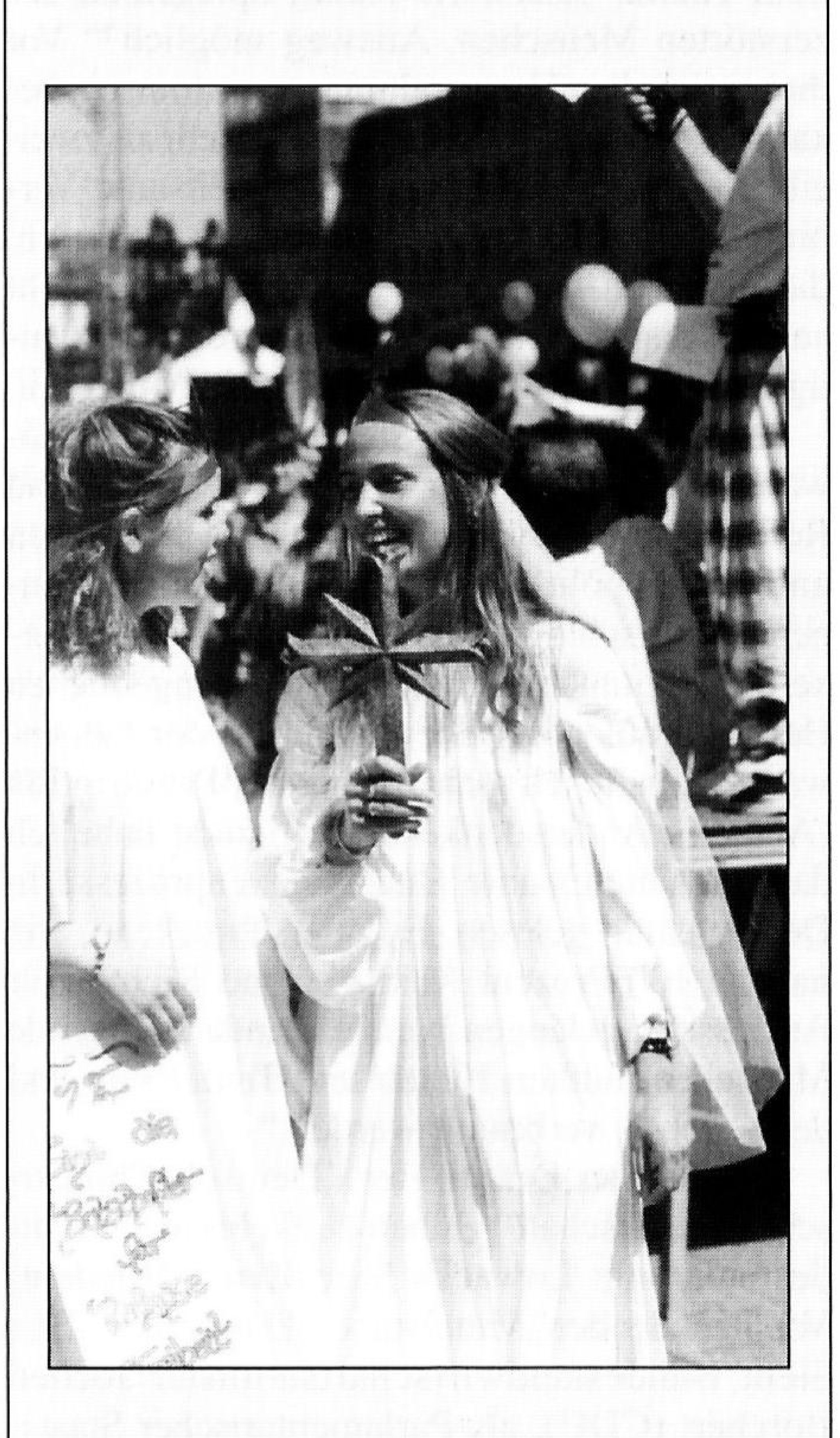
Jüngstes Ergebnis dieser Praxis ist eine Partnerschaft zwischen einer BdV-Untergliederung mit einer polnischen Stadt. Die Unterzeichnung einer Partnerschaftsurkunde zwischen der polnischen Stadt Paslek und der „Kreisgemeinschaft Preußisch Holland". Die „Kreisgemeinschaft Preußisch Holland" ist dem „Bund der Vertriebenen" angegliedert und untersteht als Teilorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO). Eine solche Partnerschaftsvereinbarung ist ein absolutes Novum in den außenpolitischen Konzepten der „Vertriebenen". Bis dato waren vergleichbare Versuche seitens anderer BdV-"Heimatkreisgemeinschaften" immer an polnischem Widerstand gescheitert. In der Partnerschaftsurkunde hat man sich wegen des „gemeinsamen Interesses an dem Wohlergehen" der polnischen Stadt auf Kooperation verpflichtet. Zentrale Punkte sind dabei „historische Forschung" und „kulturelle Zusammenarbeit" ebenso wie „sozial-humanitäre Hilfe" und „Kontakte in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus". Durch „regelmäßige Konsultationen" soll damit ein „Beitrag zum Zusammenwachsen Europas auf kommunaler Ebene" geleistet werden.

Unter Beteiligung von Funktionären der entsprechenden Heimatgliederungen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) kam in diesem Jahr auch die erste Partnerschaft eines tschechischen und deutschen Landkreises zustande. Der bayerischen Landkreises Neunburg-Schrobenhausen vereinbarte zukünftig mit dem tschechischen Landkreis Jesenik zusammenzuarbeiten. Welche Funktion diese Partnerschaften, die zum Teil auf Patenschaften der deutschen Kommunen über „Heimatkreisgemeinschaften" der nach dem 2. Weltkrieg Umgesiedelten zurückgehen, besitzen werden, ist noch nicht auszumachen. Die Beteiligung eben solcher „Heimatkreisgemeinschaften" an diesen Partnerschaften läßt jedoch Schlimmstes befürchten.

Die BdV-"Heimatkreisgemeinschaften" haben eine Doppelfunktion. Zum einen sind sie seit Bestehen der „Vertriebenenverbände" ein fundamentaler Teil derer Basis. Ihre Aufgabenstellung ist es „im Sinne der Substanzerhaltung die Lebenskräfte der Volksgruppe planvoll nutzbar zu machen und so die Grundlage für die Volksgruppenpolitik zu erstellen", wie es der ehemalige Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft", **Hans-Christoph Seebohm** einmal auf den Punkt brachte. Zum zweiten sind sie seit 1989/90 die operierenden Keimzellen der erstrebten Germanisierung. In unterschiedlichen Konstellationen arbeiten sie seitdem an vorderster Front an der Regermanisierung ehemals deutscher Gebiete. Doch sind die „Heimatkreisgemeinschaften" aufgrund des teilweise recht hohen Alters ihrer Mitglieder kaum mehr in der Lage, selbst als Grundlage der Volksgruppenpolitik zu dienen. Sehr wohl sind ihre sich heute aus der „Bekenntnisgeneration" rekrutierenden jetzigen Führer aber dazu fähig, im Sinne dieser Politik die Volksgruppe in Polen, Tschechien, der Slowakei oder Rußland neu zu konstituieren. „Denn wir wünschen uns alle eine zahlenmäßig starke deutsche Minderheit in Rumänien, da sie eine ganz wesentliche Brückenfunktion zwischen unseren Ländern ausübt!". In diesem Satz des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, **Horst Waffenschmidt**, aus seiner Rede beim diesjährigen „Heimattag" der „Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland", ist „Rumänien" freilich eine beliebig tausch- und erweiterbare Variable.

Scientology: „Multi-Faith Rally for Truth"

Um gegen Diskriminierung und Einschränkung der Religionsfreiheit zu demonstrieren hat die „Scientology-Kirche" am 10.August in Frankfurt/Main mehr als 5.000 Sektenmitglieder aufmarschieren lassen. Die aus allen europäischen Ländern sowie USA, Kanada und Israel herbeigeschafften Anhänger von **Ron L. Hubbard** versammelten sich in Frankfurt, dem Ziel einer 1½ monatigen Laufdemonstration durch Europa. Anläßlich der 50-jährigen Verabschiedung der Internationalen Menschenrechtskonventionen forderten sie die Anerkennung der Wahnideen von Hubbard als Religion und anschließende Gleichstellung mit den christlichen Kirchen. Gegenüber der Kampagne in den USA, wo die „Scientology" vor allem mit Vergleichen der eigenen Situation mit den



nationalsozialistischen Verbrechen an Juden Stimmung macht, gaben sie sich sehr moderat. Betont viele jugendliche Mitglieder und Familien mit Kindern sollten den Eindruck einer harmlosen Religionsgemeinschaft erwecken. Bereits im Vorfeld hatte die „Scientology" versucht Boden bei Sektenbeauftragten und in den Kirchen gut zu machen, und vor dem psychologischen Druck in anderen Sekten aber auch in bestimmten, umstrittenen Psychiatrien gewarnt. Auch eine massive Werbekampagne für das „Scientology"-Buch „Selber Denken" sollte den Eindruck einer Gemeinschaft mit kritischem und eigenen Verstand stützen.

Mitglieder oder Werbung anderer Gruppen, die angeblich zusammen mit dem Sektenkonzern die Kampagne für religiöse Freiheiten tragen, waren auf dem Demonstrationsplatz nicht sichtbar.

Thomas Klaus

Von Distanzierung kaum 'ne Spur

Der Vorsitzende der „Deutsch-Chinesischen Gesellschaft" referierte auf einer Veranstaltung gemeinsam mit Rechtsextremisten

Im letzten Jahr feierte die „Deutsch-Chinesische Gesellschaft" ihren 40.Geburtstag. Und bisher war dieser Lobby-Verein für die antikommunistisch regierte Inselrepublik Taiwan, die sich 1950 zur wahren 'Republik China' ausgerufen hatte, ohne Negativ-Schlagzeilen durch die Jahre gekommen. Doch seit kurzem liegt ein Schatten über dem honorigen Zusammenschluß - und der ist nicht dunkel, sondern braun.

Ortwin Lowack, seit einem Jahrzehnt 1.Vorsitzender der „Deutsch-Chinessischen Gesellschaft", hält im November 1995 ein Referat auf einer Veranstaltung der „Salem-Bio-Akademie". Sein Thema: „Zerstörte Natur, Spiegelbild des zerstörten Menschen. Ausweg möglich?" Vor ihm spricht laut Veranstaltungsprogramm ein bekannter Holocaust-Verharmloser. Mehr als zweieinhalb Jahre später wird diese seltsame Verbindung bekannt, aber die normale Reaktion, die man von Lowack erwarten konnte, bleibt aus: Er distanziert sich alles andere als eindeutig und bringt sich dadurch selbst in Mißkredit.

In einer schriftlichen Stellungnahme gibt Lowack vor, sich an den Rechtsextremisten und Referenten-Kollegen nicht erinnern zu können und dessen politische Aktivitäten nicht zu kennen. Dann schlägt er einen Bogen von der Hexenverfolgung im Mittelalter zu der angeblichen Hetzjagd auf politische Gegner in der Gegenwart: „... halte ich nichts von einer Proskription (Ächtung Andersdenkender). Gerade habe ich das hochinteressante Buch 'Hexenprozesse in Deutschland' gelesen. Es ist erschreckend, wie nahezu 100 Prozent Ankläger und Richter zur Auffassung gelangen konnten, andersdenkende Menschen müßten Hexen und Teufel sein und deswegen ... verbrannt werden."

Die heißen Drähte der „Deutsch-Chinesischen Gesellschaft" glühen direkt bis in die Bundesregierung: Lowacks Vize **Ernst Hinsken**, Vorsitzender der „Mittelstands-Union" der CSU, dient Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU), als Parlamentarischer Staatssekretär. Auf das dürftige Lowack-Statement zu dessen Salem-Auftritt angesprochen, fällt Hinsken nicht viel ein: „Es liegt mir fern, Stellungnahmen oder Ratschläge zum Verhalten des ... Herrn Ortwin Lowack gegenüber Dritten, die mir persönlich nicht bekannt sind, abzugeben."

Der „geachtete Andersdenkende", den Ortwin Lowack anscheinend in Schutz nimmt, heißt **Ernst Otto Cohrs**. Dieser Versandhändler für biologischen Gartenbaubedarf geht seinen Geschäften vom niedersächsischen Rothenburg aus nach. Bernd Wagner, Ex-Staatsschutz-Chef der fünf neuen Bundesländer, weiß über ihn: „Ernst Otto Cohrs verteilte antisemitisches Material, ließ Anzeigen in rechtsextremen Anzeigen schalten und verbreitete die Behauptung von der Auschwitz-Lüge." Die Journalistin und ehemalige „Grünen"-Politikerin Jutta Ditfurth präzisiert die Vorwürfe: „Cohrs besaß früher einen Verlag, in dem er Bücher wie 'Es gab keine Gaskammern' oder 'Der Auschwitz-Mythos' herausbrachte."

In eine ähnliche Kerbe wie diese Bücher schlagen wohl die Cohrs-Artikel für die Zeitschriften „Sieg" und „Deutschland in Geschichte -und Gegenwart". Das österreichische Blatt „Sieg" wird von dem dortigen Rechtsextremisten **Walter Ochensberger** dirigiert, den Verfassungsschützer des Alpenlandes zum Netzwerk der militanten Neonazis rechnen. Wegen 'nationalsozialistischer Wiederbetätigung' stand er in Österreich einige Male vor Gericht und wurde 1992 für zwei Jahre inhaftiert. „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" wird im Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 1996 unter dem Stichwort „Rechtsextremistische Bestrebungen" aufgeführt. Der herausgebende „Grabert-Verlag" war häufig das Ziel von Durchsuchungen und Beschlagnahme-Aktionen der Polizei.

Seit 1989 führt Ernst Otto Cohrs den „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL), die wohl älteste Umweltschutzorganisation Deutschlands, die es mit ihren Trennungslinien nach rechtsaußen desöfteren nicht so genau nimmt: In der WSL-Bildungsstätte „Collegium Humanum" traf sich 1984 sogar das neonazistische „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten des 100. Geburtstages Adolf Hitlers". Und den Vorstand dieser zweifelhaften Institution im nordrhein-westfälischen Vlotho bereichert seit 1989 ein 1992 wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilter Holocaust-Leugner, der Studienrat **Günther Ernst Kögel** aus Remscheid.

Den Redner-Reigen auf der Veranstaltung der „Salem-Bio-Akademie", auf der auch Ortwin Lowack in die Bütt gegangen war, hatte laut Programm **Karl Basler** eröffnet. Der ehemalige NPD-Landtagsabgeordnete taucht im baden-württembergischen Verfassungsschutzbericht für 1996 auf. Denn auf einem Kongreß der ultrarechten Autoren- und Verleger-Vereinigung „Gesellschaft für Freie Publizistik" hatte er so richtig vom Leder gezogen: „Seit 1945 wollen uns die Vertreter der westlichen Besatzungsmächte darüber belehren, daß die persönliche Freiheit aus ihren Ländern zu uns gekommen sei; und die Bonner Kreaturen dieser Umerzieher sehen seit 50 Jahren ihre Aufgabe darin, diesen eklatanten Schwachsinn zur Grundlage ... ihrer schändlichen Unterwerfungspolitik zu machen."

Auch der Ruf des Veranstalters, der „Salem-Bio-Akademie" läßt zu wünschen übrig. Diese gehört zum Netzwerk der „Bruderschaft Salem", eines pseudo-christlichen, von Spendengeldern lebenden Großunternehmens mit Sitz in Bayern. Als eines der wichtigsten Standbeine des umstrittenen Hilfswerkes gilt die Kinder- und Jugendarbeit, und von der hat Salem-Chef **Gottfried Johannes Müller** ganz eigene Vorstellungen. Der einstige Truppführer der Reiter-SA propagierte die Einführung eines „Salem-Arbeits-Dienstes". Das dafür gefundene Kürzel SAD erinnert wohl nicht aus Zufall an den RAD, den „Reichs-Arbeits-Dienst" in der NS-Zeit. In seinen Kinder- und Jugendheimen ließ Müller folgerichtig für die Freilassung einsitzender SS-Verbrecher beten.

Der gelernte Rechts- und Staatsanwalt Lowack, der sich im November 1995 anscheinend in sehr schlechter Gesellschaft aufgehalten hatte, ist in der Politik kein unbeschriebenes Blatt. 1991 warf der Reserveoffizier die CSU-Flinte ins Korn. Damals war er Bundestagsabgeordneter. Die Partei, für die er erstmals 1980 in das Bonner Parlament eingezogen war, war ihm zu 'links' geworden. Stattdessen versuchte Lowack sein Glück mit der von ihm gegründeten Rechts-Partei „Freie Bürger-Union""(FBU). Die FBU blieb aber trotz tätiger Mitarbeit etwa von ex „Republikaner"-Funktionären ein langes Leben verwehrt. An Lowacks Einfluß im konservativen Lager änderte dieser Flop nicht viel. So schätzt man den 56jährigen Bayreuther im Lager der Vertriebenen als Präsidenten der „Schlesischen Landesvertretung", einer Art Abgeordnetenhaus im Exil. Am mächtigsten kann Ortwin Lowack allerdings als Chef der „Deutsch-Chinesischen Gesellschaft" schalten und walten - und anscheinend, wie er will.

Pech gehabt

Die schmerzliche Erfahrung, daß es unangenehme Folgen haben kann, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein, mußte Mitte Juli **Teodoro Buontempo** machen. Der AN-Abgeordnete, der als Chef der AN-Fraktion im römischen Stadtrat gleichzeitig so etwas wie die graue Eminenz der römischen Sektion von „Alleanza Nazionale" und der letzte einflußreiche Neofaschist in der Partei ist, tafelte gerade in einem Restaurant am Campo di Fiori, im Zentrum Roms, als eine spontane Demonstration von ca. 200 linksradikalen Jugendlichen gegen die staatliche Repressionswelle gegen die besetzten centri sociali (Soziale Zentren) in Turin, die zwei der mit Terrorismusanklagen überzogenen und inhaftierten Jugendlichen in den Selbstmord getrieben hat, vorbeizog. Der wichtigste Exponent der neofaschistischen Rechten in Italien kam buchstäblich mit einem blauen Auge davon. Dennoch hinterließ er einen ziemlich geschockten Eindruck darüber, daß die von ihm selbst so häufig gewählten Methoden nun einmal auf ihn selbst zurückgefallen waren. Im Januar 1993 beispielsweise hatten MSI-Aktivisten unter seinem Kommando ganz wie zu Mussolinis Zeiten auf den Stufen des italienischen Abgeordnetenhauses Posten bezogen und zahlreiche mißliebige Abgeordnete bedroht, beleidigt und geschlagen, wofür er später zu 9 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Er bewährte sich u.a. dadurch, daß er 1995 die Stadträte der Mitte-Links-Mehrheit während einer Sitzung des römischen Stadtparlamentes durch Angehörige der MSI-Jugendorganisation aufmischen ließ und alljährlich bei der Totenfeier an Mussolinis Grab mit dem römischen Gruß posiert.

INTERNATIONALE MELDUNGEN

FN und PNP streben „Euronat"-Bündnis an

Mit Blick auf die am 1.1.99 beginnende Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (und deren Folgen) und die im nächsten Jahr stattfindende Neuwahl des Europaparlaments ist der französische „Front National" (FN) bestrebt, ein neues europaweites Bündnis rechtsradikaler Parteien und Organisationen auf die Beine zu stellen. In diesem Sinne beschlossen der Vizepräsident des FN, **Dominique Chaboche** und der Mitbegründer der frisch aus der Taufe gehobenen „Portugiesischen Nationalistischen Partei" (PNP), **Jaime Coutinho**, bei einer Zusammenkunft Ende Juli in Porto unter dem Namen „Euronat" einen Zusammenschluß aller nationalistischen Parteien und Vereinigungen herbeizuführen, die in der EU eine Bedrohung der Nationen sehen. Chaboche zufolge soll „Euronat" seine Mitgliedsorganisationen u.a. bei der „Eroberung der Macht" unterstützen. Zuvor muß die neugegründete PNP allerdings noch vom portugiesischen Verfassungsgerichtshof genehmigt werden.

AN sucht seriösen Anschluß

Nachdem die vom Medienzar **Silvio Berlusconi** geführte Rechtspartei „Forza Italia" in die christdemokratische Fraktion des Europaparlaments aufgenommen wurde, sucht auch die 1995 aus dem neofaschistischen MSI und einzelnen versprengten rechtskonservativen und rechtsliberalen Politikern hervorgegangene „Alleanza Nazionale" (AN) seriösen Anschluß auf europäischer Ebene. Aus diesem Grunde traf sich Parteichef **Gianfranco Fini** Ende Juni in Paris mit dem Präsidenten des neogaullistischen RPR, **Philippe Séguin**, und handelte mit ihm den Beitritt von AN zur „Union für Europa"(UPE)-Fraktion aus. Dieser rechts vom christdemokratischen PPE-Club angesiedelten Fraktion des Europäischen Parlaments gehören neben dem RPR auch die irische „Fianna Fail", die portugiesische „Volkspartei" (PP) sowie eine kleine Rechtsabspaltung der griechischen Konservativen an.

Der Frankreichbesuch des AN-Sekretärs wurde medial begleitet durch einen Leitartikels Finis in „Le Monde" vom 26.6.98. Dort erklärt er unter der Überschrift „Warum wir mit dem FN gebrochen haben", daß seine Partei sich zur Menschenwürde, zur Freiheit, der Solidarität, der demokratischen Autorität des Staates und zur Familie bekenne, sich jedwedem Rassismus und Totalitarismus verweigere und „den Wert des Antifaschismus als entscheidenden historischen Faktor für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten in unseren Ländern" anerkenne. Dies unterscheide sie vom „Front National" und aufgrund dieser „Unmöglichkeit gemeinsame Werte zu definieren" sei es zum Bruch aller Kontakte zum FN gekommen.

Diesem „Wertewandel" von „Alleanza Nazionale", der von FN-Chef **Jean Marie Le Pen** umgekehrt in der italienischen Presse (u.a. in „La Stampa") als Unterwerfungsgeste gegenüber der Bourgeoisie gegeißelt wird, entsprechen massive politisch-praktische Differenzen. Während der „Front National" keine Gelegenheit ausläßt von nationalistischen und rassistischen Positionen aus gegen die Einführung des Euro zu Felde zu ziehen, lautet Finis Credo seit langem: „Der Euro ist wichtig, aber er muß das Instrument einer Politik der Entwicklung der Wirtschaft sein. Er kann nicht nur ein finanzpolitisches Instrument sein." Und während für Le Pen die EU-Institutionen schon jetzt eine todbringende Gefahr für die europäischen Nationen darstellt, „wünscht" sich Fini, daß „die politische Einheit Europas voranschreitet", wobei ihm die „gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik" natürlich besonders am Herzen liegt.

Schwere Zeiten für die „Lega dei Ticinesi"

Die der italienischen „Lega Nord" nachempfundene, von dieser allerdings unabhängige rechtspopulistische „Lega dei Ticinesi" im schweizerischen Tessin hat mit zunehmenden Problemen zu kämpfen. Zunächst wurde Mitte Juni die 22jährige „Lega-Großrätin" (=Landtagsabgeordnete) und Pornodarstellerin **Alessandra Balestra** wegen Drogenhandels, Verbreitung von Falschgeld und Beihilfe zu einem Raubüberfall zu 15 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Auch wurde ihr das Landtagsmandat aberkannt. Strafmildernd wurde ihr angerechnet, daß sie den Handel in erster Linie zur Selbstversorgung betrieben hatte und zur Tatzeit laut einem psychiatrischen Gutachten nur vermindert zurechnungsfähig gewesen sei.

Als die „Lega" dann mit ihrer stärksten Waffe, der von Lega-Präsident **Giuliano Bignasca** herausgegebenen kostenlosen Sonntagszeitung „Il Mattino della domenica", in die Gegenoffensive kommen wollte, kündigte die bisherige Druckerei aufgrund eines eingeleiteten Strafverfahrens wegen rassistischer Hetze den Druckauftrag. Ihrem auf Beleidigungen, verbalen Pöbeleien und rassistischen Sprüchen beruhenden Erfolgsrezept entsprechend hatte sie versucht gegen die Rückgabe des in der Schweiz deponierten Nazigoldes an die Opfer und deren Nachkommen zu hetzen. Dazu waren u.a. Namenslisten mit dem Titel „Die Juden, die Clintons Hof beherrschen" erschienen und ein Kommentar von Lega-Chef Bignasca, in dem dieser empfiehlt, den Mitgliedern der in der Nazigold-Affäre ermittelnden Volcker-Kommission „müßte man zwei Wochen Urlaub im Hotel Buchenwald in Dachau bezahlen, das von einem sympathischen Herrn mit Schnäuzchen geführt wird". Bisher scheint sich noch keine Druckerei für die Verbreitung dieser Hetze gefunden zu haben, denn Anfang August mußte Bignasca erklären, es werde eine kurze Sommerpause eingelegt.

Rechtsextremer Wahlerfolg in Ungarn

Einen überraschenden Wahlerfolg landete die „Partei der ungarischen Wahrheit und des Lebens" (MIEP) des bekannten nationalistischen und antisemitischen Schriftstellers und Politikers Istvan Csurka bei den ungarischen Parlamentswahlen Mitte/Ende Mai. Im Vergleich zur Wahl 1994 gewann sie 4,2% hinzu, überwand mit 5,6% der Stimmen die 5%-Hürde relativ deutlich und wird 14 Sitze im neuen Abgeordnetenhaus einnehmen. Das Programm der MIEP besteht weitgehend aus der Preisung des Ungarischen mit seinem angeblich „gesunden und bodenständigen Volkstum", der Forderung nach Gerechtigkeit für die „guten und ehrlichen Magyaren", die Ablehnung westlicher Kultur und Lebensweise einschließlich der Opposition gegen einen NATO-Beitritt Ungarns sowie in der Forderung nach einem autoritären Polizeistaat.

Diese Agitation gegen die korrupten Mächtigen, Neureichen und skrupellosen ausländischen Investoren hat angesichts der Vorgänge um die Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe und die massiv gewachsenen sozialen Unterschiede infolge der Umstellung auf die kapitalistische Wirtschaftsweise ganz offensichtlich gewirkt. Auch die Forderung nach einem streng autoritären Polizeistaatsregime zum Schutz der „guten und ehrlichen Magyaren" kommt bei demoralisierten Kapitalismusverlierern derzeit besser an als die Kritik und die Forderungen der Linken. Die kommunistische „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei" (MSZMP) verfehlte mit 4,1% der Stimmen wiederum den Einzug ins Parlament.

Wahlpleite für die tschechischen „Republikaner"

Genau umgekehrt erging es der von Miroslav Sladek geführten aggressiv nationalistischen und rassistischen „Vereinigung für die Republik - Tschechische Republikaner" (SPR-RSC). Gegenüber der letzten tschechischen Parlamentswahl 1996 verlor sie bei den vorgezogenen Neuwahlen am 19. und 20. Juni mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und alle 18 Parlamentssitze, da sie mit 3,9% an der auch in Tschechien geltenden 5%-Hürde scheiterte. Sie wurde ein Opfer der großen Hoffnungen in die bislang oppositionelle „Sozialdemokratische Partei" CSSD, die 5,9% dazugewann und in einer großen Koalition mit der neoliberalen ODS künftig den Ministerpräsidenten stellt. Gegen die durch die CSSD und die zunehmend regeren und streikfreudigeren tschechischen Gewerkschaften vor der Wahl genährten sozialreformerischen Hoffnungen konnten sich Sladeks „Republikaner" mit ihren rassistischen Parolen gegen Deutsche und Zigeuner und ihren Hang zu Schlägereien vor und im Parlament diesmal nicht behaupten. Von langer Dauer wird der Glorienschein der Sozialdemokratie in dieser großen Koalition aber wohl auch nicht sein. Immerhin existiert links von ihr mit der „Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens" (KSCM), die ihren Wählerzuspruch um 0,7% auf 11 % erhöhte, potentiell eine ernstzunehmende Kraft.

Tamara Schaaf

Holocaust karmisch gerechtfertigt:

'Juden waren selbst schuld'

Am 4. Mai verurteilte das Amtsgericht Neuwied den Esoterik-Autor Tom „Trutz Hardo“ Hockemeyer zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je 40 Mark wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Außerdem darf er sein Buch „Jedem das Seine“ nicht mehr vertreiben. Seit Wochen verhandelte das Gericht bei Koblenz die spezielle Variante der Vergangenheitsbewältigung des „Trutz Hardo“, so sein Künstlername.

In diesem Machwerk („Farbroman“), dessen Titel **Tom Hockemeyer** bewußt wählte, wird der millionenfache Mord an Juden und Jüdinnen verklärt als gerechte Strafe für Verbrechen, deren sie sich in angeblich früheren Leben schuldig gemacht hätten. In der Urteilsbegründung folgert das Gericht deswegen: „Der Angeklagte spricht beispielsweise Hitler [...] von individueller Schuld frei und bezeichnet ihn als einen Vollstrecker eines ewig geltenden schicksalhaften Ausgleichs, genannt Karma.[...] Vereinfacht ausgedrückt behauptet der Angeklagte nämlich, diese Ermordeten oder im KZ geschundenen Juden wären selbst für ihr grausames Schicksal zumindest ursächlich, anders ausgedrückt, sie hätten selbst den Holocaust zu verantworten.“

Der in Berlin lebende Hockemeyer (1939 geboren) gründete 1982 zusammen mit **Manfred Huber** aus Elsbach und dessen inzwischen verstorbener Ehefrau den esoterischen Verlag „Die Silberschnur“ als GmbH mit Sitz in Güllesheim (Kreis Altenkirchen). Zu den AutorInnen des von Hockemeyer als Geschäftsführer geleiteten Verlages gehört die „Sterbe- und Nahtodforscherin“ Elisabeth **Kübler-Ross**. Die Starautorin des Verlages ist mit so bezeichnenden Titeln wie „Sterben lernen - Leben lernen“ oder „Jedes Ende ist ein strahlender Beginn“ im Programm.

Daneben zählt zu seinen AutorInnen **Michael Hesemann**, Herausgeber des Ufo-"Magazin 2000", der von Kontakten mit außerirdischen Intelligenzen erzählt und **Uri Geller**, psychokinetischer Löffelverbieger, der über sein Leben berichtet, sowie ein Prof. Arthur **David Horn**, der behauptet: „Götter gaben uns die Gene“, kurz: der Schwerpunkt des Programms liegt in der Behauptung und „Beweisführung“ von „jenseitigem“ realen Leben. Aus diesem Milieu heraus operiert Hockemeyer als selbsternannter „Reinkarnationstherapeut“ und gibt Seminare zur Erlernung der „automatischen Schrift“. Auf Esoterik-Messen oder Workshops führt er nicht selten über 300 TeilnehmerInnen in angeblich frühere Erdenleben zurück. Desweiteren ist Hockemeyer ständiger Autor der New-Age-Zeitung „Die Andere Realität“.

Das „rechtslastige deutsche Obskurantenblatt“ (so die Bezeichnung der österreichischen Zeitung „die Linke“, Nr. 4/97) beschreibt nicht nur Kontaktaufnahmen mit den Seelen abgetriebener Föten, auf die Erde reinkarnierte frühere BewohnerInnen von Alpha Centauri oder Geister aus dem Jenseits neben Engeln und WunderheilerInnen. Neben anderen schreiben auch **Roman Schweidlenka** und **Franz Alt** darüber, daß „der Mensch steht NICHT im Mittelpunkt“ steht.

Hockemeyers „Jedem das Seine“ feierte das Blatt so dann auch als „mutigsten Roman unseres Jahrhunderts“ und ließ ihn in einem Interview nochmals seine These darlegen, daß die Juden sich ihre Leiden selbst ausgesucht hätten (vgl. DRR Nr.44: „Schöne Neue Welt“ von G. Mergel).

In seiner Stellungnahme zum 1.Verhandlungstag berief Hockemeyer sich auf einen „Rabbi **Berg**“, der „den Mut gehabt hätte, Adolf Eichmann als einen solchen zu bezeichnen, der den Juden half, ihr Karma aufzulösen“. Als „Beweis“ führte er das in „Rückführungen“ bestätigte „Karma-Gesetz“ an, welches naturgesetzlich sei.

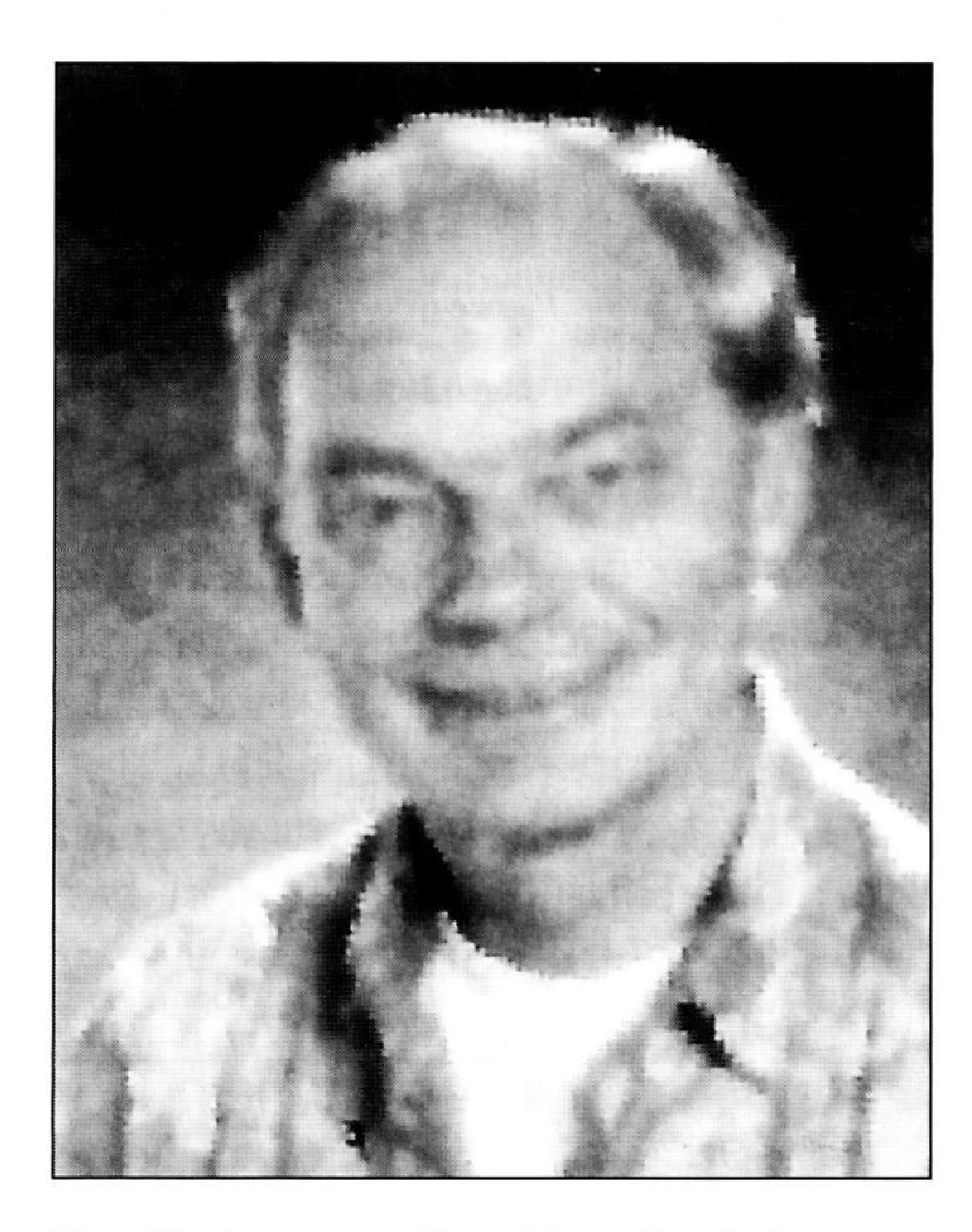
Gleichzeitig zitierte er zustimmend **Bruce Goldberg**: „Das karmische System ist ein weit gerechteres als jegliches Gesetzessystem, das je von Menschen erdacht worden ist“. In der Attitüde des verfolgten Vorkämpfer der Wahrheit verglich er sich mit u.a. mit Galileo Galilei und erinnerte daran, daß man früher Verkünder zukünftiger Ideen einfach verbrannt hatte. Das Gericht konnte dem nicht folgen und sprach von Belegen seines „überschätzten Selbstbewußtseins“ bzw. einer „nicht mehr nachvollziehbare(n) Selbstüberschätzung des Angeklagten“.

Schutzbehauptungen: „Freund der Juden“

Hockemeyers ständige Behauptung, ein „Freund der Juden“ zu sein, untermauerte er damit, sich damals „spontan“ zum 6-Tage-Krieg gemeldet zu haben („obwohl ich eigentlich Pazifist bin“). Aber genommen wurde er nicht. Als Zeugen dafür wollte er **Jochen Kirchoff** vor Gericht laden lassen, einen Freund aus gemeinsamen Studientagen, mit dem er bis heute Kontakt hätte. Kirchoff hat in seinem 1990 erschienenen Buch „Nietzsche, Hitler und die Deutschen“ den historischen deutschen Faschismus als unvollendete Revolte gegen den Nihilismus bezeichnet, als einen „verhunzten Weltheilungsversuch“, und durch die „Umerziehung“ der Alliierten wären „die Deutschen“ ihrer nationalen Identität und damit jeder schöpferisch-irrationalen Komponente beraubt worden. Die Folge wäre u.a. die nicht geleistete „innere Bewältigung“ des Nationalsozialismus.

Geistesverwandt argumentiert Hockemeyer in dem Aufsatz „Der Judenkomplex der Deutschen“: Der „von außen übergestülpte Mantel der Kollektivschuld“ hätte die Deutschen als inneren Schuldkomplex voll übernommen und würde sie überempfindlich reagieren lassen auf jede Kritik an oder freiere Meinungsäußerung über die Juden. Er, Hokkemeyer, leide jedenfalls unter keinem „Judenkomplex“ mehr und bezeichnet bescheiden sein Werk als „das projüdischste literarische Werk deutscher Literatur seit Lessings Nathan den Weisen“. „Projüdisch“ übernimmt er daher die gängigen Stereotypen vom mosaisch/christlich zersetzenden Glauben, der den wahren geistigen Fortschritt der Menschheit behindere („Die Andere Realität“, Nov. 1997). In einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 4.5. sagte er: „Ich würde die Juden wegen des Mordes an Jesus niemals verurteilen, denn er war notwendig für das Heilsgeschehen!“

Das Gericht schien streckenweise entnervt von dem esoterischen Schwachsinn. Unter anderem als Hockemeyer darlegte, nicht er, sondern sein „höheres selbst“ bzw. „ein anderer“ Autor hätte das Buch verfaßt. Woraufhin Richter Speyerer konstatierte, das sei wohl ein „Gemeinschaftswerk“ und Heiterkeit im Saal auslöste. Weniger heiter machten die Nachfragen zum Schicksal der im KZ umgekommenen Kinder. Hockemeyer antwortet: sie hätten sich freiwillig ihren Eltern im KZ zur Verfügung gestellt, um ihnen beim Ausgleich ihres Karmas behilflich zu sein.



Tom Hockemeyer alias „Trutz Hardo“

Die schriftliche Urteilsbegründung ließ aber keinen Zweifel aufkommen, daß mehrere Straftatbestände erfüllt sind. Mit Verweis auf die Anti-Esoterik-Demonstration Ende 1996 in Darmstadt sah das Gericht belegt, daß „das Buch auch trotz geringer Verkaufszahlen geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören“ und außerdem verwies es ausdrücklich auf die „heutige Zeit mit der Gefahr des Wiederaufflackerns nationalsozialistischen und rechtsextremistischen Gedankengutes“.

Die Staatsanwaltschaft, die das Urteil zu milde fand, hat Berufung eingelegt, desgleichen Hockemeyers Anwalt, **Peter Johannsen** aus Koblenz, der Freispruch forderte.

Andreas Speit

„Odin mit uns“

Fakten, Fakten, Fakten offeriert Franziska Hundseder in ihrer jüngsten Publikation „Wotans Jünger“. Doch eine analytische Studie, von den „neuheidnischen Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsextremismus“, präsentiert sie nicht. Die Motive dafür sind komplex.

In den ersten Abschnitten (Kapitel I bis III) skizziert die Journalistin verschiedene theoretische Aspekte des Neuheidentums und reflektiert die persönlichen Motivationen einzelner Neofaschisten. Allerdings realisiert Hundseder kaum das aktuelle theoretische Profil und negiert den historischen Charakter, weshalb die Argumentation fragmentarisch bleibt. Die Signifikanz „rechter Mythen“ für extrem rechte und neofaschistische Konzepte wird nicht transparent, wie die Relevanz derselben für die Motivation extrem rechter bis neofaschistischer Persönlichkeiten. Exemplarisch hierfür ist die Skizzierung von **Arnulf Priem**, **Thomas Lemke**, **Josef Saller**, **Kay Diesner** als auch **Jürgen Riegers**. Kaum thematisiert wird hierbei die persönliche Relevanz der Einzelnen für das Spektrum.

Der extrem kurze Exkurs in die Historie zu den „Germanen-Orden“ und der „Thule Gesellschaft“ (Kapitel IV) kompensiert nicht die Nivellierung der Tradition der „rechten Mythen“ seit 1871. Via Fakten über Fakten sollen im dritten Abschnitt (Kapitel V bis XI) diversen Organisationen: u.a. die „Artgemeinschaft“, die „Goden“, die „Tempelhofgesellschaft“, der „Armanen Orden“ und die ANSE charakterisiert werden. Nur, die Fakten en Detail präsentieren sich als eine willkürliche Anreihung, wobei altbekannten Fakten nicht ergänzt und die Neuen nicht eingeordnet werden. Eine Analyse funktioniert so nicht. Und ohne Analyse funktioniert keine Reflexion der politischen Relevanz der Organisationen.

Hierzu verliert Hundseder auch grundsätzlich selten ein Wort. Und wenn doch, dann läßt sie meistens die Verfassungsschutzorgane sprechen. Wie wenig diese dazu zu sagen haben, offenbaren die VS-Berichte, als auch die Antworten der Bundes- und Länderregierungen auf die „Kleinen Anfragen“ der parlamentarischen Oppositionen.

Bei der Skizzierung weiterer Strukturen, u.a. dem „Weltbund Nordischer Kulturkreis“, des „Deutsche Bund e.V.“ oder der „Deutschchristlichen Gemeinschaft - die Nazarener“ (Kapitel XII) bleiben Intention und Strategie noch mehr im Nebulösen, als bei der Charakterisierung der anderen Organisationen. Vage bleibt auch die Aktualität der Strukturen, da die Fakten durch die Zeit springen oder ihr hinterher hängen. Sei es bei der Darstellung des „Externsteinbundes“ oder „Mittgardbundes“.

Die Beschreibung der „Heide-Heim-Vereine“ um Jürgen Rieger, realisiert noch nicht die Verbote und die Beschlagnahmung von Hetendorf Nr. 13. Druck und Verbot überschnitten sich.

Hundseders Publikation skizziert im Groben, wie der Klappentext verspricht, das neuheidnische Netzwerk. Im Feinen jedoch kristallisiert sie nicht die theoretischen Konzepte und politischen Intentionen heraus und formuliert keine Analyse. Vielleicht hätte sie die Analysen, aus den Publikationen kombinieren sollen, deren Fakten sie für ihre Studie oft subsumiert. Ohne diese zu benennen. Von DER RECHTE RAND bis hin zum „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“.

Die teilweise en Detail-Informationen bietet für weitere Recherchen interessante Aspekte. Für einen Einstieg in die Thematik ist die Publikation nicht hilfreich. Das analytische Manko ist zu gravierend.

Franziska Hundseder: Wotans Jünger, Neuheidnische Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsradikalismus, Heyne

---

Bernhild Vögel

Enzyklopädie des Holocaust

Um es gleich vorab zu sagen: Die Enzyklopädie des Holocaust hat sich im mehrmonatigen Dauertest als unentbehrliches Nachschlagewerk erwiesen. Wann und wo fand die Uraufführung des Durchhaltefilms „Kolberg“ statt? Welche Kompetenzen hatten die Reichsstatthalter? Was war die sog. AB-Aktion? Die oft so langwierige und nervenzehrende Suche nach dem genauen Datum eines Ereignisses oder nach einer kurzen Definition läßt sich nun bequem durch einen Blick in den Lexikonteil der Enzyklopädie erledigen.

Dazu bietet das Werk in Teil 1 (Handbuch) eine Reihe von Übersichtsartikeln zu den Bereichen Ideologie, Rassenpolitik und Völkermord, Wehrmacht, Wirtschaft, Justiz, Jugend, Sport u.a. Hervorragend ist hier z.B. die Analyse von „Führer und Hitlerkult“ durch den britischen Historiker Ian Kershaw. Durch einige Beiträge (Sozialpolitik, Medizin, Wirtschaft und Technik) geistert das Schlagwort „Modernisierung“. Andere Autoren greifen kurz den Historikerstreit oder die Goldhagen-Debatte auf. Es wäre vielleicht übersichtlicher gewesen, den Historikerdebatten einen eigenen Artikel zu widmen, zumal sich der Lexikonteil ausschließlich auf historische Begriffe konzentriert.

Aber wie schreiben die Herausgeber Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß in ihrem reichlich knapp gehaltenen Vorwort so schön: „Der eine oder andere Benutzer des Buches und sicherlich mancher Rezensent wird Lücken in der Stichwortliste eruieren oder die Dimensionierung einzelner Einträge als unzulänglich oder überdimensioniert empfinden.“

Als größeres Manko ist mir die Unterbelichtung des Bereiches Zwangsarbeit aufgefallen. Im August 1944 gab es 5,7 Millionen zivile ausländische ArbeiterInnen im Reichsgebiet, darunter 3,8 Millionen sowjetische und polnische Zwangsarbeiterinnen. Die Gesamtzahl der Deportierten war wesentlich höher (mindestens 8 Millionen); wieviele während des „Arbeitseinsatzes“ ums Leben kamen, wieviele als arbeitsunfähig zurückgeschickt, bzw. in der letzten Kriegsphase ermordet wurden, ist nicht bekannt.

Im Lexikonteil finden sich zwar die Stichworte „Zwangsarbeit“, „Fremdarbeiter“ und „Polensonderstrafrecht“. Es fehlen aber Begriffe wie „Westarbeiter“, „Durchgangslager“ oder „Ostarbeiter“-Erlasse. Unter „Ostarbeiter“ wird auf das Stichwort „Fremdarbeiter“ verwiesen, wo man lediglich erfährt, daß die sowjetischen ZwangsarbeiterInnen auf der untersten Skala der Zwangsarbeitshierarchie standen. In den Übersichtsartikeln von Marie-Luise Recker (Sozialpolitik), Werner Bührer (Wirtschaft) findet der Bereich Zwangsarbeit nur kurz Erwähnung. Kein Stichwort, kein Übersichtsartikel verweist beispielsweise auf die „Entbindungsheime für Ostarbeiterinnen“ bzw. die „Ausländerkinderpflegestätten“, in denen schätzungsweise 80-100.000 Kinder sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiterinnen ums Leben kamen. Auch unter dem Stichwort „Bevölkerungspolitik“ sowie den Übersichtsartikeln zu Frauen und Medizin sucht man vergebens nach Hinweisen zum „Krieg an der Geburtenfront“, zu dem auch Zwangsabtreibungen an „fremdvölkischen“ Frauen gehörten. Es ist ein Teufelskreis und weiterer Forschung nicht gerade förderlich, wenn lückenhaft erforschte Bereiche in solchen Standardwerken keine Erwähnung finden.

Schwierig ist es, bei den Literaturangaben im Lexikonteil ein System zu entdecken. Warum beispielsweise verweist der Artikel zum VW-Werk weder auf die Arbeiten von Siegfried, noch auf die Mommsen/Grieger-Studie?

Nicht nur im Bereich der Literaturangaben erweist sich die bei 2001 preiswert erhältliche Enzyklopädie des Holocaust als wichtige Ergänzung. Hier findet man zu fast jedem Stichwort Hinweise zu weiterführender, nicht nur deutschsprachiger Literatur. Das vierbändige Lexikon informiert detailliert über Judenverfolgung, Ghettos, jüdischen Widerstand, bezieht aber auch Sinti und Roma, russische Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen ein. Es informiert über den „Generalplan Ost“ ebenso wie über die polnische Heimatarmee AK. Das Lexikon führt über 1945 hinaus und enthält z.B. Artikel über Entschädigung, „Entnazifizierung“ und zur „Auschwitzlüge“. Ein ausführliches Register erleichtert dem Benutzer erheblich die Sucharbeit, die bei der Enzyklopädie des Nationalsozialismus doch hin und wieder von Nöten ist, da diese aus Platzgründen nur über ein Personenverzeichnis verfügt.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Herausgegeben von Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß, München 1997 (DTV 33007)

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Hauptherausgeber Israel Gutman; Herausgeber der deutschen Ausgabe: Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps, München/Zürich, 4 Bände (Piper)

Samuel Salzborn

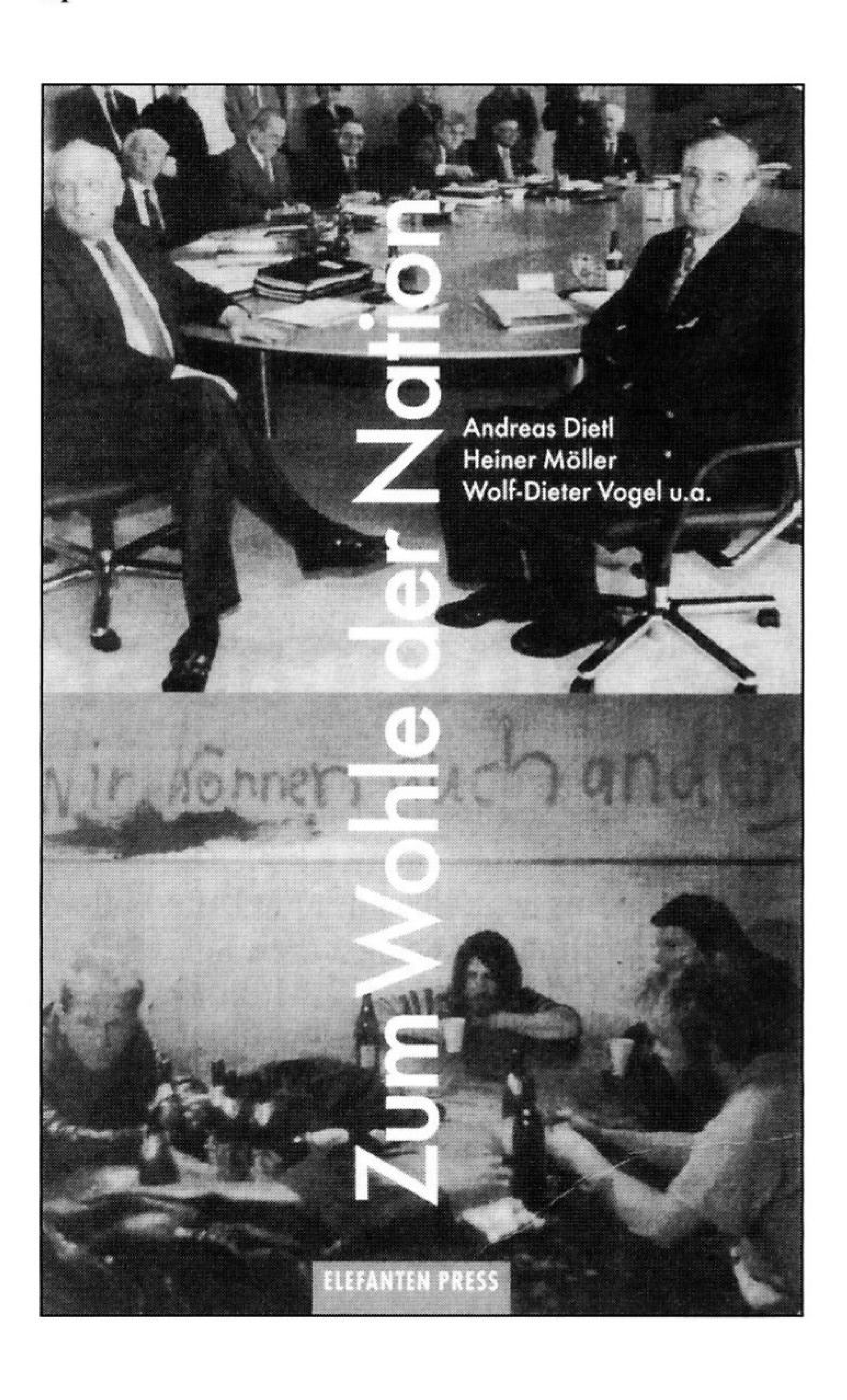
Eindimensionale Gesellschaft

- Eine Rezension -

Mit Sammelbänden verhalte es sich oft wie mit Vorspeisentellern, schrieb Jean Cremet in einer Rezension des Buches „Zum Wohle der Nation". Man nasche hier und da, werde aber nicht richtig satt. Was es in dem von Andreas Dietl, Heiner Möller, Wolf-Dieter Vogel und anderen verfaßten, in diesem Jahr erschienenen Buch zu naschen gibt, sollte besonders mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl nicht verschmäht werden.

Der These des Vorwortes, daß in der Bundesrepublik nach innen Druck „kaum mehr nötig" sei und daß eine neue Vermittlung zwischen „Führern und Geführten" längst Einverständnis darüber herstelle, daß „ein jeder sich selbst zur Ware zu machen hat", gehen die Autorin und die Autoren in insgesamt acht Beiträgen nach. Besonders positiv hervorgehoben sei der von Heiner Möller. Seine Bilanz von acht Jahren deutscher Außenpolitik seit der Wiedervereinigung besticht durch die Herausarbeitung der europäischen Dimension deutscher Politik: Denn europäische Politik bedeutet für Deutschland die „Instrumentalisierung der Verbündeten qua Machtposition" und nicht mehr das Setzen auf den „deutschen Alleingang". Die Bedingungen für den „dritten Griff nach der Weltmacht" seien, konstatiert Möller, „ungleich günstiger als zweimal zuvor, vor allem ökonomisch". Möller thematisiert dabei zentrale Optionen deutscher Außenpolitik und geht auf die Realisierung eines „Volksgruppenrechtes" als europäische Norm und die damit machtpolitisch verbundenen Konsequenzen ein. Die Betrachtungen hierzu sind leider viel zu knapp ausgefallen, was jedoch weniger an den Konzeptionen des Autoren liegen dürfte, als vielmehr an dem mit insgesamt 125 Seiten sehr dünnen Gesamtumfang von „Zum Wohle der Nation". Auch die übrigen Aufsätze haben unter Platzmangel zu leiden, erfüllen aber damit wiederum das Kriterium, eine „polemische Kritik zur Lage der Nation am Vorabend der Bundestagswahl" zu sein, als die der Verlag „Zum Wohle der Nation" anpreist. Sie analysieren weitestgehend überzeugend jeweils ein ausgewähltes Moment der „eindimensionalen" (Herbert Marcuse) deutschen Gesellschaft. Im einzelnen finden sich in dem Band Artikel zum „Showdown der Supercops" (Andreas Dietl & Wolf-Dieter Vogel), zur „Transformation des Sozialstaats in der Globalisierung" (Jochen Baumann), zur „Verselbständigung der Wehrhaftigkeit" (Friedemann Schmidt), zum „Verschwinden von Auschwitz in der Nationalisierung des Gedenkdiskurses" (Alexander Ruoff & Gerhard Spaney), zu den „politischen Positionen zur angewandten Genomforschung" (Andreas Lösch) und zu den „aktuellen Entwicklungen und Tendenzen im deutschen Parteiensystem" (Stefan Vogt & Andreas Benl).

Bei dem Aufsatz von Elizabeth Neswald, die „Amerika als Modell" begreift, an dem sich der deutsche Konservatismus orientiere, führt die Kürze allerdings zu einer Verfälschung. Obgleich unstrittig sein dürfte, daß „die amerikanische neoliberale Wirtschaftspolitik" und die „praktische Abschaffung" des Sozialstaates als „positive Vorbilder" für die deutsche Politik



gepriesen werden, wäre es notwendig, auch eine theoretisch-ideologische Betrachtung zum Konservatismus zu liefern. Erst kürzlich wies Helmut Kellershohn, Mitarbeiter des „Duisburger Insituts für Sprach- und Sozialforschung", darauf hin, daß der „deutsche Neokonservatismus weniger an US-amerikanische Vorbilder" anknüpfe, als an die „deutsche Tradition des Jungkonservatismus als der wohl wichtigsten Strömung der Konservativen Revolution". Ohne Erwähnung dieses Hintergrundes wird die Wirkung zur Ursache und die kurze Argumentation zu einer falschen.

Dietl, Andreas / Möller, Heiner / Vogel, Wolf-Dieter u.a.: Zum Wohle der Nation, Berlin: Elefanten Press 1998, 125 Seiten, DM 19,90.

„Junge Freiheit - intern"

Nach rund einem halben Jahr Pause erschien von der rechtsradikalen „Jungen Freiheit" (JF) jüngst wieder eine Ausgabe der „JF-intern". In der Rubrik Personalia ist zu erfahren, daß neuer Redakteur der Ressorts „Im Gespräch" und „Hintergrund" seit dem 1. April **Peter Krause** (34) ist. Dafür übernahm **Gerhard Quast**, ehemaliges Redaktionsmitglied der nationalrevolutionären Postille „wir selbst", zusätzlich zu „Natur & Umwelt", „Österreich", „Termine" und „Leserbriefe" das neugeschaffene Ressort „Wirtschaft & Soziales". **Thorsten Thaler**, einstiger Fraktionsgeschäftsführer der „Republikaner" im Abgeordnetenhaus von Berlin und aktueller Chef vom Dienst der JF, ist in Zukunft neben dem Ressort „Politik" auch für die zweiwöchentlich Rubrik „Medien" zuständig. Bereits zum 31. Januar schied nach einem nur kurzen Intermezzo **Wolfgang Saur** als Zuständiger des JF-Buchdienstes aus. Sein Nachfolger ist **Peter Boigk**, der nun zusammen mit **Diana Bohnheio** den JF-Buchdienst betreut, über den die finanzielle Situation der „Jungen Freiheit" stabilisiert werden soll. „Unsere Versandbuchhandlung", so Chefredakteur und Gründer **Dieter Stein** (31) im Editorial der „JF-intern", „floriert und gewinnt täglich neue Kunden."

„Witikobund"

Der revanchistische „Witikobund" will vom 2. bis zum 4. Oktober im bayerischen Neu-Ulm sein Jahrestreffen abhalten. In der aktuellen Ausgabe des „Witikobriefs", dem „Mitteilungsblatt der nationalen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft", wird eine „Ehegatten-Mitgliedschaft" zu einem stark ermäßigten Beitrag „zur Stärkung unserer Gemeinschaft" angeboten. Offenkundiges Ziel ist es, die Zahl der Mitglieder zu erhöhen und mehr Geld in die klamme Kasse zu bekommen: „Bisher beitragsfrei geführte Ehefrauen werden angeschrieben und erhalten einen 'Aufnahmeantrag für Ehegatten'."

„Freundeskreis Ulrich von Hutten"

Stockstadt am Main (Kreis Aschaffenburg): Die zweimonatlich erscheinenden „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht" unter der Hauptschriftleiterin **Lisbeth Grolitsch** laden derzeit zur 22. Gästewoche vom 12. bis zum 19. September 1998 ein. Das Motto der Gästewoche lautet „Organisches Denken und Bruchstückdenken. Gegen das politische Zertrümmern aller gewachsenen Ordnung". Der „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V." wurde 1982 gegründet. Der Vereinigung gehören gegenwärtig rund 280 Mitglieder an. Als Vorsitzende des „Freundeskreis Ulrich von Hutten" fungiert die Grazerin Grolitsch, die zugleich Präsidentin der „Deutschen Kulturgemeinschaft" (DKG) in Österreich ist. Die revisionistischen „Huttenbriefe" waren im Februar mit einem Werbestand bei der NPD-Großveranstaltung in Passau vertreten.

Herbert Kalus

Querfrontstrategie

Linke Tageszeitung bietet Neofaschisten ein Podium

Aufsehen erregte jüngst ein offener Brief der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke an die PDS-nahe Tageszeitung "Neues Deutschland" (ND). Diese hatte ihre Seiten für eine Diskussion "Wie national muß die Linke sein?" geöffnet und dabei auch einen ausgewiesenen Neofaschisten zu Wort kommen lassen.

Der Mitarbeiter des nationalrevolutionären Blattes "wir selbst" und "Junge Freiheit"-Autor **Roland Wehl** durfte im ND gegen die "alte West-Linke" polemisieren, "für die das ‚Volk' immer nur eine reaktionäre Größe war" und für das in der DDR angeblich stark entwickelte "gemeinschaftliche Denken" werben. Erschreckend war nicht nur, daß aus der LeserInnenschaft des ND auch positiv auf das "volksgemeinschaftliche" Ansinnen Wehls reagiert wurde, sondern vielmehr, daß diesem Artikel scheinbar politisches Kalkül zugrunde lag.

Unmittelbar nach Erscheinen des Beitrages hatte die ehemalige stellvertretende PDS-Parteivorsitzende Angela Marquardt auf die Vorgeschichte des Wehl-Beitrages hingewiesen. Schon 1996 hatte Wehl als Autor der "Jungen Freiheit" an einer ND-Veranstaltung teilgenommen und wurde trotz Intervention der "AG Junge GenossInnen" nicht des Saales verwiesen. Weniger Erfolg blieb ihm beim PDS Parteitag 1997 vergönnt. PDS-Pressesprecher Hanno Harnisch speditierte den Neofaschisten persönlich vor die Tür.

Doch offensichtlich gab und gibt es in der ND-Redaktion auch Kräfte, die den nationalrevolutionären Annäherungsversuchen nicht so ablehnend gegenüberstehen. Ulla Jelpke weist in ihrem offenen Brief an das ND auf einen anderen Teil der Vorgeschichte hin: Vor der Veröffentlichung des Wehl-Artikels hatte sich nämlich der ND-Korrespondent für Sachsen-Anhalt, **Marcel Braumann**, der zu Beginn seiner ND-Tätigkeit ein Schönhuber-Interview in dem Blatt plazierte, in mehreren einschlägigen rechtsradikalen Gazetten zu Wort gemeldet. In einem Leserbrief in der "Jungen Freiheit" wünschte er sich "einen intellektuell ernstzunehmenden konservativen Beitrag zur regionalen Identitätssuche". Kurze Zeit später trat er als Autor der Braunzonen-Zeitschrift "Mut" in Erscheinung. Deren Vergangenheit als NPD-Blättchen verharmlost er als 'turbulent' und außerdem habe der Herausgeber **Bernhard Wintzek** nach seinem Kenntnisstand niemals für Mord und Totschlag plädiert. Daß die "Aktion Widerstand", zu deren Aktivisten Wintzek gehörte, mit Parolen wie "Brandt an die Wand" agierte, unterschlägt Braumann dabei.

Ein Interview, das Braumann für "Mut" mit dem PDS-Wahlkampfleiter André Brie führte, zeigt einmal mehr, wes Geistes Kind dieser ND-Autor ist. Für "völlig unausgegoren" hält er, daß eine "nationale oder gar ‚heimatliche' Identität" in linken Kreisen verpönt" sei und fragt, ohne Scheu vor rechtsradikalem Vokabular, ob die deutsche Linke "inländerfeindlich" sei, wogegen "etwa das Macho-Gebaren von Männern der türkischen Minderheit mit großer Toleranz rechnen" dürfe.

Auch in der nationalrevolutionären Zeitschrift "wir selbst" äußerte sich der ND-Korrespondent. Inhaltlich zwar nichtssagend diente der Artikel doch als Beleg für "grenz-überschreitende Beiträge" in der von **Siegfried Bublies** herausgegebenen Zeitschrift. Daß nun ausgerechnet das "wir selbst"-Redaktionsmitglied Wehl im "Neuen Deutschland" publizieren durfte, läßt Ulla Jelpke an einem Zufall zweifeln.

Eindringlich warnt sie in ihrem Schreiben an das ND vor der "Querfrontstrategie" der Nationalrevolutionäre, die "ein ausgesprochen großes Interesse daran haben, Kontakte zur ‚Linken' aufzunehmen, deren Themen und Vokabular aufzugreifen, sich scheinbar positiv darauf zu beziehen, um es in ihrem Sinne ‚umzubiegen'." Während Marcel Braumann zur Frage "Wie national muß die Linke sein?" über die "selbstverordnete Entwurzelung" der sozialistischen Linken, ein "kooperatives Europa der Vaterländer", die Schutzfunktion von Sprachgrenzen und "nationale Aufgaben" schwadronieren darf, wurde die Kritik an dem augenscheinlich strategischen Vorgehen Braumanns und Teilen der ND-Redaktion nicht veröffentlicht.

Scheinbar gilt das Plädoyer des ND-Chefredakteurs Oschmann, "Vertretern unterschiedlicher Weltanschauung" in seiner Zeitung Platz einzuräumen, nicht antifaschistischen Kritikern, die eine Diskussion mit Neofaschisten nicht zulassen wollen. Denn das habe - so Oschmann - mit "Verbitterung, gesellschaftlicher Ausgrenzung und aus der DDR fortwirkendem Bedürfnis nach 'ideologischer Reinheit', auch mit der trügerischen Hoffnung auf überschaubarte Wahrheiten zu tun."

Angela Marquardt warnt angesichts dieser Vorgänge vor der nationalrevolutionären Querfrontstrategie: "Der Ansatz, auf diese Weise die Nazi-Klientel nach links zu ziehen, mag damals (vor 1933) einen Versuch Wert gewesen sein. Nach seinem vollständigen Scheitern, nach Weltkrieg und Holocaust heutzutage ein Remake zu proben, ist kriminell."

Buchbesprechung

Anti-Antifaschismus auf Wiener Art

Zwischen Dezember 1993 und 1996 erschütterten fünf Briefbombenserien Österreich. Die AdressatInnen des Terrors, für den eine „Bajuwarische Befreiungsarmee" (BBA) in seitenlangen Bekennerschreiben die Verantwortung übernahm, waren Roma, MigrantInnen, Angehörige der in der Steiermark lebenden slowenischen Minderheit und bekannte AntirassistInnen.

Für die Öffentlichkeit sind die Anschläge das Werk des verrückten Einzeltäters Franz Fuchs und die BBA dessen Phantasie entsprungen. Widersprüche zur Einzeltäterversion werden kaum zur Kenntnis genommen, z.B. daß SprachwissenschaftlerInnen nach einer Analyse der BBA-Erklärungen von 3 Autoren ausgehen. Verschwiegen wird auch, daß die Ziele des BBA-Terrors durchaus auch vielen etablierten Rechten ein Ärgernis sind.

Während Haiders FPÖ Gastbeiträge selbst in liberalen Medien plazieren kann, geraten antifaschistische JournalistInnen ins Visier der Rechten und der Polizei. Dieses Fazit ziehen Wolfgang Purtscheller und weitere österreichische AntifaschistInnen in einem bei Elefanten Press erschienenen Buch.

Bis Mitte der 90er Jahre war Wolfgang Purtscheller in Österreichs ein gefragter Mann, wenn es um das Thema Rechtsradikalismus ging. Sozialdemokratische Zeitungen bestellten bei ihm ebenso Artikel wie die Wochenzeitung 'profil', eine Art österreichischer Spiegel. Wegen seines Hintergrundwissen über die rechte Szene war er häufiger Gesprächspartner, wenn in Fernseh-Talkshows über den rechten Terror debattiert wurde Heute ist sein Name ein abschreckendes Beispiel. „Ich will nicht so enden, wie der Purtscheller"; so begründen auch kritische JournalistInnen, warum sie ihre Hände von antifaschistischen Themen lassen.

Die im Buch chronologisch beschriebene Metamorphose vom erfolgreichen Autors zur persona non Grata, der aus Angst um sein Leben schließlich Österreich verläßt, beginnt im Herbst 1994 als Purtscheller bei einer Razzia vor dem Ernst-Kirchweger-Haus, einem linken Wiener Kulturzentrum, von Polizisten krankenhausreif geprügelt wird - nachdem er sich mit seinem Presseausweis zu Erkennen gegeben hat. Jörg Haiders Kommentar: „Es ist doch schön, lästige Linke einmal ein bisserl zur Räson zu bringen." Purtschellers Laptop mit Aufzeichnungen über rechte Gewalt wird beschlagnahmt und der Inhalt FPÖ-nahen Medien zugespielt. Wer ein solches Insiderwissen besitzt, muß selbst in die Sache involviert sein, lautet deren messerscharfe Analyse. FPÖ-Abgeordnete wollen vom Innenministerium wissen, wann endlich gegen Purtscheller ermittelt werde. Die negative Antwort kontertn sie mit dem Vorwurf, Purtscheller werde von sozialdemokratischen PolitikerInnen gedeckt. Gleichzeitig wurden ihm auch noch exzellente Verbindungen zu österreichischen und Berliner Autonomen nachgesagt. Jedenfalls gelingt es den FPÖ-Abgeordneten so, unter dem Schutz der Immunität den mißliebigen Autor ständig mit Anschlägen und Terror in Verbindung bringen.

Die Konsequenzen gingen über den Verlust seines journalistischen Betätigungsfeldes hinaus. In österreichischen Kleinstadt Ried, einer rechten Hochburg, wurde ein Purtscheller ähnelnder Mann im April 1995 direkt vor einem Lokal, in dem der Autor eine Veranstaltung machte, erschossen. Zeugen sahen zwei junge Männer mit rechten Outfit vom Tatort weglaufen. Die Vermutung, die Schüsse sollten eigentlich Purtscheller gelten, haben sich mittlerweile durch Äußerungen des Anfang der 90er Jahre aus Niedersachsen ausgewiesenen, jetzt bei Salzburg lebenden Neonazikaders Polacek erhärtet. Wer bei der Buchlektüre an Zustände in Lateinamerika denkt, sollte sich vergegenwärtigen, auch in der BRD landen antifaschistische JournalistInnen verstärkt auf Anti-Antifa-Listen der Neonazis.

Peter Nowak

Wolfgang Purtscheller, „Delikt: Antifaschismus, Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von Rechts". Mit Gastbeiträgen von Elfriede Jelinek, Wolfgang Gombocz und Doron Rabinovic, Elefantenpress, Berlin 1998, 191 Seiten, 29,90 DM

